

# INHALT

---

## Zum Thema:

|   |    |
|---|----|
| Politische Psychologie<br><i>Irene Etzersdorfer</i>   | 4  |
| Von der Psyche zum politischen Imaginären<br><i>Alice Pechriggl</i>   | 6  |
| Haben die Studierenden der Politikwissenschaft ein Anrecht auf Politische Psychologie?<br><i>Kathleen Höll-Stoffl</i>               | 10 |
| Politische Psychologie: Eine Diagnose für den Status österreichischer Politik<br>Interview mit Roman Horak<br><i>Gerti Zupanich</i> | 13 |
| Die Wirksamkeit des Populismus<br><i>Sebastian Reinfeldt</i>  | 14 |
| Kognitive Karten und mentale Grenzen<br><i>Karin Liebhart</i>   | 18 |
| „Politische Psychologie“ in den „International Relations“: What a nonsens?<br><i>Otmär Höll</i>                                     | 20 |
| „Es geht immer um Menschen, denn sie sind das Interessanteste überhaupt“<br><i>Regina Köpl</i>                                      | 22 |

## Serie:

### **Berufsfelder POWI**

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| Berufsfeld waff<br>Gabriele Schatzl | 24 |
|-------------------------------------|----|

## **Aktuell:**

|  |    |
|--|----|
| „Zurück (und) in die Zukunft.“ Ein Tagungsbericht<br><i>Pamela Schartner/Evi Genetti</i>                   | 26 |
| Ursprünge und Entwicklung der Wehrmächtslegende<br><i>Alexander Pollak</i>                                 | 28 |
| Female Science Fiction. Die „schöne alte Welt“ der Ordinarienuiversität<br><i>Eva Flicker/Birgit Sauer</i> | 30 |

## **Intern:**

|  |    |
|--|----|
| inter-, pluri-, transdisziplinär<br>Ein neues Netzwerk der Geschlechterforschung an der Uni Wien<br><i>Claudia Brunner</i> | 31 |
| Interview mit Gastprofessor Hauke Brunkhorst<br><i>Monika Mayrhofer</i>  | 33 |
| Conférence Surprise: „Go East“<br>Hans-Georg Heinrich zum 60. Geburtstag<br><i>Luise Luksch</i>                            | 34 |
| Studentische Lehrevaluation<br><i>Sieglinde K. Rosenberger</i>   | 36 |

## **Studentische**

### **Forschung:**

|   |    |
|---|----|
| Antwort auf<br>„Privatisierung und Ausgliederung: ein Schlüssel zum besseren Staat?“<br><i>Markus Wolschlager</i> | 37 |
|---|----|

### **International:**

|  |    |
|--|----|
| Der Konvent und das Europäische Interesse<br><i>Wolfgang Braumandl</i> | 39 |
|--|----|

### **Service:**

|   |    |
|---|----|
| Rezensionen   | 40 |
| Leserinbrief, Büchertipps                           | 43 |
| Diplomarbeiten SoSe 2001, WS 01/02, SoSe 2002       | 44 |
| <b>Umzug des Institutes für Politikwissenschaft</b> | 46 |

*Liebe Leserinnen*

*und Leser,*

Diesmal haben wir beschlossen, uns der Politischen Psychologie einem bis dato wenig beachteten Bereich der Politikwissenschaft zu widmen. Wie immer haben wir uns bemüht, anhand der Beiträge einen möglichst breiten Überblick zu unserem Schwerpunkt zu geben. Die Politische Psychologie ist in der Politikwissenschaft eher randständig. Dies ist primär dem Gedanken einer (vermeintlich solcherart möglichen) disziplinären Trennung geschuldet - anders als etwa in den USA und Frankreich, wo diese Disziplin auch an den Universitäten selbstverständlich Beachtung erfährt. Dabei scheint Politische Psychologie derzeit zu einem Hoffnungsträger zu avancieren, was angesichts einer möglichen „Abschaffung des Menschen“ (Telbrück) durchwegs nachvollziehbar scheint. Auch in bezug auf die „analoge Metapher“, also die Vermittlung zwischen den Feldern der Politik und der Psyche steht eine „Politologie des Subjekts“ (König) immer noch aus. Diesen Umstand in Betracht ziehend, täte ein diesbezüglicher Paradigmenwechsel gerade in Wien mit seiner vorwiegend naturwissenschaftlichen Methoden verhafteten Psychologie Not, als ein erster (bzw. nunmehr dritter) Versuch in diese Richtung ist dabei die im kommenden Wintersemester geplante Ringvorlesung zur P.P. zu werten.

In der Rubrik „Aktuell“ findet sich ein Artikel zur zweiten Wehrmachtsausstellung, weiters ein bereits im „Standard“ erschienener Artikel zum neuen Universitätsgesetz „einmal andersrum“. Ebenfalls aktuell, wengleich der Rubrik „Intern“ zugeordnet, haben wir selbstverständlich auch den diessemestri-gen Gastprofessor Hauke Brunkhorst interviewt sowie die Überraschungstagung für das Geburtstagskind des Instituts, Hans-Georg Heinrich, dokumentiert.

In diesem Sinne wünschen wir – auch angesichts des UG 2002 – viel Freude an dieser Ausgabe, sowie einen erholsamen Sommer.

Das Redaktionsteam Politix  
Wien, Juni 2002

## Impressum

### **HerausgeberIn:**


Institut für Politikwissenschaft (ipw)  
**MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw,  
1090 Wien, Währingerstr.17

### **Redaktionsteam:**

Agyemang-Kainrath Eva, Arztmann  
Doris, Fillafer Franz, Gantze Cornelia,  
Hanke Philip, Hölzl Julia, Kaps Klemens,  
Kreisky Eva, Luksch Luise, Mirzaie  
Hossain, Purkarthofer Petra, Sauer Birgit,  
Schulze Michael K., Windbichler,  
Katharina, Wolschlager Markus,  
Zahradnik Katharina, Zupanich Gerti

**Kontakt:** Birgit Sauer  
ipw, 1090 Wien, Währingerstr.17  
T: 4277-47712, F: 4277-47719,  
e-mail: birgit.sauer@univie.ac.at

**Layout:** Luise Luksch

**Cover:** Susanne Wegscheider: **com\_unit** 

### **Herstellung:**

Bank Austria  
Auflage: 1800 Stück  
Erscheinungsweise: 2x/Jahr

**Offenlegung** gem. §25 MedienG:  
MedieninhaberIn ipw, 1090 Wien,  
Währingerstr.17

**Blattlinie:** Politix informiert über insti-  
tutsbezogene Aktivitäten, sowie über  
aktuelle Entwicklungen in der  
Politik.Wissenschaft

# P o l i t i s c h e

Das Arbeitsfeld der Politischen Psychologie ist ein im internationalen Trend liegender interdisziplinärer Forschungsbereich, der die psychischen Einflussdynamiken politischer Prozesse systematisch zu berücksichtigen sucht. Gerade die in wissenschaftstheoretischer Hinsicht integrative Disziplin der Politikwissenschaft, die ihre Ansätze traditionell aus den Nachbardisziplinen schöpft und sie auf die Untersuchung politischer Phänomene anwendet, eignet sich für die in ihr schon angelegte interdisziplinäre Betrachtungsweise (1). So hat der Brückenschlag in manchen Ländern früh (d.h. mit den Anfängen der PW als Disziplin), in manchen Ländern aber bis heute nicht stattgefunden.

In den Vereinigten Staaten, wo sich unter dem Begriff ‘behavioral sciences’ eine andere Zusammenarbeit der sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen entwickelte, war das anders: Seit den 20er Jahren besteht dort das Interesse an einer Politikwissenschaft, die sich auf andere Disziplinen, eingenommen der Psychologie, stützt (2). Einer der Schüler Merriams, Harold D. Lasswell, kann als ein Gründungsvater der Politischen Psychologie in den Vereinigten Staaten angesehen werden. Sein Werk “Psychopathology and Politics” (Chicago 1930) gilt als erster Versuch, mit Hilfe des psychoanalytischen Instrumentariums politisches Verhalten und im speziellen Führungsverhalten zu analysieren. Der Impuls der Chicagoer Schule auf die nachfolgenden Generationen war enorm, es folgten Pionierstudien auf dem Gebiet des Wahlverhaltens, der politischen Ideologien (Robert Lane 1959, Political Life), in politischer Sozialisation (Herbert Hyman 1959 Political Socialization) und politischer Kultur (Amond/Verba 1963, The Civic Culture), sodass 1973 die Bilanz gezogen werden konnte: “In the past three decades, political psychology has become the professional interest of scholars in virtually all behavioral disciplines”.

In Deutschland etablierte sich die Politische Psychologie eher außeruniversitär, z.B. im Sigmund-Freud-Institut Frankfurt, wo die Untersuchung des Unbewussten mit Fragen der Sozialpsychologie verbunden und auf die kritische Gesellschaftstheorie angewandt wurde (Frankfurter Schule), die Hauptinitiatoren aber gleichzeitig Inhaber universitärer Lehrstühle waren. (z.B. Alexander Mitscherlich und Max Horkheimer); auch in Frankreich werden Ansätze der Politischen Psychologie an den Universitäten traditionell gepflegt.

An manchen Orten kam dieser Brückenschlag bis heute nicht zustande. Dies mag an der späten Gründung der österreichischen Politikwissenschaft ebenso liegen wie am Desinteresse der praktizierenden PsychoanalytikerInnen für theoretische und gesellschaftswissenschaftliche Frage-

stellungen. Vielleicht auch fiel er dem Bemühen um disziplinäre ‘Reinheit’ zum Opfer; an der Universität Wien hat sich weder die um eine naturwissenschaftliche Anerkennung bemühte akademische Psychologie, noch die universitär nur an der medizinischen Fakultät beheimatete Psychoanalyse um diesen Austausch bemüht, einige Versuche leistete die Philosophie, doch in der Politikwissenschaft dominierte lange der Glaube, der Institutionenansatz oder ökonomische Methodologien würden mehr Objektivität in einer, angeblich von einem rationalen Kalkül regierten, Welt versprechen, als die im Verdacht der Spekulation stehenden interpretativen Verfahren. Psychologische Faktoren gerieten so leicht zu einem Sammelsurium angeblich unüberprüfbarer Annahmen und werden nur dann akzeptiert, wenn sie sich gleichsam durch die Hintertüre einschleichen, sei es in Form eines populären Alltagsverständnisses über psychologische Abläufe oder wenn andere Erklärungen nicht befriedigend scheinen. “Der Rest ist Psychologie”, steht nicht selten am Schluss politikwissenschaftlicher Erklärungen.

Die großen Hoffnungen, die an die Politische Psychologie geknüpft waren, hat diese aber bisher noch nicht eingelöst. Hinter dem Begriff ‘Politische Psychologie’ stand nie ein festgelegter Methodenkanon, ihre Ansätze sind in sich pluralistisch und es wird sowohl mit quantitativen als auch mit qualitativen Verfahren gearbeitet; eine gewisse normative Ausrichtung ist dabei unverkennbar. Trotz anfänglicher Versuche (Klaus Horn etwa) mangelt es noch immer an einer ausformulierten und tragfähigen Subjekttheorie, die für Politikwissenschaft, Psychologie und wohl auch der Soziologie gleichermaßen akzeptabel wäre. Die einzelnen Disziplinen haben sich mittlerweile in so vielen Spezialgebieten verloren, dass trotz andersartiger Vorsätze interdisziplinäre Unternehmen nur an Randgebieten stattfinden und selbst dort selten an theoretischen Fragen der Interdisziplinarität arbeiten. Eine interdisziplinäre Forschung setzt auch zumindest doppelte Kompetenzen voraus, und es ist kein Zufall, dass das mit dem Schlagwort “Politische Psychologie” manchmal verbundene schlechte Image auf dieses Manko zurückzuführen ist. Daher sollte in den an Politischer Psychologie interessierten Fachgebieten eine Möglichkeit zur systematischen Erfassung beider Denkweisen in der Ausbildung gegeben werden.

Fast in allen Feldern der Politikwissenschaft lässt sich am Einfluss psychischer Faktoren schwer vorbei sehen. Nicht nur werden mit der zunehmenden Entschlüsselung der Gehirnfunktionen die hohen emotionalen Anteile an vermeintlich rationalen Entscheidungen nachgewiesen (3), sondern es lässt sich – außer vielleicht mit Zynismen à la

# Psychologie

Von Irene Etzersdorfer

Carl Schmitt – schwer argumentieren, warum die Psyche, die eine Konstitutionsinstanz der Polis darstellt, aus dem Bereich des ‘Politischen’ partout ausgeklammert werden sollte – es sei denn es handelt sich um rein quantitative Detailbereiche (4).

Denn sowohl Staats- und Vertragstheorien, Führungskonzepte und die gesamte Leadership- Forschung, die politische Ethik, die politische Philosophie, Kriegstheorien, Massentheorien, das politische Verhalten von Einzelmenschen und Gruppen insgesamt – um nur einige zu nennen – sie alle gründen und argumentieren mit Annahmen über die menschliche Natur, aus deren jeweiliger Konzeption politische Schlussfolgerungen gezogen werden. Der Einfluss der Psyche auf die Polis wurde in antiken und klassischen Konzepten der Politischen Theorie selten verleugnet, auch wenn manche Annahmen im Lichte moderner psychologischer Theorien nicht mehr haltbar sind. Während jedoch diese Konzepte mehrheitlich mit der Überwindung der Leidenschaften, meist einer vernunftmäßigen Erhöhung über sie operieren, instrumentalisieren nicht wenige moderne Sozialtheorien (mit Ausnahme der strengen Positivisten) die Emotionen der Massen für politische Zwecke, indem sie auch ihre Pathologien für die Konstruktion einer “Gefolgschaft” ausnützen (5). Ob in der Untersuchung theoretischer Ordnungsentwürfe oder in den Bereichen konkreter Feldforschung, wo aktuelles politisches Verhalten untersucht wird, sollte die Einbeziehung polit-psychologischer Faktoren eine zusätzliche Erkenntnisqualität darstellen.

Man könnte sogar weiter gehen und die menschlichen Leidenschaften zu den konzeptionellen Grundkategorien der Politik erklären.

Innerhalb der ‘Politischen Psychologie’ stellt die Arbeit mit dem methodischen Instrumentarium der Psychoanalyse einen traditionellen Ansatz dar. In der Frage ihrer Relevanz für die Politikwissenschaft kommen jene methodischen Unterschiede zum Tragen, die für die Politische Psychologie im ganzen gelten. Unter den ernst zu nehmenden Argumenten finden sich jene, die den personalistischen Aufbau der Freudschen Psychoanalyse kritisieren, der vorwiegend intrapsychische und weniger intersubjektive Phänomene berücksichtigt – und dadurch einen a-historischen Bias aufweist.

Wengleich die Ausrichtung der Freudschen Psychoanalyse als allgemeine Psychologie in einen naturwissenschaftlichen Rahmen erfolgte, hat er selbst den “Weg zum Weltinteresse” der Psychoanalyse an ihre Anwendung als kritische Sozialwissenschaft geknüpft und blieb überzeugt, die psychoanalytische Methode könne die Komplexität von Kultur und Geschichte meistern und einen “Wissenskörper”

hervorbringen, der andere Annäherungen an die Realität übertreffen würde. Erst die Generation seiner SchülerInnen und EnkelInnen hat – in unterschiedlicher Weise – den Interaktionen des Individuums mit der Außenwelt mehr Aufmerksamkeit gewidmet – die in den USA entstehende Ich-Psychologie hat um den Preis einer mit der soziologischen Theorie verknüpfbaren Psychoanalyse ihr Kernstück, das Unbewusste nahezu preisgegeben (etwa Talcott Parsons), während aus der psychoanalytischen Objektbeziehungstheorie zuletzt die ergiebigsten Brückenschläge kamen; darunter steht prominent die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Unterschieden und ihren gesellschaftspolitischen Folgen, woraus sich auch Grundlagenstudien für eine Revision theoretischer, oft nur auf das männliche Individuum zielenden politikwissenschaftlichen Annahmen ergeben haben.

In welchem Bereich der Politikwissenschaft auch immer mit systematischen Methoden und theoretischen Ansätzen “Politische Psychologie” betrieben wird, geschieht dies nicht zu ihrem Nachteil; ganz im Gegenteil können hier grundlegende Fragestellungen, die in den Sozialwissenschaften oft mit einer “Abschaffung des Menschen” (Telbruck) beantwortet wurden, neu gestellt und im besten Fall auch beantwortet werden.

**Irene Etzersdorfer**  
Dozentin am ipw

## Fußnoten:

- (1) Jürgen Habermas (1982), Zur Logik der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main. S.144 bewertet die Politikwissenschaft als eine Disziplin, die “soweit sie nicht im engeren Sinne historisch oder geisteswissenschaftlich orientiert ist”, sich “der Ansätze der Nachbardisziplinen bedient”.
- (2) Charles E. Merriam rief in seinem Buch “New Aspects of Politics” (1925) zu dieser Zusammenarbeit auf. An der Universität Chicago, wo Merriam das Political Sciences Department führte, entstanden einige Pionierarbeiten.
- (3) Siehe etwa Daniel Goleman (1995), Emotional Intelligence. New York. Oder zuletzt ders. (2002), Primal Leadership. Realizing the Power of Emotional Intelligence. Boston.
- (4) Siehe Carl Schmitt (1933), Zum Begriff des Politischen. Hamburg
- (5) siehe etwa Gustave LeBon (1895), Psychologie des foules. Paris. Ders. (1911), La Psychologie Politique. Paris. Oder José Ortega y Gasset (1930), La rebellion de las masas. Madrid.

# Von der Psyche zum politischen *Imaginären*

Die Auseinandersetzung mit der Verbindung zwischen Psychologie und Politik ist eine sehr verzweigte. Sie reicht von der psychologischen oder psychologisierenden Interpretation politischer Handlungen und kollektiver Phänomene über die pathologisch-psychiatrische Einstufung großer Männer bzw. Staatsoberhäupter zur strukturalanalytischen und imaginationsontologischen Erforschung dieser Verbindung. Ich werde mich weitgehend auf den zuletzt genannten Ansatz beschränken, der meist im Zeichen eines ausgewogeneren und zugleich dialektischeren Rückgriffs auf Psychoanalyse und Gesellschaftswissenschaften steht, als etwa die Erhebung des psychopathologischen Status eines Herrschers an der Spitze eines totalitären Regimes. Die macht nur Sinn, wenn sie von der Frage begleitet wird, warum ein Mensch mit einer bestimmten Psychostruktur und -dynamik gewählt wird oder an die Macht kommt, erfolgreich an der Macht bleibt und wie sich diese Struktur in den Strukturen der Institutionen und schließlich auch im Zusammenleben der Menschen niederschlägt.

Ich möchte dazu in einem ersten methodologischen Schritt einige Zugangsweisen, Tropen und strukturelle Verbindungen sowie Übertragungen kurz erläutern, um sie in Bezug auf den Begriff des politischen Imaginären fruchtbar zu machen.

Der Begriff des politischen Imaginären ist - insbesondere in den französischen Sozialwissenschaften - aus der Auseinandersetzung mit dem von Castoriadis geprägten Begriff des gesellschaftlichen Imaginären hervorgegangen (1). Das politische Imaginäre ist kein klar vom gesellschaftlichen abgegrenzter Bedeutungsraum, es handelt sich vielmehr um ein Bedeutungs- und Vorstellungsfeld, das sich auf eine nicht in allen Gesellschaften und zu allen Zeiten existierende Weise des menschlichen Zusammenlebens bezieht und diese konstituiert. In diesem Sinn geht es bei der Erforschung des psychischen Anteils an der Politik (und am Politischen als dem Vorhof der expliziten und formalisierten Machtausübung) immer auch um politische Anthropologie. Es geht um eine Entgrenzung der Politologie oder der Philosophie der Politik im strengen Sinn hin zu Fragen nach der *conditio humana* eines von Grund auf widersprüchlichen Wesens: eines Wesens, dessen Natur es gemäß Aristoteles ist, politisch bzw. sozial zu sein und nicht nur natürlich, (*phusei*), das laut Kant unweigerlich im Zustand der ungeselligen Geselligkeit oder, wie Freud es formulierte, in dem des Stachelschweins lebe, das angetrieben ist, dem anderen ganz nahe und doch nicht zu nahe zu kommen. Ein zentraler aber nach wie vor im *malestream*

systemanalytischer Logik verschütteter Schwerpunkt dieser Zugangsweise stellt das Geschlechterimaginäre sowie dessen Verbindung zum Körperimaginären dar.

Die erwähnte Erweiterung des Forschungsfeldes soll jedenfalls nicht glauben machen, dass Verfassungen und parlamentarische Beschlussfassungen nun nach Kriterien der Psychologie oder der Körperästhetik zu konzipieren oder zu analysieren seien, sondern diese kollektiv-psychischen und metaphorisch-somatischen Dimensionen sollen in ihrem mehr oder weniger untergründigen Wirken im Feld des Politischen und der Politik besser erhellbar gemacht werden.

## Freuds Übertragungen

Die Ausgangsfrage ist also jene nach der Vermittlung zwischen einzelnpsychischen und kollektiven Phänomenen bzw. Strukturen und nach deren gestaltender Wirkung für die Politik als psychosoziales Feld *sui generis*. Exemplarisch zugespitzt formuliert geht es dabei um den Übergang etwa vom Privatphantasma zum Imaginären einer Verfassung, vom unbewussten Agieren der Einzelnen zur expliziten parlamentarischen Beschlussfassung oder um die Frage nach dem agierenden bzw. rational-strategischen Anteil im Kriegsbefehl des US-Präsidenten. Ebenso relevant ist aber die Untersuchung der Übertragung in die umgekehrte Richtung: vom Kollektiven zum Psychischen. Die Relevanz eines immer schon minimal sozialisierten und von den instituierten Machtstrukturen sowie den dazugehörigen Vorstellungswelten gestalteten psychischen Geschehens kann etwa in der sozialpsychologischen Frage nach den Auswirkungen des Totalitarismus oder des Völkermords auf die Phantasmen und Symptomenkomplexe der Einzelnen und ihrer Nachkommen münden.

Die unreflektierte Übertragung von einem Feld ins andere impliziert die Verleugnung der grundsätzlichen Andersartigkeit der Seinsbereiche „Psyche“ und „Politik“, wobei diese Andersartigkeit oder Heterogenität an zentralen Schnittstellen durchaus überbrückbar ist und Metaphern, also Übertragungen und Analogien, wenn sie gezielt eingesetzt werden, hier von unschätzbarem Wert sind.

Freud hat sich zwar nicht sehr intensiv mit der Analyse politisch relevanter phantasmatischer Gebilde bzw. Vorstellungen befasst, auch nicht mit der gesellschaftskonstituierenden Relevanz der Einbildungskraft, und der Begriff des gesellschaftlichen Imaginären wurde lange nach seinem Tod, wenn auch in starker Anlehnung an seine Theorie sowie in gleichzeitiger Anlehnung an - und Ab-

# Skizzierung und methodologische Aspekte einer Übertragung

Von Alice Pechrigg

grenzung gegen - Lacan geprägt. Doch wir wissen, wie sehr Freud von den griechischen Mythen fasziniert war und, dass er ihnen als erster auf durchaus nachvollziehbare Weise den Status von Inszenierungen der in einer Gesellschaft versammelten unbewussten Wünsche und Phantasien zuschrieb. Und immer wieder sehen wir die Zirkularität der Übertragung am Werk: So wie die strukturelle Analyse der Mythen (2) Aufschluss über bestimmte Strukturen, phantasmatische Inhalte und sogar Dynamiken der Psyche zu geben vermag, genauso vermag die Aufdeckung verborgener Strukturen der Psyche die Mythenbildung sowie die Strukturen mythischer, religiöser, aber auch rationaler und politischer Gebilde zu erhellen. In Freuds lange zurückgehaltenem Text *Der Mann Moses und die monotheistische Religion* (3) versuchte er eine - auch in seinen Augen - gewagte Übertragung psychodynamischer Phänomene auf historisch-politische sowie religiöse Entwicklungen. Der hypothetisierte kollektive Mord am Führer Moses habe zu einer Verdrängung des Geschehens und einer Idealisierung des Opfers geführt. Wir mögen die Rekonstruktion aus wissenschaftlicher Sicht als haarsträubend beurteilen, doch wir können nicht umhin, den Mut zu bewundern, ohne den Freud den Begriff des Unbewussten, seine Strukturen, seine Konstituierungs- und Wirkungsweisen und seine Topiken (4) wohl nie zu entdecken bzw. erfinden vermocht hätte.

Die Übertragung zwischen psychischen Dynamiken und politischen Institutionen findet in seinem Begriff der „psychischen Instanzen“ ihren direktesten und weitreichendsten Ausdruck. Diese Metaphorik birgt sowohl heuristisch sehr wertvolle Momente wie sie auch zur unzulässigen Gleichsetzung oder Verwechslung zwischen den Seinsbereichen Anlass geben kann. Freud spricht bereits in seiner ersten Topik in der Traumdeutung vom Zensor, der darüber wacht, dass keine ungefalligen Wunschgedanken ins Bewusstsein kommen. Das führt dazu, dass der Wunschgedanke sich ent- oder verstellt, um den im Halbschlaf dösenden Zensor zu passieren und - zumindest entstellt - in die Welt der Phantasmen zu gelangen, also der Gebilde, die im Licht erscheinen (phainesthai). Er bringt zur Erhellung selbst ein Beispiel aus der Politik vor, in dem er den Wunschgedanken (des Es) mit dem Wunsch des politischen Schriftstellers nach Kritik vergleicht: „In ähnlicher Lage befindet sich der politische Schriftsteller, der den Machthabern unangenehme Wahrheiten zu sagen hat. Wenn er sie unverhohlen sagt, wird der Machthaber seine Äußerungen unterdrücken, nachträglich, wenn es sich um mündliche Äußerungen handelt, präventiv, wenn sie auf dem Wege des Drucks kund-

gegeben werden soll. Der Schriftsteller hat die Zensur zu fürchten, er ermäßigt und entstellt darum den Ausdruck seiner Meinung.“ (5). Wir haben es hier mit einer analogen Metapher zu tun (metapherein heißt her/übertragen), die zwischen dem Feld der Politik und dem Feld der Psyche zum Zwecke der Erhellung des Zweiteren vermittelt. Ersteres wird als bekannt vorausgesetzt, zumindest, was die Zensur durch autoritäre Machthaber bzw. Regime betrifft. Was der Psyche der Zensor (oder später das Überich) ist der Gesellschaft der Machthaber; was der Gesellschaft der politische Schriftsteller ist der Psyche ein träumendes Ich, das dem unbewussten Wunschgedanken (des späteren Es) irgendwie zum Ausdruck oder zur Erscheinung verhelfen will - der Bereich, aus dem der Wunschgedanke oder die für den unterdrückenden Machthaber unangenehmen Wahrheiten (vor allem die, dass das Unterdrückte, sprich die Untertanen, weiterhin darauf beharrt, ans Licht des Wachbewusstseins zu kommen).

Die Zirkularität der Metaphorik zwischen Psyche und Gesellschaft kann nicht oft genug betont werden: Freud entlehnt aus dem Bereich der politischen bzw. gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsausübung, um die tieferen Dynamiken der Psyche sinnfällig zu erhellen. Umgekehrt legt er im Zuge seiner Erkundungen des psychischen Geschehens Dimensionen frei, die sich - im gezielten metaphorischen Gebrauch - wiederum für die Erhellung des Bereichs eignen, aus dem entlehnt wurde: Die Rede von den psychischen Instanzen verweist zugleich auf die der politischen Bürokratie innewohnende Abspaltung und Anonymisierung von Gewalt und vom subjektiven Willen zur Macht, der sich hinter dem bürokratischen Sachzwang verbirgt. Dieser Prozess politischer Unbewusstmachung, ohne den etwa die Durchführung der Massenvernichtung durch den totalitären Staat der Nationalsozialisten unverständlich bleibt, funktioniert analog zu jenem intrapsychischen, im Zuge dessen das Ich nicht verantwortlich sein kann für das Es (das Unbewusste, das Verdrängte etc.), weil es gar nichts von dessen Wünschen weiß, ja überhaupt nichts mit ihnen zu tun hat, und wenn, dann weil „ich nicht anders kann“.

## ... zum politischen Imaginären

Ich überlasse den Bereich der Psychopolitik oder der Sozialpsychologie kompetenteren Leuten (6) und gehe gleich zum politischen Imaginären über.

Die Tatsache, dass die Politik im engeren Sinn eine Erfindung von Menschen in bestimmten Gesellschaften zu

bestimmten Zeiten ist, legt es nahe, dass wir uns für die anthropologischen und historischen Bedingungen dieser Erfindung interessieren (7). Zu diesen Bedingungen gehört zuallererst die menschliche Einbildungs- oder Vorstellungskraft, die Fähigkeit Phantasmen zu bilden, nicht Präsen-tes, also nicht Anwesendes, zu präsentieren, ob als radikal Neues, also zum ersten Mal, oder ob als Re-präsentation im Sinne der sekundären Vorstellungskraft, des Wieder-Vor- oder Darstellens. Diese Vorstellungskraft gestaltet, bildet ein, und zwar nicht mit und im Nichts, sondern sie ist immer schon eingebettet in Gesellschaft, Sprache, in zu Bedeutungen geronnenen Vorstellungen. Die Vorstellungskraft war bereits für Aristoteles ein Grundpfeiler der Seelentätigkeit, ja er machte ihn sogar vorübergehend zur Bedingung der Möglichkeit des Denkens („niemals denkt die Seele ohne Phantasmen“ lautet der vielzitierte Satz aus *De anima*). Wenn wir also mit Castoriadis (und in gewisser Weise auch mit Hegel) diesen Gedanken für die Gesellschaft und in weiterer Folge auch für die Politik konsequent weiterdenken, kommen wir an einen Punkt, an dem wir nicht mehr klar zwischen Wirklichkeit und Phantasie unterscheiden können, zwischen Erfindung und Realität, zwischen Ver-rücktheit und Normalität. Damit soll den Bäumen und dem Meer nicht seine Existenz für sich, also auch ohne uns, abgesprochen werden. Aber was die menschliche Wahrnehmung und Gesellschaft betrifft, so ist alles, was die eine oder andere Psyche hervorzubringen vermag, also jedes Privatphantsma, prinzipiell fähig unter bestimmten Bedingungen zum Paradigma, zum Dogma oder zur zentralen Bedeutung zu werden. Diese Anerkennung einer Phantasie oder Vorstellung durch die Gemeinschaft macht das Phantsma erst ontologisch relevant, insofern es dadurch in relevanter Weise an der Konstituierung der soziokulturellen Wirklichkeit teilhat. In den seltensten Fällen geht diese Anerkennung ohne Konsekrationen, also ohne rituelle Bestätigungen einher, wie sie innerhalb des politischen Imaginären von größter Relevanz ist. Wenn es sich um ein zur zentralen Bedeutung gewordenes Phantsma oder – aus der Sicht anders- bzw. nicht gläubiger BetrachterInnen - ein Hirngespinnst handelt (Gott der alles umfassende, hervorbringende, körperlos in allen Körpern Seiende, der der ist, der er ist etc.), muss umgekehrt auch alles in irgendeiner Form an dieser Bedeutung teilhaben, damit es dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit zuordenbar ist (nichts ist ausserhalb von Gott, nicht einmal das Nichts ... oder: was nicht zahlbar und zählbar ist, zählt nicht).

Insofern die Politik in Athen nicht in erster Linie - wie in Sparta - zur Beherrschung der Untertanen, sondern zur Selbstorganisation der Polis erfunden wurde, möchte ich mich nun dieser Gestalt zuwenden und die Relevanz der Verbindung zwischen Psyche, Soma und Polis in der Konstituierung der Politik beleuchten. In der Historiographie der athenischen Polis wurden vor allem die weitgehend rationalen Momente der Organisation, der Logik, der Raumeinteilung im Zuge der kleisthenischen Reform, die Institutionen sowie die offiziellen Diskurse analysiert. Erst

mit dem Buch von Nicole Loraux wird der imaginäre und phantasmatische Anteil auch für diesen Bereich untersucht, und nicht mehr nur für den Bereich des episch oder lyrisch verfassten Mythos oder der mythenverarbeitenden und die Polis reflektierenden Tragödie bzw. der Komödie. Das Phantsma der Einheit, die Verdrängung der Zwietracht, die Abgeschlossenheit gegenüber dem (inneren wie äußeren) Feind werden in Analogie zu aus der Psychoanalyse durchaus bekannten Phantasmen und Vorstellungsstrukturen gesetzt. Hier geht es nicht mehr nur darum, die Strategien von Herrschern bzw. Herrscherinnen oder Staatsmännern zur Kanalisierung der kollektiven Phantasmen und Affekte zu untersuchen, sondern um die in der Konstituierung des Staates und seiner Verfassung wirkenden Phantasmen und Affekte selbst. Während es in der Philosophie und Kulturtheorie des Imaginären in erster Linie um Phantasmen und Vorstellungen - also mehr um das Psychische - geht, stellen die mehr ins Somatische reichenden Affekte eher in der Sozialpsychologie bzw. in der Kulturtheorie und den Cultural Studies eine Rolle (8). Doch wenn wir uns jene Pfeiler des politischen Imaginären vor Augen führen, die einer Gestalt wie der Nation Körper verleihen wie etwa die Marianne, dann können wir beobachten wie kollektive Affekte gebündelt und für die Besetzung der Patria kanalisiert werden, indem sie auf eine imaginäre und nichtsdestoweniger wirkliche politische Gestalt projiziert werden. Diese spezifische Art der psychischen „Versammlung“ hat auf den ersten Blick nicht viel mit der genuin politischen Gestalt der Volksversammlung zu tun, doch die ideelle Verbindung zwischen dem „Kopf“ des männlichen Souveräns und dem allegorisch-weiblichen Körper der - bzw. für die - Menge ist nicht von der Hand zu weisen (9). Die - ontologischen - Metaphern, die hier am Werk sind, tragen maßgeblich zur institutionellen Hervorbringung und Gestaltung bei und erschöpfen sich daher keineswegs im Rhetorisch-Diskursiven.

Es geht m. E. in der Verbindung von psychischen (phantasmatisch-imaginären sowie psychisch-somatischen) und gesellschaftlich-politischen Aspekten kollektiven Vorstellens und Handelns darum, die strukturellen Merkmale nicht im strukturalistischen Sinn als starre Muster oder Invarianten zu verstehen, sondern im Sinne der Autopoiesis (Selbstschöpfung, -organisation) als sich stets verändernde. Politik ist nicht nur ein Feld, in dem ausgewählte VertreterInnen nach juristisch definierten Regeln funktionieren und in einer primitiven Freund-Feind-Logik widerstrebende Interessen vertreten bzw. Kompromisse aushandeln und ihrerseits Gesetze erlassen sowie umsetzen. Es ist auch ein Feld, das immer in Verbindung mit dem Vorhof impliziter Machtausübung in der Zivilgesellschaft oder der zivilen Öffentlichkeit - aber auch im privateren Bereich - steht; ein Feld, in dem Menschen als lebende Psychen und Körper inszenieren, agieren, verdrängen, handeln, denken sowie Strukturen und soziale Gestalten im weitesten Sinn schaffen. Der von einem Feld zum anderen divergierende Grad an logisch-rationaler Organisiertheit ändert nichts daran, dass es in der Politik eine affektiv-phantasmatische, ja auch

wahnhafte Dimensionen gibt und dass diese immer auch an der Hervorbringung - keineswegs nur an der Zerstörung - von Rationalität beteiligt ist. Die gigantische Rationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ist wohl das extremste und zugleich erschreckendste Beispiel einer Legierung von abgeschlossen-wahnhafter, primärprozesshafter Phantasmatik totaler Vernichtung des Anderen mit einer sekundärprozesshaften Differenzierung und Perfektionierung auf der Ebene des Logisch-Rationalen. Umgekehrt beansprucht die vernünftig klingende Universalität der Menschenrechte von allen, die sie hypothetisch-abstrakt betrifft, eine psychische Besetzung um von allen politisch eingefordert und global verwirklicht zu werden. Und dazu muss sie erst einmal im jeweiligen gesellschaftlichen bzw. politischen Imaginären Bedeutung erlangen und Sinn machen. Die christlich-abendländische Aufklärung hat sie über ein „Naturrecht“ verankern wollen, sie vergaß darüber ihre im rationalen Universalismus verdrängten Ausschlusspraktiken und Phantasmen der Andersheit/Weiblichkeit.

**Alice Pechriggl**

Professorin an d. Universität Klagenfurt

Fußnoten:

- (1) Cornelius Castoriadis, Gesellschaft als imaginäre Institution, Frankfurt/M., Suhrkamp 1984 (1975)
- (2) Ich verweise hierfür auf die bahnbrechenden Arbeiten des Philosophen und Altertumshistorikers Jean-Pierre Vernant und die „Pariser Schule des Imaginären“, die als HistorikerInnen natürlich einen viel vorsichtigeren Umgang mit den erwähnten Übertragungen pflegen. Am weitesten geht in der Verwendung psychoanalytischer Kategorien und Begriffe Nicole Loraux [L'invention d'Athènes. L'oraison funèbre dans la „cité classique“, Paris, Payot 1993 (1981)].
- (3) Gesammelte Werke, XVI, S. 101-246, 1950 (1937-1939).
- (4) Die erste Topik in der Traumdeutung unterscheidet zwischen einem Wahrnehmungssystem, dem Bewusstsein, einem System Vorbewusstes und einem System Unbewusstes; die zweite Topik in Das Ich und das Es unterscheidet zwischen dem Überich, dem Ich, dem Vorbewussten und dem Unbewussten. Sigmund Freud, Die Traumdeutung, Gesammelte Werke, II/III, Das Ich und das Es in: Gesammelte Werke, S. 235-289 (1923).
- (5) Die Traumdeutung, op. cit., S. 147f.
- (6) Siehe zum Beispiel Klaus Ottomeyer, Die Haider-Show, Klagenfurt/Celovec, Drava, 2000.
- (7) Eine der hervorragendsten Analysen der athenischen Polis im offiziellen Diskurs des Historikers Thukydides nennt sich „die Erfindung Athens“ und stammt von Nicole Loraux.
- (8) Für einen Versuch der Verbindung beider siehe: Gudrun Perko und Alice Pechriggl, Phänomene der Angst. Geschlecht - Geschichte - Gewalt, Wien, Wiener Frauenverlag, 1996.
- (9) Für eine genaue Analyse dieses Phänomens siehe Alice Pechriggl, Corps transfigurés - Stratifications de l'imaginaire des sexes/genres, Bd. I Du corps à l'imaginaire civique, Paris, L'Harmattan, 2000, S. 169-204.



# Haben die Studierenden der Politikwissenschaft EIN ANRECHT AUF POLITISCHE PSYCHOLOGIE?

## Individuum und Staat – ein ungeklärtes Verhältnis

Wie „Politik“ zu definieren sei, ist bis heute in der deutschsprachigen Politikwissenschaft nicht ganz geklärt (vgl. Gerlich, Kreisky, Sauer in ihrer Einführung von 1998/99). Das liegt vielleicht daran, dass der hier beschriebene Realitätsausschnitt vage bleibt: Ist Politik ein Herrschaftsinstrument („Staatskunst“), eine Wohltätigkeitsveranstaltung der Eliten („Verfolgung des Gemeinwohls“) oder ein Ausdruck kollektiver Beziehungstätigkeit („jedes andauernde Muster menschlicher Beziehungen, das zu einem beträchtlichen Teil Kontrolle, Einfluß, Macht oder Autorität beinhaltet“)? Die Entstehungsgeschichte der Politikwissenschaft in den deutschsprachigen Ländern verweist auf eine Zwangsbelgückung, ähnlich wie es 1989 den OsteuropäerInnen geschah, und von daher auf einen bis heute vielleicht nicht genügend abgeklärten Verwendungszweck dieses Importgutes. Jedenfalls wurde das Fach auf die etablierten Fächer Staatsrecht und Geschichte aufgepfropft, welche vom traditionellen europäischen Staatsverständnis ausgingen: autoritär nach innen, aggressiv nach außen. Das wurde legiert mit einem allzu geschönten und formalen Verständnis von Demokratie. In Vermeidung einer Auseinandersetzung mit der belasteten Vergangenheit konzentrierte man sich also auf das Lehren der neu erworbenen Institutionen wie Verfassung, Wahlen, Parteiensystem und der dazugehörigen „Gesinnung“ sowie auf konkrete Teilgebiete praktischer Politik.

Das Individuum, aber auch die Gruppen, in denen es sozialisiert wird und sich betätigt (und sich schuldig gemacht hatte), blieben ausgespart. Man gab und gibt sich der Annahme hin, dass Gesellschaft und Politik kognitiv-rationalistisch zu regeln seien.

Tenbruck betont in „Die unbewältigten Sozialwissenschaften“, dass die Soziologie mit ihrem Paradigma von „der Gesellschaft“ das beherrschende Konstrukt der wissenschaftlichen Selbstdeutung des Westens nach dem 2. Weltkrieg und sogar weltweit geworden sei. Der Vorrang kognitiver, abstrakter Daten und formaler Rationalität habe den Eindruck erweckt, als sei das Leben von anonymen Gesetzmäßigkeiten beherrscht, die Menschen nur mehr RollenträgerInnen; sie verschwinden hinter formalen Zahlengrößen wie Durchschnittswerten und BNP. Die Sozialwissenschaften bieten auf diese Weise wenig Unterstützung für verantwortliches Handeln.

### Abbruch einer kritischen Wissenschaftstradition

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatten sich Ansätze gebildet, den Marxismus (als die einzige kritische Theorie der europäischen Herrschaftsverhältnisse, die sich hatte durchsetzen können) zu ergänzen um eine Politische Psychologie, die auf der Psychoanalyse fußte. Das dringliche Anliegen war, den Faschismus aufzuhalten (Frankfurter Institut für Sozialforschung). Die Ermor-

dung und Vertreibung der jüdischen und kritischen Intelligenz durch die Nazis machte dem in Europa ein Ende. In den USA wurden vielversprechende Ansätze vor allem von den „Neoanalytikern“ wie Fromm und Horney vorangetrieben (H.E.Richter 1995).

Als bekannteste Beispiele für diejenigen Versuche, die seit den 68ern in Deutschland bekannt wurden und an diese Tradition wieder anknüpfen, sei die Frankfurter Schule genannt. Die Probleme dieser Richtung liegen nach meiner Auffassung in der Wiederaufnahme marxistischer und psychoanalytischer Theoreme, die einer Überarbeitung bedürfen und schwer mit einander zu verknüpfen sind. Lohmann (1996) spricht von einer inzwischen gescheiterten Beziehung. Von relativ großem Einfluss waren die Mitscherlichs sowie Richter und Mentzos. Heute liegen etliche psychoanalytische Auseinandersetzungen mit Politik auf den verschiedensten Ebenen vor (Mentzos, Volkan u.a.). Sie alle fußen auf Weiterentwicklungen der psychoanalytischen Theorie. Daneben existieren als eigenständige Entwicklung die Ethno-psychoanalyse (Erdheim, Parin) und die psychohistorische Richtung (de Mause).

### In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?

Dieser Titel einer kürzlich erschienenen zweibändigen Sammlung von Pongers (2001) von Theorien der bekanntesten Soziologen der europäischen Gegenwart

## „Es gibt nichts Schändlicheres als seyn eigener Knecht seyn.“ (Aus: „Der gepfefferte Spruchbeutel“, 1830)

Von Kathleen Höll-Stoffl

spricht die Orientierungslosigkeit an, die nach dem Zusammenbruch des Marxismus und der schon längst vorher eingetretenen Abwendung von soziopolitischen Makrotheorien über uns gekommen ist. Die pragmatische Einschränkung auf „Theorien mittlerer Reichweite“, nahegelegen schon durch den „demokratischen Pragmatismus“ der Nachkriegszeit, hat sich in unseren Breiten weiter durchgesetzt. Dazu kommt heute, zu Zeiten der Globalisierung, dass bei aufrechterhaltener demokratischer Selbst-Etikettierung der westlichen Staaten „der Markt“ mit all seinen (legitimatorisch stark überzeichneten) Regulierungsnotwendigkeiten als der eigentliche Souverän präsentiert wird und dass demokratische Institutionen einer substantiellen Bedeutungserosion unterliegen. Dies unterstützt die ohnehin in Politik und Wissenschaften parallel vorhandene Tendenz, in Kategorien der großen Zahl zu denken. Der einzelne Mensch gilt als „quantité négligeable“, aber nicht „zusehends“, wie Claußen (1995) meint, sondern noch immer und wie eh und je in der europäischen Geschichte.

Es wird nur selten versucht, die Mikro- und Makroebenen zu verknüpfen. Der Soziologe Norbert Elias spricht in seiner „Theorie der Zivilisation“ (1981) vom „vertrackten Problem des Zusammenhangs von individuellen, psychologischen Strukturen, also von den sogenannten Persönlichkeitsstrukturen, mit den Figurationen, die viele interdependente Individuen miteinander bilden, also von

Sozialstrukturen“. Er betont, dass beides „interdependente Aspekte der gleichen langfristigen Entwicklung“ sind. Er beharrt darauf, dass man Makroprozesse nur sehr bedingt verstehen kann, „wenn man aus dem Auge verliert, dass sich Begriffe wie ‚Individuum‘ und ‚Gesellschaft‘ nicht auf zwei getrennte Objekte, sondern auf verschiedene, aber untrennbare Aspekte der gleichen Menschen beziehen.“ Dasselbe kann man für politische Gebilde behaupten.

Mein Ansatz psycho-sozio-politischer Theorienbildung ist ein integrativer Ansatz auf der Basis der Theorie der Gestalttherapie. Ihre Entwicklungsgeschichte reicht bis in die Zwanzigerjahre zurück. Begründet wurde sie von Fritz Perls (1893-1970), Lore Perls (1905-1990) und Paul Goodman (1911-1972). Zunächst psychoanalytisch orientiert, verfolgten die Perls in New York mit anderen emigrierten PsychoanalytikerInnen (Fromm, Horney, Sullivan) das Ziel einer emanzipatorischen Psychotherapie. Gemeinsam mit dem amerikanischen Sozialphilosophen und Gesellschaftskritiker Paul Goodman, einem der Inspiratoren der amerikanischen Bürgerprotest- und der Bürgerinitiativen-Bewegung, entwickelten sie die „Gestalt Therapy“ (1951). Sie interpretierten das Human Potential Movement als historische Alternative zum Faschismus. In Theorie und Praxis zielte man auf eine Überwindung der Körper- und Lustfeindlichkeit sowie auf eine Befreiung von autoritären Strukturen und Gewohnheiten. Dieser Ansatz

integriert körpertherapeutische (Reich), gestalttheoretische (Wertheimer, Koffka, Zeigarnik, Gelb) und feldtheoretische Elemente (Lewin), die Organismustheorie Goldsteins und das Psychodrama (Moreno). Daneben wurden Elemente aus der Philosophie (Friedlaender, Buber, Tillich), dem Taoismus (Watts) und verschiedenen Bereichen moderner Kunst (Reinhardt, Gindler) integriert. Erfahrung und Handeln werden als interaktive, dialogische Prozesse aufgefasst. Statt von einer dem Individuum zugeschriebenen Intentionalität geht man von wechselseitiger Orientierung aus. Jede Person, jede Handlung ist nur vor einem Hintergrund bzw. in ihrem jeweiligen Kontext zu verstehen. Dieser umfasst ihren sozialen, regionalen, politischen und kulturellen Ort. Denn die Individualität und die historisch-politisch-sozialen Prägungen von Menschen durchdringen einander in ständiger Wechselwirkung. Die Zugehörigkeit zu Gruppen und Gruppierungen auf den verschiedensten Ebenen: Familie, Geschlecht, Beruf, Alter, Hautfarbe usw. bis hin zu Partei, Schicht, Region, Staat, Religionsgemeinschaft, Kontinent gehört konstitutiv zum einzelnen Menschen dazu. Insofern führt jedes Auseinanderdividieren von Individuum und Gesellschaft oder Staat zu logischen und sachlichen Schwächen. „Selbstregulation“ bedeutet die Fähigkeit eines Menschen, die eigenen Bedürfnisse zu erkennen und sie mit den Möglichkeiten der Befriedigung, die das Feld bietet, in Einklang zu bringen. Feld und Person werden

als gleichberechtigte Mitspieler verstanden. Umgekehrt heißt das: Das Feld, die Gesellschaft, die Politik, sind auch deswegen so, wie sie sind, weil alle mitspielen. Der Sinn des Tuns aller ergibt sich nur aus dem Einbezug aller Beteiligten. Individuelle psychische Störungen erhalten eine gesellschaftliche Interpretation: als Notlösungen, die durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen erzwungen werden. Macht und Gewalt müssen als Gegenspieler der Autonomie von Einzelnen und Gruppen unbedingt zum Thema politikwissenschaftlicher Anstrengungen gemacht werden. Die inoffizielle Struktur unterläuft im Bereich der Politik die offizielle genau so wie in jeder Firma.

### **Ich bemühe mich um die Integration unterschiedlicher Konzepte und Ebenen**

Freud: das Unbewusste, Widerstand, Übertragung / Fromm: Gesellschaftscharakter / Reich: Charakterpanzer, die Theorie der Sexualverdrängung / Erdheim: das politische Unbewusste / Mentzos: interpersonale und institutionelle Abwehr / Gestaltpsychologie: Figur/Grund-Konzept, Kontaktzyklus, Theorie der Gefühle / Lewin: Feldtheorie, Gruppendynamik / Bourdieu: Feldtheorie / H. Schmitz: Leibphilosophie / Scheflen und Henley: Körpersprache im sozialen Raum / Familientherapie: Delegation, Kollusion / neuere Theorien der psychischen Störungen (Trauma) / Arendt: Konzept von Macht und Gewalt / Galtung: Tiefenkultur

Wichtig ist mir das Angebot von zumindest kleinen Experimenten, damit diese Konzepte mit der eigenen Erfahrung verbunden werden können, da man ansonsten auf rein theoretischen Konstrukten aufsitzt.

Politische Theorien können die politische Landschaft mitgestalten, indem sie bestimmte Deutungsmuster erzeugen oder bestärken bzw. schwächen. Etwa durch die Fragen, die öffentlich gestellt oder eben nicht gestellt werden, welche Daten gesammelt und wie sie interpretiert werden – all das wird von der Politikwissenschaft beeinflusst. Nicht zuletzt werden auch durch die Prägung der AbsolventInnen, die in die Politik und benachbarte Gebiete gehen, Denk- und Verhaltensmuster aufrechterhalten oder verändert. In diesem Sinne sollte sich die Politikwissenschaft mehr als bisher zu einem selbstreflexiven Verfahren mausern, das die Möglichkeit bietet, die geltenden Normen, Inhalte und Vorannahmen aufgrund der Kenntnis von psychosozialen Dynamiken und Tiefenstrukturen zu durchleuchten.

Was zu erwarten war: Ich bin der Meinung, die Studierenden der Politikwissenschaft haben ein Anrecht auf Politische Psychologie!

#### **Kathleen Höll-Stoffl**

Lektorin am ipw  
Psychotherapeutin, Supervisorin,  
Lehrtherapeutin für Integrative  
Gestalttherapie im ÖAGG.

# POLITISCHE PSYCHOLOGIE: Eine Diagnose für den Status österreichischer Politik

Gut ausgerüstet mit theoretischen Wissen begaben wir uns zu Dr. Roman Horak, Universitätsprofessor an der Akademie für Musik und Darstellende Kunst in Wien (1). Dass Theorien zur Politischen Psychologie und Fragen, ob sie Machterhalt oder Konfliktlösungen dienen, nicht die politische Realität widerspiegeln, beweist nachstehendes Interview.

***Parteien folgen, vor allem in Zeiten von Wahlkämpfen, der allgemeinen Volksmeinung, nicht ohne vorher die Meinungsforschungsinstitute darum befragt zu haben. Politiker bedienen sich vermehrt der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Sind diese „Inszenierungen“ nicht bereits Bestandteil Politischer Psychologie?***

Mediale Selbstdarstellung ist nicht unbedingt neu. Bundeskanzler Kreisky's hat es einst diesbezüglich zu beachtlichen Erfolgen gebracht. Im Rückblick an die Fernsehdiskurse zwischen Kreisky und Tauss zu heutigen Diskussionsrunden bemerke ich einen wesentlichen Unterschied. Trotz gegensätzlicher Positionen gab es zwischen Kreisky (SPÖ) und Tauss (ÖVP) eine Verortung in ganz bestimmten Weltanschauungen, die von den Menschen nachvollziehbar war. Heute stelle ich fest, dass die politischen Weltanschauungen den Marketingmethoden gewichen sind. Der Staat wird von der Regierung wie ein Betrieb geführt. Ungleichheiten werden dabei bewusst ausgeblendet. Konkrete Fragen werden nach einem Konzept X beantwortet. Statt politischer Inhalte könnten mit diesen Aussagen gänzlich andere Sachen verkauft werden. Bei den Politikern ist eine rhetorische Abgehobenheit mit leeren Worten zum Credo erfolgreicher politischer Tätigkeit geworden. Dem Betrachter stellt sich die Frage, ob alle das gleiche neo-linguistische Trainingsprogramm absolviert haben?

***Ist die Schwächung des Nationalstaates durch die internationale Verflechtung, sprich Globalisierung, in einen „Hinterhalt“ geraten? Werden nationale Interessen, z. B. Entscheidungen die Minderheiten betreffen, nicht den globalen politischen und wirtschaftlichen Zwängen unterworfen?***

Was ich seit geraumer Zeit mit Besorgnis beobachte ist die Vermischung von politischen und kulturellen Argumenten, auch in der internationalen Politik. Sie führt - über Umwege zwar – letztlich oftmals zu einer biologistischen Sichtweise, wenn z. B. ethnische Differenzen als kulturell fixe diskutiert werden. Da schleicht sich schnell eine Art Essentialismus ein – und von da ist es kein weiter Weg zum biologischen Argument.

Die Psychologie im allgemeinen ist zum festen Bestandteil in der Alltagssprache geworden. Psychologie meint Befindlichkeit, es geht ihr um eine kranke Welt, die es zu heilen gilt. Die Welt zu ändern bedeutet aber etwas anderes als sie zu heilen. Ich bin nicht dagegen, sozial-psychologische Kategorien zu verwenden, was mich stört, ist die Ersetzung analytisch-kritischer Zugangsweise durch den Diskurs des Therapeutischen.

***Der anfänglichen Widerstand zur Schwarz-Blauen Regierung ist einer gewissen Gleichgültigkeit gewichen. Sogar das Null-Defizit des Finanzministers zuungunsten sozialer Errungenschaften wird von den meisten akzeptiert. Haben die ÖsterreicherInnen ihre Reaktionsfähigkeit verloren?***

So seltsam das zunächst klingt, das Argument des „Sparens“ ist bei den ÖsterreicherInnen tiefenpsychologisch verankert. Daher ist es nicht besonders schwierig der österreichischen Bevölkerung eine Null-Variante trotz persönlicher Einbußen, als Ideologie zu verkaufen. Denn für Österreich, als katholisches Land, ist Verzicht selbstverständlicher als Verschwendung. Da hat die politische Psychologie voll Wirkung gezeigt.

***Ich danke für das Gespräch!***

Das Interview wurde von **Gerti Zupanich** geführt.  
Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

## Anmerkung:

(1) Bei den StudentInnen der Politikwissenschaft wegen seines unkonventionellen Semianangebotes sehr geschätzt.

# WARUM

## und in welchem Sinne

**W**ir können uns bei der Beantwortung dieser Frage von unserer Intuition leiten lassen und mit der Überlegung beginnen, dass es in der politischen Psychologie darum geht, wie politische Aussagen die Menschen ergreifen und bewegen, wie es kommt, dass diese sich mit einigen Politikern eher identifizieren als mit anderen, dass einige Parolen wirksam sind und andere weniger, dass eine bestimmte politische Konfiguration sich glaubhaft machen kann und eine andere nicht.

Und somit sind wir bereits mitten im politischen Phänomen des Populismus. Man sucht bei den Subjekten des Populismus nach Erklärungen dafür, dass so viele Menschen – etwa in Österreich, aber auch in Italien oder Belgien – in diesen Zeiten auf recht einfache politische Parolen („Stop der Überfremdung!“ „Stop den Politikerprivilegien!“ „Stop für Temelin!“) positiv reagieren und sagen bzw. denken: „Ja, recht haben sie. Endlich ist da mal jemand, der ausspricht, was ich denke.“ Oder aber: „Wir wollen es denen da oben einmal ordentlich heimzahlen. Deshalb wählen wir jetzt FPÖ-/Berlusconi/Vlaams Blok oder ähnliche Parteien.“ „Die da oben“, das sind in der Regel die Politiker an der Macht, die im Grunde genommen nichts anderes machen, als schlecht regieren. Es würde ja reichen, einfach bei der nächsten Wahl andere Politiker zu wählen,

und der Unmut hätte eine einfache demokratische Lösung gefunden. Doch diese Leute wären damit nicht zufrieden.

Das eigentlich beängstigende Phänomen des Populismus besteht in dem Überschuss, der einen einfachen (Ab-)Wahlakt begleitet und den bereits das Wort „heimzahlen“ im von mir fingierten Statement signalisiert. Der Überschuss: Das sind Emotionen (wie Rachegefühle, Gefühle des Zu-Kurz-Gekommen-Seins), Imaginationen (was die da oben machen, wie sie leben und dass sie uns immer ausbeuten) und politische Haltungen, für die im normalen politischen Geschehen kein Platz ist (etwa die Position, alle AusländerInnen sollten raus, oder aber,

siert und als passive und dabei recht einfältige EmpfängerInnen der politischen Botschaften vorgestellt. Demnach wären die Fans einer populistischen Partei irgendwie kranke Fälle – wenn nicht krank, so zumindest in wesentlichen Bereichen defizitär. Und als solche sind sie zu behandeln.

Doch ein populistisches Subjekt zu werden, das ist zu allererst ein aktiver Vorgang. Schließlich macht man in der Wahlkabine ein Kreuz an der entsprechenden Stelle. Dies geht einher mit einer ganzen Serie von zumeist deutlich artikulierten Sprechakten, zusammen genommen stellt all dies einen – im psychoanalytischen Sinne – „Akt“ dar und ist daher kennzeichnend.

## Die Wirksamkeit

dass niemand mehr Steuern zahlen sollte).

### Wie können wir das verstehen?

Auf der Suche nach einem Erklärungsmodell bin ich schon bei den Gefahren angelangt, die bei vorschnellen Deutungen aus dem Bereich politischer Psychologie entstehen könnten. Zum einen: Es wird eilig von der individuellen Ebene auf die kollektive Ebene geschlossen. Zum anderen: Die „Objekte“ politischer Psychologie werden pathologi-

Im Film „Die Wahlkämpfer“ des Wiener Regisseurs Helmut Grassler – er wurde Anfang der 90er Jahre gedreht und ist ein Dokumentarfilm über die Haiderfans – werden ganz normale Menschen gezeigt, die in Wien im 10. Gemeindebezirk wohnen oder aber in Klagenfurt eine kleine Wohnung zur Familiengründung bezogen haben, die Arztsöhne in Salzburg sind und in der FPÖ Karriere machen wollen oder aber die im Gemeindebau leben und ihre Katze über alles lieben.

Im Film lässt sich etwas Seltsames beobachten: Diese Menschen erzählen ihre Le-

# ist Populismus ein Gegenstand politischer Psychologie?

Von Sebastian Reinfeldt

bensgeschichte, um mit ihr zu begründen, warum sie für „ihn“ sind. „Er“, das ist Jörg Haider, durch dessen Bewunderung sie nicht nur einen neuen, besseren Platz im gesellschaftlichen Leben zu bekommen scheinen, sondern der ihnen versprochen hat, sie von dem Joch zu befreien, unter dem sie jeweils leiden. Die Personen reden dabei oft wie Gläubige, die eine neue Religion gefunden haben, an die es sich wieder zu glauben lohnt. Und sie finden durch die populistische Konfiguration eine Ordnung vor, die auf ihr privates Leben zurückstrahlt.

Da ist zum Beispiel ein FPÖ-Gemeinderatsmitglied aus Wien, der als Kind ins Heim gekommen ist und der unter dieser Welt – und besonders unter der dort vor-

herrschenden Gewalt – sehr gelitten hat. Er – jetzt altersmäßig in den Dreißigern – blickt auf sein Leben zurück wie auf eine Summe aus Demütigungen und erlittenem Unrecht, wobei er bislang noch keine Gelegenheit und keinen persönlichen Mut hatte, zurückzuschlagen. Nun empfindet er Genugtuung, wenn Haider sich mal wieder durch irgendeinen Sager daneben benimmt und die Öffentlichkeit – die in seinem Imaginären den Platz seiner früheren Peiniger einnimmt – sich über ihn aufregt. Dann, so erzählt er mit glänzenden Augen, empfinde er

eine diebische Freude. Haider nämlich zahlt es denen da heim, er ist es, der die längst fällige Rache übt – an seiner statt.

Die drohende Passivisierung der Subjekte in der Theorie durch politische Psychologie geht einher mit dem Dethe-matisieren des Politischen. Die populistischen Subjekte seien irgendwie auf eine schiefe Bahn geraten – sie wählen seltsame Parteien oder Personen – und als mögliches Gegenmittel müssten sie entweder in eine Therapie oder man muss mit ihnen über ihre Probleme reden, sie verstehen,

## des Populismus

ihnen entgegenkommen, um ihnen dann klar zu machen, dass sie irgendwie irregeleitet sind.

So wichtig meiner Meinung nach ein verstehender Zugang auch ist (besonders anhand des von mir ausgewählten Falls), so sollten wir doch nicht aus den Augen verlieren, dass es in der Politik auch um GegnerInnenschaften geht. Bestimmte politische Positionen erzwingen ihrerseits eine klare eigene Position. Verstehen bedeutet hier nicht, sich dem Gegenüber anzugleichen, verstehen muss hier aus der

Differenz entstehen, aus der Andersheit nicht nur zu denjenigen, die populistische Subjekte sind, sondern auch zu dem, was in den jeweiligen Gesellschaften als normal gilt. Populismus argumentiert immer mit einem bestimmten Bild von Normalität.

Die hier berichtete Geschichte ist natürlich kein Einzelfall. Im Film begegnet uns eine beklemmende Vielzahl solcher und ähnlicher Alltagsgeschichten, die aufgerollt werden, weil jemand (die FilmmacherInnen) verstehen will, warum die anderen für Haider sind. Doch können wir Populismus nicht allein dadurch begreifen, indem wir biographische Geschichten hintereinander erzählen. Wir müssen ihre Struktur entdecken.

Populismus arbeitet im politischen Imaginären, indem er Persönliches und Politisches auf eine bestimmte Weise verklammert, das heißt in einer neuen Ordnung verfügt. Die Elemente dieser Ordnung sind, neben dem charismatischen Führer, eine bestimmte diskursive Gruppierung – man könnte beinahe sagen: ein Lebens-Sinn mit dessen Hilfe ein Ort in dieser Welt beschrieben wird.

Populismus erschafft ein bizarres "Wir", das er in vielerlei Facetten beinahe täglich neu aufruft, konfiguriert und mit Bildern ausstattet. Dieses "Wir" bekommt seinen Sinn und seine Bedeutung in der Abgrenzung von "Denen-da", den bereits genannten PolitikerInnen, und in der scharfen Zurückweisung derjenigen, die nicht so sind wie wir ("Nicht-Wir"). Die, "die nicht so sind wie wir", das waren und sind in Österreich die AusländerInnen und die sogenannten "SozialschmarotzerInnen". Gleichzeitig und immerfort wird an die "normalen BürgerInnen" appelliert, sich mit dem "Wir-Kollektiv" zu identifizieren. Die Positionen "Die-da", "Nicht-wir" und "Wir" bezeichnen nun relativ konstante leere Stellen ("Slots"), in die je nach tagespolitischer Situation verschiedenste konkrete Personen, Kollektive oder Völker hineinbuchstabiert werden können. Gleichzeitig bekommen die einzelnen Positionen automatisch eine bestimmte Logik. So stehen sich "Wir" und "Die-da" als entgegengesetzte Stellen gegenüber, während "Wir" und "Nicht-Wir" einander ausschließen: Die Bejahung des Slots "Wir" führt automatisch zur Negation des Slots "Nicht-Wir".

Deshalb ist eine Wahlentscheidung für die FPÖ jedenfalls mehr als nur eine Option für eine Oppositionspartei im Rahmen der Demokratie. Die FPÖ zu wählen bedeutet, sich auf die eine oder andere Art und Weise mit der "Wir-Kategorie" zu identifizieren. Durch das Kreuz in der Wahlkabine wird man – zugespitzt formuliert – zu einem neuen Menschen, und dieser Subjektteffekt, diese Identifikation mit einer "Wir-Position" wird systematisch durch eine völk-

sche, ideologische Infrastruktur stabilisiert. AusländerInnen, "SozialschmarotzerInnen" etc. sind als organisch fremd aus der "Wir-Gruppe" der Anständigen und Fleißigen ausgeschlossen. Auf diese Weise setzt sich auch die deutschnationale Tradition in der FPÖ fort. Dabei spielt es keine große Rolle, ob die ÖsterreicherInnen im Kern deutsch sind oder ob sie über eine eigene Art von „Austriazität“ verfügen, wie die FPÖ neuerdings meint. Die FPÖ wiederholt ja auch immer wieder, dass die kritisierten AusländerInnen nicht die Volksgruppen der SlowenInnen und KroatInnen seien, so lange diese brav sind und keine weitgehenden Forderungen stellen. Wie man an der von Landeshauptmann Haider angezettelten Diskussion über die zweisprachigen Ortstafeln sieht, bleibt dieser deutsch-nationale Strang der FPÖ von Bedeutung.

Aus der organischen "Wir-Kategorie" radikal ausgeschlossen sollen aber die sogenannten „GastarbeiterInnen“ werden, eben jene AusländerInnen, denen unterstellt wird, keine organische "Volkstumsqualität" zu haben. Sie haben keine wirklichen Wurzeln mehr, und sie können auch niemals echte ÖsterreicherInnen werden. Diese „Definition“ setzt sich im Alltagsdiskurs in der Rede-weise von „geborenen“ und „nicht geborenen“ ÖsterreicherInnen fort.

Ein solcher Ausschluss stützt den antipolitischen Diskurs: Es wird andauernd behauptet, dass "die PolitikerInnen da oben" dem appellativen Kollektiv der Anständigen und Fleißigen etwas Wesentliches wegnehmen wollten. Aber woraus dieses Wesentliche, diese seltsame Essenz Österreichs wirklich besteht,

das kann nur mit Bezug auf eine negative Kategorie gedeutet werden, nur im Verhältnis zu den Leuten, die in der Kategorie "Nicht-Wir" zusammengefasst werden: AusländerInnen und "SozialschmarotzerInnen" stützen das "Wir-Kollektiv".

In dieser umgreifenden diskursiven Formation wurde aus der FPÖ-Parteitags-Phrase "anständige und fleißige ÖsterreicherInnen" nicht nur eine starke und ausschließende Bezeichnung, nicht nur Rhetorik auf einer Oberfläche, sondern ein soziales Faktum.

Ein semiotisches Schema wie dieses, muss sich politisch aber erst durchsetzen, es muss decodiert, verstanden, übersetzt und appliziert werden. Genau hier liegt die erste politische Aktivität der Subjekte. Denn hinter den genannten semiotischen Begriffen verbergen sich im realen politischen Leben scharfe politische Kämpfe, die mit Siegen und Niederlagen enden.

Die FPÖ hat im Zeitraum von 1986 bis heute eine Deutungsmacht über die relevanten politischen Objekte und Themen gewonnen, und sie konnte im Zuge der politischen Auseinandersetzungen in Österreich eine eigene politische Identität formulieren. Der besondere Fall Österreichs im europäischen Vergleich besteht nicht im rechtlichen, ökonomischen und diskursiven Ausschluss von AusländerInnen, der besondere Fall Österreichs besteht auch nicht in der rechtlichen und diskursiven Diskriminierung alles Fremden und Ungenormten. Dieses Phänomen ist im westlichen Europa mehr oder weniger verbreitet. Das Besondere an Österreich ist die politische

Hegemonie des rechten Populismus und seine besondere Art, Macht auszuüben. Rechter Populismus an der Macht erschafft einen Typus nationaler Identität, der vollkommen politisch überdeterminiert ist.

Wie es dazu kam, das hat mit der vorherigen bestehenden politischen Konstellation zu tun. Im Rahmen dieses Artikels kann ich natürlich die Dinge nur andeuten. Das alte politische Arrangement hat die gesellschaftlichen Interessen in einem fein abgestimmten Institutionsgeflecht austariert und den Bürger – hier verwende ich die männliche Form mit Absicht – darin in seiner Funktion und Identität als Arbeiter, Angestellter oder Beamter zusammengefasst und integriert. Die Integration über berufsbezogene Interessen vollzog sich darüber hinaus auch parteipolitisch. Die sozialen Milieus waren den Regierungsparteien personell und ideologisch zugeordnet.

Die populistische Mobilisierung konnte deshalb greifen, weil mehr und mehr soziale Gruppen aus dem alten Modell herausgefallen sind. Da sind nicht nur Randgruppen zu nennen, sondern auch bestimmte freiberufliche Milieus, subkulturelle Zusammenhänge, sozial Schwache, das von der SPÖ formierte ArbeiterInnenmilieu, für das sich die Partei nur mehr rhetorisch interessiert hat. Man könnte diese Leute als den „nicht umfassten Rest“ des alten Arrangements unter der Dominanz der beiden großen politischen Parteien beschreiben. Und diesen Rest hat die FPÖ aufgesammelt und neu gruppiert.

Aber im Ergebnis ist das, was der rechte Populismus in Österreich durchgesetzt hat,

kein wirklicher Bruch. Die politische Überdetermination blieb nämlich bestehen, verschwunden ist lediglich das umgreifende politische Arrangement. Die nationale Identität des rechten Populismus ist nämlich exklusiv, man muss nun darum kämpfen, dazu zu gehören – oder man verkündet mit großem Stolz, eben nicht Teil des herrschenden Kollektivs der Anständigen, Fleißigen und Sparsamen zu sein.

Soweit geht mein Versuch, die Ereignisse der letzten Jahrzehnte in Österreich zu verstehen. Das Problem ist nun leider, dass es zu wenig wirkliche Forschung in diesem Bereich gibt. Offen ist ja weiterhin, wie genau das „Andocken“ der sehr heterogenen Subjekte an das neue Kollektiv vonstatten geht. Ich konnte hier nur eine grundlegende Struktur beschreiben.

Um die Wirksamkeit des Populismus besser zu verstehen, brauchen wir mehr seriöse, offene und qualitative Forschung, die sich nicht hinter den dürftigen Antworten aus den Statistiken der Sonntagsfragen versteckt, so wie sie in den politischen Magazinen abgedruckt sind.

Wer hat Lust?

**Sebastian Reinfeldt**  
Lektor am ipw



# Kognitive Karten

Zieht man politikwissenschaftliche Nachschlagewerke und Handbücher zu Rate, (1) zeigt sich, dass unter politischer Psychologie zwar vor allem die Erforschung der subjektiven Seite des Politischen bzw. politischer Prozesse und Phänomene verstanden wird, dennoch aber alles mögliche unter diesem Begriff subsumiert wird. Eine spezielle Methode bzw. ein klar abgrenzbares Methodenbündel zur politischen Psychologie-Forschung existiert nicht, Untersuchungsspektrum und -ansätze sind breit gefächert und vielfältig und weisen zahlreiche Berührungspunkte und Überschneidungen mit anderen Disziplinen auf.

So stellt etwa die kognitionspsychologische Forschung in Anlehnung an die Wahrnehmungspsychologie den Prozess der Informationsaufnahme und -verarbeitung ins Zentrum und fragt danach, wie und auf welche Weise Erwartungen, Einstellungen, vorgefasste Meinungen und Emotionen die Wahrnehmung der umgebenden sozialen und materiellen Welt strukturieren. Die Sozialpsychologie wiederum widmet sich unter anderem der Entstehung und Veränderung politischer Einstellungen und gruppenspezifischer Meinungsbilder oder der Herausbildung von Vorurteilen.

Ein vor kurzem am Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut Wien abgeschlossenes, interdisziplinäres Forschungsprojekt, (2) an dem Forschungsteams aus Österreich, Ungarn und der Slowakei beteiligt waren, beschäftigte sich mit ähnlichen Themen und Fragestellungen, jedoch ohne auf politische Psychologie zu fokussieren. Der methodische Ansatz verband im konkreten Fall sozialwissenschaftliche mit kulturwissenschaftlichen und wahrnehmungsgeografischen Fragestellungen und Zugängen.

Im Zentrum einer regionalen Fallstudie stand die Auseinandersetzung mit Alltagserfahrungen und Alltagswahrnehmungen der Bevölkerung in der Dreiländerregion Österreich, Ungarn und Slowakei (im Grenzraum Wien / Burgenland / Bratislava / Győr-Moson-Sopron-Megye) an jeweils beiden Seiten der Grenze in Hinsicht auf politische Veränderungen seit 1989.

In einem ersten Forschungsschritt wurden mit der Erhebungsmethode halbstandardisierter Fragebögen in ausgewählten Untersuchungsgemeinden an jeweils beiden Seiten der Grenze Befragungen nach Zufallsstichproben unter der Bevölkerung durchgeführt. Diese perzeptionsgeografische Erhebung ermöglichte ein überblickshaftes Nachzeichnen des Zusammenhangs von Raumbildern und Identitätskonstruktionen im Sinne eines regionalen Stimmungsbildes – sowie eine erste Analyse der Entwicklungsdynamik von Selbst- und Fremdbildern an der Grenze.

Perzeptionsgeografische Zugänge werden vor allem in der Erforschung von Einstellungs- und Akzeptanzmustern sowie von räumlichen Vorstellungsmustern und Handlungsmustern eingesetzt und arbeiten vorrangig mit Assoziationstechniken. Die Raumwahrnehmung des Menschen wird nicht als bloße Reaktion auf die "objektiven Realitäten" seiner Umwelt verstanden, sondern gilt als von subjektiven Imaginationen der Umwelt sowie von individuellen Lebenszielen ("Projekten") bedingt. Im Prozess der Raumwahrnehmung sowie des Sammelns, Ordnen, Speicherns und Abrufens von Informationen über die räumlichen Aspekte der (Um-)Welt kreiert jeder Mensch eine subjektive Welt entsprechend seinen/ihren Bedürfnissen, Erwartungen und Erfahrungen. "Objektive Wirklichkeit" ("potentielle Umwelt") wird subjektiv, ausschnittsweise und verzerrt wahrgenommen, dabei spielen soziale und kulturelle Normen, Lebensziele und -zwänge eine konstituierende Rolle: Sie strukturieren Kognitive Karten (3) (Sketch Maps oder Mental Maps) – subjektive, fragmenthafte räumliche Vorstellungsbilder der (Um-)Welt.

In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse der perzeptionsgeografischen Fragebogenerhebung in Form von Gruppendiskussionen mit interessierten EinwohnerInnen der Erhebungsgemeinden diskutiert und reflektiert und diese damit zu einer Auseinandersetzung mit ihrem "mentalen" Bild der Grenze angeregt (4).

Gruppendiskussionen sind als Erhebungsmethode in der Markt- und Meinungsforschung zur Analyse von Kaufmotivation und Kaufverhalten entwickelt worden. Als sozialwissenschaftliche Methode wurden sie im deutschsprachigen Raum erstmals in den 50er Jahren vom Frankfurter Institut für Sozialforschung eingesetzt. Die Methode der Gruppendiskussion ermöglicht die Erhebung differenzierter Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster und eröffnet zugleich eine Perspektive auf jene Common-Sense-Diskurse sowie orts- bzw. regionsspezifischen Wahrnehmungs- und Sichtweisen, die in lokalen oder regionalen Diskursen repräsentiert sind. Die relativ "realistische", da Alltagsgesprächen nahekommende, Kommunikationssituation einer Gruppendiskussion ermöglicht eine nuancierte Erfassung von Meinungen, Einstellungen und Argumentationsketten der DiskussionsteilnehmerInnen. Zudem gibt die Dynamik der Diskussion Hinweise auf jene Themen, die für eine soziale Gruppe von besonderer Bedeutung sind. Konfliktreiche Themen können ebenso rekonstruiert werden wie die Perspektiven, aus denen heraus Situationen als konfliktbehaftet beschrieben werden.

Der für das Projekt „Die österreichische West-Ost-Grenze“ gewählte multiperspektivische methodische Blick erlaubte insgesamt eine differenzierte Rekonstruktion der untersuchten politischen Alltagsphänomene:

# UND MENTALE GRENZEN

Von Karin Liebhart

Im politischen und medialen Diskurs wird die österreichische Ostgrenze vorrangig als eine problematische Grenze wahrgenommen. Der Euphorie des Jahres "1989" folgte sehr bald ein negativ gewendetes öffentliches Bild der Auswirkungen dieser Grenzöffnung. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Fall des "Eisernen Vorhangs" und dem Ende der Blockgrenzen ist die Perzeption der ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten Österreichs nach wie vor mit stereotypen Bildern des "Ostens" verbunden.

Befürchtungen, die mit einer Erweiterung der EU nach Osten verbunden werden, berufen sich häufig auch auf Alltagserfahrungen in der Grenzregion, blenden die Heterogenität dieser alltäglichen Erfahrungen jedoch aus und reduzieren sie auf einfache, wenig komplexe Bilder. Gerade in der Grenzregion wird aber eine Ambivalenz positiver und negativer Erwartungen der dort lebenden Bevölkerung gegenüber den östlichen Nachbarstaaten deutlich, die in der Differenziertheit alltäglicher Erfahrungen und Wahrnehmungen begründet ist.

Die regionale Bevölkerung hat seit 1989 Erfahrungen mit den verschiedenen Phasen des Lebens an der offenen Grenze gesammelt, neue Aktionsräume über die Ostgrenze hinweg entwickelt und Zukunftsperspektiven entworfen: Im Alltag nimmt sie die Grenze längst anders wahr als deren mediale und politische Darstellung nahe legt. Ein Blick auf jene Alltagserfahrungen und deren lebensweltlichen Kontext sowie auf die Vielschichtigkeit und Ambivalenz von Selbst- und Fremdbildkonstruktionen kann daher auch als Korrektiv bzw. Ergänzung der "großen" politischen und medialen Diskurse über die Folgen der Grenzöffnung und der Erweiterung der Europäischen Union dienen.

**Karin Liebhart**  
Lektorin am ipw

## Fußnoten:

- 1) Vgl. z.B.: Christoph, Klaus (1995) Zur Vergesellschaftung von Subjektivität. Ansätze politischer Psychologie. In: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien. Opladen, Leske+Budrich, 409-444.
- 2) Das im Rahmen des Forschungsschwerpunkts "Fremdenfeindlichkeit" vom bm.wv/BMBWK geförderte transdisziplinäre und multilaterale Projekt (Projektleitung Andreas Pribersky) wurde 1997 bis 1999 an der Sozialwissenschaftlichen Abteilung des Österreichischen Ost- und Südosteuropa Instituts in Kooperation mit dem Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien, dem Regionalwissenschaftlichen Zentrum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Győr und 1998 bis 2000 mit dem Institut für Soziologie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Bratislava durchgeführt. Endbericht für das BMBKW Juni 2000.
- 3) Der Begriff "Kognitive Karten" entstand im Zuge der "kognitiven Wende" in der Psychologie und der Abkehr von behavioristischen Reiz-Reaktions-Modellen, unter Rückgriff auf die methodische Entwicklung jenes Zweiges der Geografie, der sich in den USA bereits in den 20er bzw. 30er Jahren des 20. Jahrhunderts als "Perzeptionsforschung" entwickelt hatte. In der Folge wurde er zu einem Modell komplexer Informationsverarbeitungssysteme weiterentwickelt, mit dessen Hilfe der Prozess von räumlichem Wahrnehmen, Verstehen, Denken, Wissen, Planen und Handeln beschrieben wird. In der deutschsprachigen Sozialgeografie etablierte sich die Perzeptionsgeografie Mitte der 70er Jahre – im Rahmen eines interpretativen Paradigmas, das subjektive und gruppenspezifische Raumperspektiven zum Untersuchungsgegenstand hat.
- 4) Im Vorfeld der Gruppendiskussionen wurde auch noch eine themenzentrierte quantitative und qualitative Inhaltsanalyse ausgewählter österreichischer regionaler Zeitungen in Hinsicht auf typische Wahrnehmungs- und Konfliktmuster durchgeführt.

# „POLITISCHE PSYCHOLOGIE“ in den „INTERNATIONAL RELATIONS“:

**B**ekanntlich spielt „Politische Psychologie“ (im weiteren P.P.) im Sinne einer Lehr- und Forschungsagenda in Europa und insbesondere in Österreich bislang faktisch kaum eine Rolle. Auch sind die meisten AutorInnen, die bislang zu diesem Themenbereich publiziert haben, recht einhellig der Auffassung, dass es sich in der Tat um eine schwer definierbare, wohl aber von ihrer inhaltlichen Ausrichtung her sinnvolle wissenschaftliche Perspektive handelt. P.P. ist sicherlich im deutschen Sprachraum kein eigenständiges Fach, aber auch keine Teildisziplin einer der sozialwissenschaftlichen Hauptrichtungen. Am ehesten trifft vermutlich die Sichtweise zu, dass es sich bei P.P. um eine die drei Disziplinen Sozialpsychologie, Soziologie und Politikwissenschaft verbindende und überbrückende inter- bzw. transdisziplinäre Herangehensweise an den jeweiligen Forschungsgegenstand handelt. Besonders werden die Verbindungen von Individuen und Kollektiven (Gruppen, Gesellschaft), Handlungen und Entscheidungsprozesse, die Motivationen und Intentionen der handelnden Akteure berücksichtigt. Dabei werden nicht ausschließlich kognitive, sondern auch sinngabende und psychische Faktoren in der Analyse berücksichtigt. Somit spielen kognitive Dissonanzen wie auch systematisches Ausblenden (Verdrängung, unbewusste Inhalte) eine wichtige Rolle beim Versuch, komplexe Sachverhalte zu verstehen.

Traditionell hat sich ein Spektrum an Forschungsfeldern polit-psychologischer Ansätze herausgebildet, von dem hier nur an die Vorurteils-, Rassismus- und Forschungsarbeiten

über den autoritären Charakter erinnert werden soll. Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer immer komplexer werdenden, zunehmend interdependenten Welt, in der das Verhältnis zwischen der morphologischen Tiefen- und Feinstruktur der Internationalen Staatengemeinschaft, das Verhältnis von Nationalstaaten, Gesellschaft und Individuum zunehmend unübersichtlich wird, gleichzeitig aber der Erklärungsbedarf zunimmt, könnte dieser neuen, durchaus eklektischen Sichtweise für ein umfassenderes Verständnis erhöhte Bedeutung zukommen. Im gleichen Ausmaß, in dem in theoretischen und praxisbezogenen Analysen zentrale Begriffe „Strukturen“, „Machtverhältnisse“ und „soveräne Nationalstaaten als Akteure“, (militärische) „Stärke“ durch Begriffe wie Kultur, Narrative, Sinn, Identität von Individuen, (ethnischen) Gruppen und Nationen abgelöst werden und in einer Welt, in der traditionelle theoretische Ansätze für ein umfassendes Verständnis der beobachtbaren Vorgänge nicht mehr hinreichend sind, kommt dem interdisziplinären Ansatz der P. P. vielleicht sogar eine Schlüsselfunktion zu. Sie ermöglicht dem/n BetrachterInnen nämlich, systematisch und aufgrund von angebbaren methodischen Schritten Verständnis auch für jene Bereiche zu entwickeln, die sich dem traditionellen Set an Methoden, Instrumenten und Verfahren der Sozialwissenschaften gewöhnlich entziehen, weil sie im individuellen oder kollektiven „Unbewussten“ gleichsam „abgespeichert sind“ und im materiellen und per se sichtbaren phänomenologischen Bereich nicht existent sind. Eine sinnvolle Erklärung des phänomenologischen

Bereichs und seiner Dynamik ist aber nur unter Heranziehung unbewusster Faktoren möglich. Nur auf diesem Weg können schlüssige und grundsätzlich nachvollziehbare Ergebnisse erbracht werden.

Wie bereits erwähnt, war P.P. in Österreich bislang de facto kaum vertreten. Dies trifft insbesondere auch auf die Disziplin „IR“ bzw. Internationale Beziehungen/Politik zu. Zwar existieren im engeren Fachbereich der Internationalen Beziehungen im Teilbereich der Friedensforschung hin und wieder punktuelle Ansätze und Beiträge, eine systematische Hinwendung in der Lehre, aber auch in der Forschung ist bislang kaum auszumachen. 1) Ähnliches gilt für den deutschen Sprachraum insgesamt; lediglich in den USA werden seit mehreren Jahrzehnten internationale Phänomene wie Gewaltkonflikte (Kriege, Terrorakte, etc.), Krisen, Motivationen politischer Akteure, Entscheidungsprozessen in einer wachsenden Forschungsgemeinschaft diskutiert. In diesem Kontext sind auch eine ganze Reihe wichtiger und interessanter Beiträge entstanden 2). Interessanterweise wird in der Regel v.a. im deutschen Sprachraum nicht so sehr die Tauglichkeit polit-psychologischer Ansätze in der praktischen Politik als Herrschafts- oder Coachinginstrument angezweifelt, sondern deren politisch-gesellschaftliche Realitätsangemessenheit. Insbesondere wird die Fähigkeit der P. P., für komplexe Vorgänge im internationalen System systematisch und intersubjektiv nachvollziehbare Analysen und Erklärungen zu liefern oder politisches internationales Handeln anzuleiten, in Zweifel gestellt.

# WHAT A NONSENS?

Von Otmar Höll

Dem gegenüber will die Gruppe von LektorInnen aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Bereichen, die im kommenden Wintersemester zum dritten Mal eine Ringvorlesung zur Politischen Psychologie durchführen möchte, zeigen, dass P.P. insbesondere im Bereich der Analyse von gesellschaftlich-politischen (zumal Herrschafts-) Prozessen, der Korrektur von Eigen- und Fremdwahrnehmung, in der Abschätzung von Folgen politischer Interventionen nicht zuletzt im internationalen Bereich, vor allem aber beim besseren Verständnis und der Lösung von Konflikten (intra- bzw. international) wichtige Beiträge, aber auch konkrete Handlungsvorschläge für Konflikt- und Krisenmanagement liefern kann. P. P. scheint überdies besser geeignet zu sein als traditionelle sozialwissenschaftliche Forschung, für bislang analytisch wenig durchforstete Fragen des tieferen Zusammenhangs zwischen Individuum, Gesellschaft und dem politischen Handeln im Internationalen System in Verbindung mit Gewalt, zur Funktion von Vorurteilen und Stereotypen, dem Entstehen von Feindbildern wichtige Hintergrundinformation zu liefern. Sie scheint auch besonders geeignet dazu beizutragen, mehr Licht in jenen nicht genügend erforschten Bereich der Intervention in anderen Staaten bzw. in Konflikten allgemein zu erhellen und insgesamt eine realistischere und solidere Einschätzung politischer Handlungsspielräume im internationalen Feld zu ermöglichen.

Nicht zu unterschätzen ist auch der mögliche Beitrag der P. P. in der nach wie vor notwendigen kritischen Auseinandersetzung mit der internationalen politischen Praxis, wie auch mit

wichtigen Methoden und handlungsrelevanten Grundannahmen der herrschenden außenpolitischen Theorie und Praxis der „realistischen Schule“. P.P. ist ein Instrument ideologiekritischer und reflexiver Betrachtung des theoretischen und praktischen Mainstreams der Internationalen Politik. Es sei nur darauf hingewiesen, dass die kaum noch kritisch reflektierte vorherrschende Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft ist, vorrangig militärische Mittel im Fall internationaler Krisen- und Konfliktlösungen einzusetzen. Die nicht genügende Berücksichtigung alternativer ziviler Verfahren im internationalen Konflikt- und Krisenmanagement (Mediation, Prävention), und nicht zuletzt auch der Beitrag eines kritischen Genderansatzes, die in diesem Kontext wertvolle faktische Unterstützung liefern könnten, deuten auf einen nicht unbedeutenden Bedarf hin, den politpsychologische Ansätze in der Zukunft vielleicht erfüllen könnten.

**Otmar Höll**

Lektor am ipw  
und Direktor des Österreichischen  
Instituts für Internationale Politik-OIIP.  
Nach gestalttherapeutischer Ausbildung  
ist er als „Gestaltberater“ im Österreichischen  
Arbeitskreis für Gruppentherapie  
und Gruppendynamik-ÖAGG graduiert.

## Fußnoten:

1) Vgl. etwa die friedens- und konfliktorientierten Arbeiten von Horst-Eberhard Richter, Paul Parin, Mario Erdheim, oder Wilfried Graf/Klaus Ottomeyer (Hrsg.): Szenen der Gewalt im Alltagsleben, Wien 1989.

2) Vgl. etwa das vom Center for the Study of Political Psychology an der Universität von Minnesota, in Minneapolis herausgegebene und viermal jährlich erscheinende internationale Journal „Political Psychology“, oder die für einen ersten allgemeinen Überblick gut geeigneten Publikationen wie die Sondernummer der Zeitschrift „Leviathan“ 9/1988, sodann Alfred Krovoza (Hrsg.): Politische Psychologie, Stuttgart 1992 und Vamik Volkan u.a. (Hrsg.): The Dynamics of International Relationship, Lexington 1991.

# „Es geht immer um

# MENSCHEN,

Eine für weite Bereiche moderner Politik wichtige Basiskategorie ist die des Subjekts. Denn so Judith Butler, „jede Theorie der Politik setzt ihr Subjekt von Anfang an voraus und ist ohne festen Grund, wenn sie diese Prämissen, die bislang unproblematisiert als Merkmale der Definition von Politik fungieren, nicht denkt“ (2).

Ein kurzer Blick in die politikwissenschaftliche Enzyklopädien und Nachschlagwerke zeigt jedoch, dass eine theoretisch und empirisch fundierte „Politologie des Subjekts“ (König) bislang noch weitgehend aussteht. Anders als im anglosächsischen Sprachraum, wo Political Psychology als Teilbereich des politikwissenschaftlichen Fächerkanons anerkannt ist, entzieht sich hierzulande der „homo politicus“ noch immer weitgehend der politikwissenschaftlichen Reflexion. Zu den wenigen Ausnahmen zählen u.a. die Leadershipforschung, der Rational-Choice-Ansatz oder die politische Sozialisationsforschung. Anders als viele Klassiker des politischen Denkens, z.B. Hobbes, Montesquieu, Adam Smith, die ihren politischen Ideen und Vorschlägen jeweils explizit ein Menschenbild zugrunde legten (3), fragt heute kaum ein arrivierter Vertreter der Zunft danach, wie denn nun eigentlich der Mensch zu denken sei. „Es sind eher objektive Strukturen und Verfahren als subjektive Momente, die üblicherweise politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Damit geraten jedoch die vielfältigen Sinndeutungs-, Verstehens- und Verarbeitungsprozesse auf denen Menschen und Gruppen von Menschen ihr (politisches) Handeln aufbauen aus dem Blick.

Dennoch „menschelt es“ (Wolf Dieter Narr) auch in den Annahmen, Konzepten und Begriffen moderner politischer Theorie und Politik insofern, als dort stillschweigend anthropologische Annahmen eingelassen sind, so z.B. die Idee des vernunftbegabten, autonomen Subjekts, das frei von personalen Abhängigkeiten ist, seine Gefühle unter Kontrolle hat, seine unmittelbaren Bedürfnisse in Interessen transformieren kann etc. (4). Nicht zuletzt die seit den frühen 90er Jahren in den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften heftig geführte Auseinandersetzung um Subjektivität und Subjektkonstruktion verweist auf die Fragwürdigkeit dieser scheinbar anthropologischen Konstante. Gesellschaftliche Entwicklungen zu begreifen, setzt auch die Dechiffrierung der Selbst- und Weltdeutungen voraus, die eingelassen in die Strukturen einer Gesellschaft die jeweils zur Verfügung stehenden Identitäts- und Handlungsrahmen vorgeben und die Art und Weise definieren, in der wir uns selbst verstehen, beurteilen und über unser Leben nachdenken. Ich möchte hier Norbert Elias folgen, der meint, dass jede historische Epoche einen bestimmten Menschentyp hervorbringt. Mit den Figurationen, die Menschen miteinander eingehen, ändert sich auch das Menschenbild und die Selbsterfahrung der Menschen, die sie bilden (5).

Der sich abzeichnende fundamentale gesellschaftliche Wandel – Stichworte Reflexive Modernisierung, Globalisierung und Individualisierung – vollzieht sich über eine extreme Dynamik. Bezugsgrößen sind das Ende tayloristischer Arbeitsteilung und fordistischer Massenproduktion,

das Entstehen von nicht länger ausschließlich nationalstaatlich bearbeitbaren Bedrohungen (z.B. im Umweltbereich) und eine neue Zerbrechlichkeit von sozialen Lagen und Biographien. „Klassische Muster der industriellen Moderne, nämlich die Auseinandersetzung zwischen mehr oder weniger stabilen Interessengruppen wird abgelöst durch eine themenzentrierte, an der massenmedialen Gesellschaft orientierte, vagabundierende Konfliktbereitschaft“ (6). Die neuen Konflikte entladen sich „in der Unmittelbarkeit der beteiligten Personen, die in ihren Eigenschaften, Fehlern, Versäumnissen zum Tumultplatz der Aufrechnungen und Ausbruchversuche werden“ (7). Zentrale Gewißheiten des neuzeitlichen Selbstverständnisses auf die hin Subjekte ihren Lebensentwurf ausrichten konnten – z.B. Beispiel Kleinfamilie oder berufliche Identität bzw. Normalbiographie – werden ungewiß. In der globalisierten und reflexiven Moderne sind Menschen in weit höherem Maße auf sich gestellt als in traditionellen Gesellschaften.

War der Idealtyp der klassischen Moderne der Pilger, der immer ein Ziel vor Augen hatte und ständig die Distanz zu diesem Ziel gemessen hat, stehen die Figuren des/der Landstreichers/in und TouristInnen für den Menschentyp, den die reflexive Moderne hervorbringt. „Nicht die Pilger, so scheint es, sondern die LandstreicherInnen und die TouristInnen reagieren vernünftig auf die Chancen unserer Zeit und die Fußangeln, die sie auslegt. Wie der/die LandstreicherIn, weiß auch der/die TouristIn, dass er/sie dort wo er/sie gelandet ist, nicht lange bleiben wird. Und wie der/die LandstreicherIn hat

# denn sie sind das Interessanteste ÜBERHAUPT" (1)

Von Regina Köpl

auch er/sie nur die eigene biographische Zeit, um die Orte aufzureihen, die er/sie besucht hat; es gibt offenbar nichts anderes, um sie zu ordnen oder über ihre Abfolge zu entscheiden“ (8). Weder LandstreicherIn noch TouristIn müssen sich auf einen Ort wirklich einlassen. Sie selbst entscheiden, was sie an sich herankommen lassen. Dies verleiht ihnen die Freiheit, ihre Lebenswelt zu strukturieren.

Wenn auf traditionale Vorschriften und Verhaltenserwartungen kaum mehr zurückgegriffen werden kann, müssen Ich-Entwürfe und Handlungsmöglichkeiten in einer Aufeinanderfolge von multiplen Spielen ständig neu entworfen, ausgelotet und adaptiert werden – Lebensführung wird zur Identitätsarbeit. Neue Sinnstiftungsagenturen, - z.B. Fernsehen – treten an die Seite von tradierten. Nicht der Beichtstuhl sondern z.B. das Fernsehstudio ist der Ort an dem heute Geständnisse abgelegt werden (etwa die zahlreichen Talk Shows, aber auch Reality Soaps wie Taxi Orange). Das gläserne Auge der Kamera ersetzt den strengen Blick des Priesters; nicht Gott oder ein höheres Wesen gibt die Bezugsgrößen vor, sondern ein rasionierendes, anonymes Publikum. Neben die alten Kanäle von Politikvermittlung treten zunehmend neue. Politikaneignung scheint heute eher über Tatort und Lindenstraße zu laufen als über ZIB 2. Daß sich u.a. auch durch die als Politainment (Dörner) bezeichneten neuen Phänomene klassische Parameter des Politischen auflösen, liegt auf der Hand.

Vor diesem Hintergrund ist eine politikwissenschaftliche Beschäftigung nicht nur mit den Prozessen und

Strukturen sondern auch mit dem Entstehen neuer Identitätstypen, den Veränderungen von Wahrnehmungs-Mitteilungs- und psychischen Verarbeitungsformen und ihren Auswirkungen auf kollektive Identitäten überfällig. In meinem Verständnis von politischer Psychologie geht es nicht um einfache Übertragung therapeutischer Konzepte und Begriffe auf kollektive Akteure oder ganze Gesellschaften. Auch einer Pathologisierung von politischen FührerInnen ex post kann nicht das Wort geredet werden. Nicht der Wahnsinn der letzten Tage im Hitlerbunker interessiert, sondern die sozialpsychologische Frage wie und warum bestimmte Phänomene zu bestimmten Zeiten greifen. Politische Psychologie hat sich also mit den Bedürfnissen des Einzelnen zu beschäftigen, aber auch damit, wie diese gesellschaftlich geformt werden. Desiderat ist eine Forschungsperspektive, die ohne einseitige Auflösung in die eine oder andere Richtung versucht, die Wechselbeziehungen und das vielfältige Zusammenspiel von objektiven Strukturen und Individuen zu erfassen.

**Regina Köpl**

Universitätsassistentin am ipw

#### Fußnoten:

(1) So erläuterte die Moderatorin des deutschen Boulevardmagazins „Explosiv“, Barbara Eligman, das Konzept dieser Sendung. Zit nach: WEGENER Claudia: Wenn die Information zur Unterhaltung wird oder die Annäherung des „factual television“ an das „fictional television“,

in: Ingrid Paus-Haase, Dorothee Schnatmayer, Claudia Wegener (Hg.): Information, Emotion, Sensation. Wenn im Fernsehen die Grenzen zerfließen, (Gesellschaft für Medienpädagogik und Gesprächskultur in der Bundesrepublik Deutschland) – Schriften zur Medienpädagogik 30, Bielefeld, 2000, S46 – 61 (hier: S. 51)

(2) Butler, Judith (1993), Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne“, in: Seyla Benhabib/Drucilla Cornell/Nancy Fraser (Hg.): Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt/M. 31-51, (hier: S.32)

(3) Adam Smith z.B. arbeitete noch vor seinem heute wohl bekanntesten Werk „Der Reichtum der Nationen“ an einer langen Abhandlung über menschliches Handeln („Theorie der ethischen Gefühle“).

(4) Narr, Wolf-Dieter (1988), Das Herz der Institutionen oder strukturelle Unbewußtheit – konturen einer Politischen Psychologie als Psychologie staatlich-kapitalistischer Herrschaft, in: Helmut König (Hg.), Politische Psychologie heute, Leviathan Sonderheft 9, S.111-146 (hier: S.112)

(5) vgl. Elias, Norbert (1997): Über den Prozeß der Zivilisation, Bd1: Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Frankfurt/M.

(6) Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Ulrich Beck/Anthony Giddens/Scott Lash (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt/M., S.19-112, (hier: S.46)

(7) Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt/M., S.10

(8) Baumann Zygmund: Vom Pilger zum Touristen – Postmoderne Identitätsprojekte, in: Heiner Keupp (Hg): Lust an Erkenntnis. Der Mensch als soziales Wesen, München/Zürich, S.295-300, (hier:S.296f.)

# Interview mit Mag. Gabriele Schatzl

## ***Wie siehst Du die Studienzeit - in Bezug auf Deine Arbeit - im Rückblick?***

Ich würde sagen, daß ich die Studienzeit ausgenutzt habe, weil wir gelernt haben zu denken und nicht auswendig zu lernen und weil ich dadurch die Fähigkeit gelernt habe, mich jederzeit in unterschiedliche Wissensgebiete einarbeiten zu können und weiß, wie ich zum Ziel komme. Dinge auswendig lernen oder sich durch Recherche etwas aneignen, kann man immer, aber zu wissen, wie man ans Ziel kommt, das muß man lernen. Zu wissen, wie ich zu dem komme, was ich möchte und wie ich es dann verarbeite, weil dann die Möglichkeit für mich besteht, immer in unterschiedlichste Gebiete einzusteigen.

Die Studienzeit hat mich gelehrt, selbständig zu denken. Selbst die Statistik, die am Institut für Politikwissenschaft eher "zurückgehalten" ist, wo ich mich momentan mit Statistik ärgere, ist auch nicht letztendlich das Problem, obwohl ich Angst davor gehabt habe, so etwas zu machen. Ich habe gelernt in Zusammenhängen zu denken, und dadurch ist auch das jetzt kein Problem. Deswegen fand ich das Studium äußerst positiv.

## ***Welche Erwartungen und Vorstellungen hattest Du an Dein zukünftiges Berufsfeld nach Beendigung des Studiums?***

Da eines meiner Spezialgebiete Frauenforschung war, wollte ich in diesem Bereich arbeiten, was sicher nicht gleich möglich war. Da ich auch ein anderes Standbein habe, die Photographie, bin ich mit der eingestiegen, bin aber dann gleich zu einem Projekt gekommen, wo es um eine Photographin der Zwanziger Jahre gegangen ist, was wieder mit Frauenforschung in Zusammenhang steht. Ich bin jetzt noch mit einer Veröffentlichung in dieses Projekt involviert. Obwohl ich schon zwei Mal den Job gewechselt habe, habe ich immer noch Kontakt zu jener Arbeitsstelle.

Nach dieser kurzen Zeit bin ich dann gleich über Blindbewerbungen (mit Fokus auf das Gebiet, für das ich mich interessiert habe) zu meinem zweiten Job gekommen, nämlich in die Frauensektion des Bundesministeriums, also das ehemalige Frauenministerium.

## ***Erzählst Du uns, wie es in der Frauensektion war?***

Es war aufgrund politischer Meinungsbildung nicht die produktivste Stätte meiner Arbeit, weil das Thema an sich nicht vorrangig ist, um es höflich auszudrücken, und weil auch der Bund an sich, aufgrund von ziemlich restriktiven Strukturen und Hierarchien, eine wirklich produktive Arbeit schwer macht. Ich habe meine Kolleginnen dort sehr geschätzt und bin auch jetzt noch mit dieser Arbeitsstelle in Verbindung. Ich würde sagen, der Schwerpunkt liegt nicht unbedingt in den Bereichen, sondern im Kontakte aufrecht erhalten, was auch sehr wichtig ist in Zusammenhang mit Arbeit und Job. Nach einem Jahr bin ich dort vorzeitig gegangen, bevor mein Vertrag abgelaufen ist, weil ich schon einen zweiten Job während der letzten Arbeit gefunden habe.

## ***Haben sich Deine Erwartungen und Vorstellungen an das Arbeitsleben erfüllt?***

Also ich bin im Laufe der Zeit meiner Arbeit darauf gekommen, daß mir einerseits der Arbeitsbereich wichtig ist, aber vor allem die Strukturen, in denen ich arbeite, und auch die KollegInnenschaft. Beides. Und daß eigentlich die Strukturen und die KollegInnenschaft vorrangig sind und dann natürlich auch der Arbeitsbereich. Ob ich dort kreativ sein kann, Ideen einbringen kann, das zählt für mich, ob ich mich sozusagen entwickeln kann. Und natürlich muß auch das Geld stimmen. Ich habe nur solche Jobs angenommen, wo ich mehr angeboten bekommen habe, als bei den vorherigen.

## ***Wo lag der Fokus der Bewerbungen? In welches Feld hast Du versucht reinzukommen?***

Von mir aus ging es nicht um ein spezielles Feld. Ich habe gewußt, ich möchte in einem frauenpolitischen Arbeitsbereich arbeiten. Frauenpolitik ist quer durch die Bank, d.h. ich habe einfach geschaut, wo in diesem Bereich gearbeitet wird, und diese Stellen habe ich angeschrieben.

## ***Zur Zeit arbeitest Du beim waff (Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds). Wie sieht Dein Arbeitsbereich aus?***

Der waff ist ein Produkt der Sozialpartnerschaft, d.h. von der Wirtschaftskammer, der Gewerkschaft, der

# BERUFSFELD w a f f

Arbeiterkammer, dem Arbeitsmarktservice und der Stadt Wien gefördert, und handelt zwar im Auftrag, aber immer nach arbeitsmarktpolitischem Bedarf, ist in dem Sinne nicht staatlich, sondern eine Unternehmensgemeinschaft.

Im waff gibt's verschiedene Produkte, die alle arbeitsmarktpolitisch relevant sind, ausschließlich für den Raum Wien. Es geht um ArbeitnehmerInnenförderung. Viele Produkte und Leistungen, die der waff verwaltet, sind unter anderem frauenspezifisch und frauenfördernd, weil der Bedarf da ist.

Ich arbeite an einem Produkt, in dem jetzt nicht speziell der Fall ist. Dieses Produkt nennt sich „Weiterbildungsinformation“; es bietet einerseits eine Homepage an, die fast alle Weiterbildungsangebote aus ganz Wien vernetzt, die jederzeit von den UserInnen abgerufen werden können. Bei den jeweiligen Angeboten, die man über Themen und Stichworte suchen kann, steht dann auch der Veranstalter dabei. Andererseits gibt es eine Telefonnummer, bei der zwei waff-MitarbeiterInnen über die Dinge, die in der Datenbank stehen, also z.B. Kursinformationen, beraten.

### ***Wie sieht Dein Arbeitstag genau aus? Womit beschäftigst Du Dich konkret?***

Konkret bin ich innerhalb dieses Produktes der Weiterbildungsinformation zuständig für das Content-Management, also für den Inhalt dieser Homepage, für die Informationen, die da gegeben werden, fürs Wording, für die Links, für die Zielgruppendefinierung, z.B. Frauen, Menschen mit Behinderung, MigrantInnen. Ich bin zuständig für die Statistiken, für die Auswertung, für die Weiterentwicklung. Ich bin die stellvertretende Produktverantwortliche, meine Kollegin ist die Produktverantwortliche, d.h. es ist eine kleine Zusammenarbeit mit zwei Leuten, wobei das Produkt ziemlich groß und ziemlich aufwendig ist, was auch relativ viel Verantwortung bedeutet. Wir sind aber gemeinsam mit dem Produkt in einer Abteilung integriert, da gibt's noch einen Chef, und der hat die Letztverantwortung.

Ich habe viel mit Computern zu tun, viel mit (Internet-)Recherche, mit Konzepten und mit Kommunikation, was den permanenten Austausch zwischen den KollegInnen betrifft, aber auch mit KursanbieterInnen mit zu anderen Kooperationsmitgliedern – es ist ein sehr weites Feld an Betätigung.

### ***Inwieweit kommt Dir in diesem Rahmen Dein Studium der Politikwissenschaft entgegen?***

Die Politikwissenschaft an sich umfaßt sehr viele Gebiete, das hat mir eigentlich ermöglicht, relativ leicht in verschiedene Arbeitsbereiche einzusteigen. Was ich gerade mache, ist klassische Arbeitsmarktpolitik, was auch ein Thema in der Politikwissenschaft war. Durch meine vorhergehende Arbeit und vor allem durch das Studium ist mir das natürlich entgegengekommen. Wie schon eingangs erwähnt, habe ich durchs Studium denken gelernt. Durch das Angebot der unterschiedlichsten Disziplinen hat man, finde ich, eine relativ große Auswahl, wie man sich nachher orientiert.

Ich hätte nie ein anderes Studium gewählt, auch im Nachhinein betrachtet, weil ich schon damals gefunden habe, daß es DAS Studium war, das einem/r breitgefächert alles mögliche geboten hat.

### ***Worauf sollte man Deiner Ansicht nach während des Studiums wert legen?***

Das ist schwierig. Ich selbst bin nicht in die Studiengebühren hineingefallen, ich habe mir noch Zeit lassen können mit dem Studium. Ich kann nur sagen, daß die Qualität eines Studiums, bei dem man sich Zeit lassen kann, eine andere ist, als bei einem, wo man sich duchhetzen muß – für sich selbst und auch später innerhalb des Arbeitsbereiches. Empfehlen kann ich nur, vielleicht zu schauen, daß man sich trotzdem nicht allzu stressen läßt oder nicht nur darauf wert legt, was dabei rauskommt, sondern was ich persönlich dabei gewinne. Ich selbst hätte wahrscheinlich, früher als ich es getan habe, begonnen, Kontakte zu Berufsbereichen zu knüpfen, in Form von Veranstaltungen, Tagungen oder kleineren Jobs.

***Vielen Dank für das Gespräch!***

Das Interview wurde von **Luise Luksch** geführt.  
Studentin am ipw und Redaktionsmitglied



# „ Zurück (und) in die Zukunft.“

Vom 19.-21.04.2002 fand in Hamburg unter dem Titel „10 Jahre AK Politik und Geschlecht. Bilanz und Perspektiven feministischer Politikwissenschaft“ eine Tagung des AK „Politik und Geschlecht“ statt.

Der Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“, innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) nahm sein 10jähriges Bestehen als Anlass für eine Tagung, die Bilanz über feministische Politikwissenschaft ziehen und weitere Perspektiven entwickeln sollte. Zielsetzung der Tagung war, einen Überblick über die verschiedensten Themenbereiche des Arbeitskreises bzw. der deutschsprachigen feministischen Politikwissenschaft zu geben.

Unter anderem sollte dies Nachwuchswissenschaftlerinnen neue Impulse und Anregungen für eigene Forschungsarbeiten geben und ihnen fachspezifische Netzwerke eröffnen. In einem „Jungakademikerinnencafé“, hatten junge Wissenschaftlerinnen erstmals die Gelegenheit, sich mit etablierten Wissenschaftlerinnen über Karrieremöglichkeiten, Auslandsstipendien und Publikationsmöglichkeiten in einem informellen Rahmen auszutauschen.

## AK „Politik und Geschlecht“

Eva Brinkmann to Broxten (Frankfurt a.M.) zeichnete in ihrer Laudatio die kurze, aber erfolgreiche Geschichte des Arbeitskreises nach. Der AK wurde 1991 von einer Gruppe von engagierten Politologinnen gegründet mit dem Ziel, die Präsenz von Frauen innerhalb der DVPW zu erhöhen und die feministische Perspektive in der Politikwissenschaft zu etablieren. Langfristig sollte der AK eine eigenständige Sektion der DVPW werden.

Tatsächlich sei die DVPW mittler-

weile kein reiner Männerverein mehr, inhaltlich seien feministische Themen in den Mainstream integriert worden. Zudem wurde etwa ein „Ständiger Ausschuss für Fragen der Frauenförderung“ innerhalb der DVPW kreiert; dreizehn Tagungen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen wie etwa Globalisierung, Gleichstellung, politische Steuerung des Geschlechterregimes wurden in dieser kurzen Zeit organisiert. Der ursprüngliche Wunsch, auch Praktikerinnen in den AK einzubinden, ging nicht in Erfüllung.

Auch Delia Schindler (Hamburg), eine der vier Organisatorinnen der Tagung, zog in ihrem Eröffnungsvortrag über den Arbeitskreis eine positive Bilanz. Sie präsentierte die Ergebnisse einer Telefonbefragung mit zehn aktiven Mitgliedern. Der Arbeitskreis sei – so die einhellige Einschätzung der Befragten – ein „homosozialer“ Ort zum (meist virtuellen) Austausch zwischen feministischen Politikwissenschaftlerinnen geworden. Der AK werde als „Netz“ oder „Heimat“ bezeichnet und biete Schutz und Entspannung, im Gegensatz zur DVPW, die gar (Birgit Sauer zitierend) als „feministische Vorhölle“ empfunden wurde. Diese sehr emotional besetzte Verbundenheit innerhalb des AK hat aber auch eine andere Seite – Meinungsverschiedenheiten neigen oft dazu, sehr heftig zu werden und ins Persönliche zu rutschen.

Im Gegensatz zur ÖGPW gibt es in der deutschen Vereinigung (noch) keine Frauenquoten. Eine Aufwertung des Arbeitskreises zur Sektion werde

nach wie vor verweigert, so Schindler. Während sich die „sexistische“ DVPW anscheinend noch immer schwer tut, die Genderthematik als Querschnittsfrage zu akzeptieren, stellte Schindler mittlerweile eine Professionalisierung der Diskussion innerhalb des Arbeitskreises fest. Da feministische Politikwissenschaft sich als Querschnittsfach durch alle Themen der Disziplin ziehe, habe sich inzwischen eine große thematische Vielfalt herauskristallisiert. Daraus entstehe aber auch der Eindruck einer „Patchworkforschung“, in der nicht immer ein roter Faden erkennbar sei. Schindler plädierte in ihrem Vortrag für eine verstärkte Einmischung in die internationale Debatte und für eine inhaltliche Öffnung hin zu Queer Studies und Männerforschung, die nicht mehr zu ignorieren seien. Mit der Professionalisierung einher gehe laut Schindler die Entwicklung des Arbeitskreises als Karriereort, weil er Zugang zu Ressourcen und Kontakten ermögliche. Dies zeige sich auch daran, dass mittlerweile einige Frauen „weg seien,“. Es gelte daher, junge Wissenschaftlerinnen an den AK heranzuführen. Dem wurde auch schon bei dieser Tagung Rechnung getragen, in den Workshops erhielten auch einige Nachwuchswissenschaftlerinnen die Gelegenheit, ihre Diplomarbeiten bzw. Dissertationen zu präsentieren.

## Feministische Themenvielfalt

Im Rahmenprogramm fand (neben Jungakademikerinnencafé, Empfang und Party) eine Podiumsdiskussion zur Hochschulreform sowie die Mit-

# Ein Tagungsbericht

Von Pamela Schartner  
u. Evi Genetti

gliederversammlung des AK statt. Die Tagung selbst gliederte sich in vier Panels, die sich an den Teilbereichen der Politikwissenschaft orientierten: Methoden und Methodologie, Politische Theorie, Politisches System/Partizipation und Internationale Beziehungen. Den Veranstalterinnen ging es darum zu zeigen, dass feministische Politikwissenschaft zu all diesen Themen gearbeitet hat und Wesentliches zum Fach beiträgt. Dementsprechend breit war dann auch die Themenpalette der Plenarvorträge: Sie reichte von feministischer Methodendiskussion (Gabriele Sturm-/Marburg), über genderbezogene Staats- und Gesellschaftstheorie (Birgit Seemann/Frankfurt a.M.), Zukunftswege von Frauen in Politik und Gesellschaft (Barbara Holland-Cunz, Karola Maltry, Renate Rausch-/Marburg) bis hin zu Bilanz und Perspektiven feministischer Internationaler Beziehungen (Uta Ruppert-/Gießen). Die Überblicksvorträge wurden ergänzt durch ein bzw. zwei Workshops, in denen spezifische Forschungsarbeiten deutschsprachiger feministischer Politik- bzw. Sozialwissenschaftlerinnen vorgestellt und diskutiert wurden. Dabei wurden unterschiedlichste Policy-Bereiche beleuchtet: u.a. Frauen- und Gleichstellungspolitik, Arbeitspolitik, Biopolitik, internationale Frauenbewegungspolitik, Identitätspolitik. Manche der in den Workshops präsentierten Arbeiten behandelten sehr spezielle "mikropolitische" Themen, was es teilweise schwer machte, einen Konnex zwischen den Beiträgen herzustellen.

Die Fülle an Themenfeldern und Informationen kann hier nicht im Detail wiedergegeben werden, jedoch lässt sich ein wesentlicher Aspekt, der sich im Verlauf der Tagung herauskristallisierte, zusammenfassend so be-

schreiben: Feministische Politikwissenschaft hat sich mittlerweile sehr stark ausdifferenziert. Der Schwerpunkt liegt momentan vorwiegend in der Policy-Forschung, wobei theoretische Fragestellungen weitgehend in den Hintergrund gerückt sind. Was fehlt ist eine theoretische Zusammenführung der verschiedenen Diskurse und Themenfelder. Diese Einschätzung wurde auch bei der Abschlussdiskussion geäußert, wobei für eine erneute Beschäftigung mit (politik-)theoretischen Themen (wie etwa Staatlichkeit, BürgerInnenschaft, Nationalstaat) plädiert wurde, um die verschiedenen Stränge wieder zusammenzuführen – ein Themenwunsch für weitere Tagungen. Notwendig wäre außerdem eine Stärkung des interdisziplinären Dialoges und eine Öffnung über die nationalen Grenzen hinweg. Von Seiten der Teilnehmerinnen (und fünf Teilnehmer) wurde vor allem der fehlende Raum für Diskussion und Pausen kritisiert, der sich aufgrund des dichten Tagungsprogramms und den zu langen Vorträgen ergab. Hier wurde eine stärkere Interaktion mit dem Publikum und eine andere Diskussionskultur (ausgeglichenes Verhältnis von Vortrags- und Diskussionszeit) für zukünftige Tagungen vorgeschlagen. Auffällig war – was auch Umut Ere/Münster thematisierte –, dass von den Rednerinnen durchgängig "deutsch" statt "deutschsprachig" verwendet wurde, als ob es sich um einen rein bundesdeutschen Diskurs handeln würde. Auch inhaltlich stellte sich der Wunsch nach einer internationaleren Perspektive ein.

Die Stärke der Tagung lag vor allem in der umfassenden Präsentation von verschiedensten Forschungsfeldern in der deutschsprachigen feministischen Politikwissenschaft. Die positive Bilanz darüber, wie vielfältig die Forschungslandschaft in diesem

Bereich mittlerweile gestaltet ist, eröffnete gleichzeitig feministische Perspektiven für ein verstärktes Aufbrechen des politikwissenschaftlichen Malestreams und für eine Weiterentwicklung und Stärkung feministischer Politikwissenschaft.

**Pamela Schartner/ Evi Genetti**  
Diplomandin des ipw/ Studentin am ipw u.  
arbeitet derzeit im Projektzentrum  
Frauenförderung der Uni Wien

# URSPRÜNGE und ENTWICKLUNG der Wehrmachtslegende

Mit der neuen Wehrmachtsausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“, die sich nach ihrer Eröffnung in Berlin im November 2001 auf Wanderschaft durch deutsche und österreichische Städte begeben hat, ist die Frage der Involvierung der Wehrmacht in den NS-Vernichtungskrieg und der – verklärende – Nachkriegsumgang mit dem Wehrmachtsthema wieder ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt. Ich möchte mich daher im Folgenden überblicksmäßig mit der Entwicklungsgeschichte der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ in Österreich auseinandersetzen.

Die Ursprünge der Wehrmachtslegende finden sich bereits in den letzten Berichten des Oberkommandos der Wehrmacht. Die Wehrmacht sei einer gewaltigen Übermacht „ehrentoll unterlegen“, der deutsche Soldat habe „Unvergessliches geleistet“ und könne seine Waffe „aufrecht und stolz“ aus der Hand legen (1).

Wenige Monate nach dem Kriegsende legte die deutsche Militärelite ihr Bild von den Kriegsursachen und der Kriegsführung in Denkschriften nieder. Die obersten Ränge der Wehrmacht waren an einer Reinwaschung der Wehrmacht und der damit verbundenen Wiederherstellung ihrer „Ehre“ interessiert. Ende der vierziger Jahre begann die Publikation von Memoiren von Feldmarschällen und Generälen, die versuchten, das von alliierter Seite und durch die Kriegsprozessberichterstattung geprägte wehrmachtskritische Bild der unmittelbaren Nachkriegszeit zu revidieren. Aus praktisch allen Rangstufen der Generalshierarchie fanden sich Memoirenschreiber (2). Neben den Publikationen der Militärelite, die in den fünfziger Jahren in Deutschland und wohl auch in Österreich erhebliche Auflagen erreichten, gab es auch die weit verbreiteten „Landserhefte“ und „Landserromane“, die, so der Historiker Kurt Pätzold, „die blanke Verherrlichung der ‚Heldentaten‘ von Soldaten aller Waffengattungen der Wehrmacht wieder unter die Leute [brachten]“ (3). Zu erwähnen ist auch die Wiedergründung der Kameradschaftsverbände in Österreich im Jahr 1953, die sich die „Traditionspflege“, unter anderem auch jene der Wehrmacht, zur Aufgabe machten und die durch ihre Verankerung in den politischen Parteien, aber auch durch Mitgliederzahlen zwischen zweihundert- und dreihunderttausend auch heute noch politischen Einfluss ausüben.

Wenn wir einen Blick zurück in die Zeit unmittelbar nach Kriegsende machen und die mediale Entwick-

lungsgeschichte der Wehrmachtsbilder in Österreich verfolgen, so fällt auf, dass das Bild von der „sauberen und anständigen Wehrmacht“ in den ersten Jahren nach Kriegsende noch nicht im medialen Diskurs verankert war. Die unmittelbare Nachkriegszeit war von den zahlreichen Kriegsverbrecherprozessen – auch gegen Wehrmachtangehörige –, der Kriegsgefangenenrückkehr und vom österreichischen Opfermythos als Rahmenerzählung geprägt. Die österreichischen – und nur die österreichischen – Soldaten wurden in das österreichische Opferkollektiv integriert. Diese hätten „in fremde Uniformen gezwängt“ für eine „fremde Armee“ Dienst leisten müssen und wären der „deutschen Soldateska“ unterworfen gewesen. Durch die Koppelung der Erzählungen über NS-Verbrechen an Kriegsverbrecherprozesse ergab sich eine eher fragmentierte Berichterstattung über die Verbrechen und den Vernichtungskrieg. Es fanden sich nur vereinzelt umfassendere Darstellungen der verbrecherischen Politik und Kriegsführung (4).

Mit den Jahren 1947/48, dem aufkommenden „Kalten Krieg“ und dem Beginn der Staatsvertragsverhandlungen agierte die mediale Berichterstattung mehr und mehr im Zeichen diverser „Aufträge“, auf deren Erfüllung es hinzuwirken galt: die Erlangung des Staatsvertrags, die Integration der „Heimkehrer“, die Schaffung eines österreichischen Nationalbewusstseins sowie das Abweisen von Wiedergutmachungsforderungen. Ein wesentliches Mittel zur Erfüllung dieser „Aufträge“ war weiterhin die weitgehend undifferenzierte Verfechtung der Opferthese. Darüber hinaus kam es auch zur Überbetonung und Übertreibung des österreichischen Widerstandes und des österreichischen Anteils an der militärischen Niederlage und am Sturz des NS-Regimes (5).

Spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre kristallisierte sich mit den Stalingraderzählungen jener Erinnerungsstrang heraus, der eine dominante Stellung in der medialen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einnehmen sollte. Das Bild der leidenden, verratenen, unschuldigen Soldaten nahm eine tragende Funktion in der Konstruktion eines ganz bestimmten Wehrmachtsbildes ein – eines Wehrmachtsbildes, dass die Soldaten nur in einer Rolle sah: als missbrauchte Opfer des Krieges. Die hohe (überhöhte) Bedeutung, die „Stalingrad“ in den Medien zugeschrieben wurde lässt sich daran ermesen, dass im Extremfall das „Verbrechen von Stalingrad“ gar mit dem Holocaust gleichgesetzt wurde. „In der Eiswüste zwischen Don und Wolga“,

## Das Bild von der „sauberen Wehrmacht“ in den österreichischen Medien nach 1945

Von Alexander Pollak

so einer der Medienberichte, „war es nicht anders als in Auschwitz oder Buchenwald“ (6). Während üblicherweise immer von der „deutschen Wehrmacht“ die Rede war, wurde bei „Stalingrad“, wo es um Soldaten als Opfer ging, plötzlich deutlich der österreichische Anteil an der Wehrmacht herausgestrichen und genau aufgelistet, wie viele Österreicher im Einsatz gewesen waren (7).

Trotz erster Ansätze von Vergangenheitsbewältigungs-Debatten ab Mitte der sechziger Jahre fand eine Diskussion über die Involvierung der Wehrmacht in NS-Verbrechen bis in die achtziger Jahre hinein nicht statt. Lediglich in Leserbriefen fanden sich erste Hinweise darauf, dass mit der Frage der Beteiligung der Wehrmacht an den NS-Verbrechen eine unaufgearbeitete bzw. verklärte Facette der NS-Zeit existierte, die in einem unterdrückten Zustand vor sich hinschlummerte (8).

Der Wendepunkt war das Jahr 1985, als es im Zuge der Frischenschlager-Reder-Affäre erstmals in Teilen der Medien, allen voran dem Kurier, zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Beteiligung der Wehrmacht an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik kam. Die Auseinandersetzung rund um den „Staatsempfang“ für den Kriegsverbrecher Reder bereitete den Weg für die „große“ vergangenheitspolitische Debatte, die im Jahr 1986 mit der Waldheim-Affäre entbrennen sollte (9).

Von wesentlicher Bedeutung im Rahmen der Vergangenheitsdebatte ab 1986 war – neben der Behandlung des NS-Balkanfeldzuges – die Thematisierung des von Waldheim als Rechtfertigung verwendeten Begriffs der „Pflichterfüllung“. Mit der Frage der „Pflichterfüllung“ ging es nun nicht mehr nur um eine Teil- oder Gesamteinschätzung der Wehrmacht und die Bestätigung oder Verleugnung deren Involvierung in den NS-Vernichtungskrieg, sondern um die konkrete Verantwortung der einzelnen Wehrmachtangehörigen. Die diesbezügliche Debatte schwankte zwischen einer vergangenheitskritischen Position, wie sie etwa Gerhard Botz im Kurier vertrat, der darauf hinwies, dass die Kriege des „Dritten Reiches“ Vernichtungskriege gewesen seien, die weit über das „normale“ Kriegshandwerk und die bloße „Pflichterfüllung“ hinausgegangen seien, und einer Sichtweise, wie sie Viktor Reimann in der Kronenzeitung vertrat, der meinte, dass die Berufung auf die „soldatische Pflicht“ gerechtfertigt und die Soldaten keinesfalls schuldig seien. Darüber hinaus gab es auch noch eine Zugangsweise, wie sie etwa Johann Christoph Allmeyer-Beck im Kurier vertrat, die zwar eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg beinhaltete, aber zugleich die Soldaten als unpolitisch und unwissend in Schutz nahm (10).

Ab Mitte der achtziger Jahre war das Thema „Wehrmacht und NS-Verbrechen“ kein gefestigter Tabu-

reich mehr, die Fassade der „Unschuld“ und „Anständigkeit“ hatte bereits deutliche Risse bekommen. Dennoch war das Bild von der „sauberen“ Wehrmacht noch immer ein in der Öffentlichkeit dominantes, die Stalingrad-erzählungen nahmen auch noch in den neunziger Jahren einen breiten öffentlichen Raum ein, wurden noch immer als symbolhaft für den Zweiten Weltkrieg angesehen, die Geschichten von den Weltkriegsschlachten und den Werten des Soldatentums waren bis auf wenige Ausnahmen ungebrochen. Der eigentliche und nachhaltige Bruch kam tatsächlich erst im Jahr 1995 mit der ersten Wehrmachtsausstellung, die die Wahrnehmung der Wehrmacht in der Öffentlichkeit und den Umgang mit dem Wehrmachtsthema grundlegend veränderte (11).

**Alexander Pollak**  
Dissertant am ipw

### Fußnote:

- (1) Siehe Kurt Pätzold, 2000, „Ihr wart die besten Soldaten. Ursprünge und Geschichte einer Legende“, Leipzig: Militzke Verlag, S. 176/177.
- (2) Siehe ebda., S. 45.
- (3) Ebda., S. 25.
- (4) Siehe Alexander Pollak, 2002, „Die Wehrmachtslegende in Österreich“, Wien: Böhlau.
- (5) Ebda.
- (6) August Adam, „Stalingrad die große Wende“, Oberösterreichische Nachrichten. 26. Jänner 1963.
- (7) Siehe Pollak, 2002 a.a.O.
- (8) Ebda.
- (9) Ebda.
- (10) Ebda.
- (11) Diese Veränderung im Umgang mit dem Wehrmachtsthema betraf auch jene Medien, die weiterhin die kollektive Unschuld der Soldaten propagierten, die aber nunmehr in ihren Beiträgen zumindest nicht darum herum kamen, sich – wenn auch distanzierend – auf die Wehrmachtsausstellung und deren Inhalte zu beziehen.

# Female Science Fiction.

## Die "schöne alte Welt" der Ordinarienuniversität

Die Klagen über das neue Universitätsgesetz sind recht eigentlich gar nicht zu verstehen. Die "Weltklasse-uni.at" muss endlich Anschluss an die Weltstandards finden, und dazu gehört es, versteinerte Strukturen aufzubrechen. Ist es bekannt, wie die in Österreich aussehen? Stellen Sie sich Folgendes vor: Die Universität Wien ist über 600 Jahre alt. Die "Alma mater" ist seither, wie der Name bereits sagt, eine Frauendomäne. Vor 100 Jahren wurden von den skeptischen Müttern der Wiener Wissenschaften die ersten Männer zum Studium zugelassen. Und gegen alle Vorbehalte der Professorinnenschaft hat es das schwache Männergeschlecht geschafft, in der Universität Fuß zu fassen: Heute machen Männer mehr als die Hälfte der StudienanfängerInnen aus. Zurecht kann man sagen, dass mittlerweile sehr viele Männer auf den Universitäten arbeiten. Ihre nette, freundliche und verbindliche Art ist in den Sekretariaten unverzichtbar. Und: Männer haben auch so eine schöne Handschrift! Auch hinter den hohen Männerquoten beim Reinigungspersonal steckt jahrhundertlang erworbene männliche Kompetenz. Selbst als Hochschullehrer sind die Männer allmählich erfolgreich, auch wenn die Wissenschaft lieber in Frauenhand bleiben sollte: Zweidrittel der AssistentInnen sind noch immer Frauen. Unter den Habilitierten stellen sie vier Fünftel. Und das ist richtig so. Schließlich geht es um wissenschaftliche Qualifikation, und diese Standards hat in langer universitärer Tradition die weibliche wissenschaftliche Community festgelegt. Für Männer ist es schwierig, diese wissenschaftlichen Qualitätskriterien zu erfüllen, aber ein Anfang ist gemacht und das Ganze braucht eben noch Zeit. Das Bewerbungsverfahren ist ein offenes, faires System. Das zeigen deutlich die 7% Männer, die eine Professur haben. Außerdem achtet der "Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen" darauf, dass Männer in den Berufungsverfahren durch Kommissionen und Personalausschüssen nicht diskriminiert werden. Freilich: **Alles** kann natürlich nicht in den Ausschüssen besprochen werden.

Nun soll sich vieles ändern! Endlich ist wieder einmal ein Mann Wissenschaftsminister (wenn schon das Männerministerium neuerdings mit einer Frau besetzt ist). Er hat es zu einem seiner Ziele gemacht, den Männeranteil an den Universitäten deutlich zu erhöhen. Denn Weltklasse-Universitäten müssen das Männerpotenzial ausschöpfen. Doch betrachten wir uns das neue Gesetz! Hat da die weibliche Vorherrschaft in der Ministerialverwaltung dem Minister ein Kuckucksei gelegt? Kommissionen und Ausschüsse, in denen Männer mitreden könnten, werden mit dem neuen Universitätsgesetz wieder abgeschafft. Frau

Von Eva Flicker  
u. Birgit Sauer

muss dort immer so aufpassen, was sie sagt – lästig! Personalentscheidungen jeglicher Art können nun endlich wieder, wie in guten alten Zeiten, intransparent und in den bewährten Frauenseilschaften gefällt werden – notfalls von einer Professorin alleine. Denn sicherheitshalber regelt das neue Universitätsgesetz, dass nur der Professorinnenstand leitende Stellen einnehmen kann. Da werden die paar Prozent Professoren-Männer gar nicht ins Gewicht fallen. Die Hauptverantwortung wird bei den Frauen Professorinnen bleiben, ihre Macht und ihr Einfluss sind gesichert. Nur das garantiert Weltklasse.

Auch eine geschlechterparitäre Besetzung der wenigen Gremien, die es im Gesetzesentwurf noch geben soll, ist nicht vorgesehen. Wo kämen wir da auch hin!? Das hat's ja noch nie gegeben! Da könnt ja jeder kommen. Ja, in der "Schiedskommission" für Geschlechterfragen ist Halbe-Halbe für Frauen und Männer vorgesehen. Aber seien wir ehrlich: Die kann sowieso nichts machen, solange die Frauenmehrheit im Universitätsrat gesichert bleibt!

Und die Männer? Was ist mit deren Fortkommen und Karrierechancen? Ist das nicht strukturelle Diskriminierung des männlichen Geschlechts? Mit der Verpflichtung zu "Gender Mainstreaming", wonach Gesetze mit Folgen der Diskriminierung von Männern zu unterlassen sind, lässt sich das sicher nicht vereinbaren. Aber es wird schon keiner was sagen. Aber sein's doch nicht so! Ist doch so eine gute Reform! Da können wir ganz beruhigt sein. Die Aufregung ist ganz umsonst – in ihren wesentlichen Grundstrukturen werden die Universitäten so bleiben, wie sie waren. Zumindest was das Geschlechterverhältnis angeht.

**Eva Flicker/Birgit Sauer**

Assistentin am Institut f. Soziologie/ao. Prof. am ipw  
Beide sind Mitglieder des Arbeitskreises für  
Gleichbehandlungsfragen der Universität Wien.

Dieser Artikel ist am 20.04.2002 in „Der Standard“ erschienen.

# *inter / pluri / transdisziplinär*

## ein neues Netzwerk der Geschlechterforschung an der Uni Wien

Von Claudia Brunner

**S**chon im vergangenen Semester konnte dem Problem der Montagabendgestaltung mit der Ringvorlesung des Gender-Kollegs begegnet werden. Unter dem Titel „Brüche - Geschlecht - Gesellschaft: Globale Transformationen“ versammelten sich WissenschaftlerInnen und Studierende verschiedener Sozial- und Geisteswissenschaften, um über ihre spezifische Arbeit einen Einblick in aktuelle Themen der Geschlechterforschung zu ermöglichen. Mit der Frage nach „Lokalen Fragmentierungen“ wurden auch im Sommersemester Perlen auf den roten Faden gefädelt, der zwar nicht immer verbindet, aber doch einen Weg durch den Themenwald weist (detaillierte Übersicht: [www.univie.ac.at/gender-kolleg](http://www.univie.ac.at/gender-kolleg)).

### „Womit man sich alles beschäftigen kann...“

... fragte nicht nur ich mich gelegentlich. Zumindest bildete ich mir manchmal ein, in den Gesichtszügen mancher KollegInnen ähnliches zu lesen. Doch gerade die Vielfalt macht den Reiz der Sache aus, wie auch Alice Pechriggl meint, die gemeinsam mit dem mehrköpfigen Team des Gender-Kollegs für Inhalt und Form der Lehrveranstaltung verantwortlich zeichnet. Damit aber nicht genug. Denn eigentlich versteht sich das Gender-Kolleg in erster Linie als postgraduales Lehrangebot für DissertantInnen mit Gender-Schwerpunkt, die in zwei Seminaren theoretisch und methodisch erfahren, wovon andere nur träumen: innovative Forschung und Lehre, rege Diskussion unter KollegInnen, Begleitung der eigenen Arbeit durch ein engagiertes Kollektiv von GenderforscherInnen. Das gilt im übrigen auch für DissertantInnen, deren BetreuerInnen nicht Teil des Gender-Kolleg sind.

### Aller Anfang ist schwer

Was mancherorts schon als fixer Bestandteil des akademischen Lebens etabliert ist, eine postgraduale Ausbildung in Genderforschung, war in Wien vor verschlungenen Pfaden und Stolpersteinen nicht gefeit. Allein die Entstehungsgeschichte des Gender-Kollegs füllt mehrere Seiten und gibt Anlass für politische Fragestellungen, nachzulesen auf der Website. Doch mit langem Atem gelang es im Jänner 2001 allen Widerständen zum Trotz, das ausgefeilte Konzept zu institutionalisieren. Während im Wissenschaftsministerium der Forschungsschwerpunkt Gender den Bach hinunter ging, schwammen die InitiatorInnen weiter gegen den Strom. Ständig in Bewegung, vernetzt im Gedanken und konkret im Wort öffnet das Angebot des Gender-Kollegs einen Raum für die Suche nach den Brüchen.

### upside down

Hoffnung liegt mitunter außerhalb der Mozartkugelfront. Auf EU-Ebene wird an Netzen weitergestrickt, und inzwischen sitzen offensichtlich einige der Feministinnen, die den vielkritisierten Marsch durch die Institutionen angetreten haben, an wichtigen Stellen. Während die Frauenbewegung in der Zivilgesellschaft immer leiser wird, scheinen neue Impulse „von oben“ zu kommen, die heute ein Miteinander auf anderen Ebenen in die Wege leiten. So ist das Wiener Gender-Kolleg schon Ende April Gastgeber für eine Tagung, die ähnliche Angebote im europäischen Raum koordinieren und weiterentwickeln wird.

### Vorsicht, Spannung!

Wenn strukturelle Gemeinsamkeiten das Leben angenehm machen, so sorgen die inhaltlichen Unterschiede für Spannung. Und die ist mitunter enorm, wie Alice Pechriggl die Energie an den Reibungsflächen zwischen den Disziplinen beschreibt. Aber gerade in der Diskussion um die eigenen Grenzen und die anderen Standpunkte liegt die Herausforderung für die Wissenschaften und für die Menschen, durch die diese gemacht wird. Wenn quasi-territoriale Besitzansprüche (auf die Wahrheit) und verinnerlichte Disziplinierungsformen (durch die eigene Studienrichtung) offen zutage treten, wird auch die Begeisterung wieder spürbar, mit der Genderforschung betrieben werden kann. Vorausgesetzt, ihr wird der Rahmen gegeben, der nun mal auch aus Interessen und Ressourcen gezimmert ist.

### Es gibt noch viel zu tun

Aber Genderforschung in Österreich zu etablieren, ist nicht nur eine Frage von Zeit und Geld, sondern auch eine der Bewußtseinsbildung: Frage eines honorigen Professors an Gabriella Hauch, die als Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung ebendiese an der Uni Linz etablieren soll: „Frau Kollegin, nun sagen Sie einmal, was ist denn dieses GENDER\*?“

**Claudia Brunner**  
Diplomandin des ipw

(\*) betont germanophon artikuliert, mit G wie „gibt´sdennendes?“

# Gastprofessor am ipw SS 2002

## Hauke Brunkhorst

### Interview

Im Sommersemester 2002 ist Prof. Dr. Hauke Brunkhorst, Institut für Soziologie, Universität Flensburg, Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft.

Veröffentlichungen (Auszug): Einführung in die Geschichte politischer Ideen (2000); Hannah Arendt (1999); Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien (2000); Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft (2002)

***Können Sie kurz ihren wissenschaftlichen Werdegang skizzieren und Ihre momentane Forschungsarbeit beschreiben?***

Ich habe erst ein paar Semester Germanistik in Kiel studiert, aber auch intensiv Philosophie bei Karl-Otto Apel. Apel war damals einer der ganz wenigen Kieler Professoren, die mit den revoltierenden StudentInnen diskutiert und mit ihnen sympathisiert haben. Das hat mich ebenso tief beeindruckt wie sein engagierter Diskussionsstil, der damals gut ins Klima der Rebellion paßte. Die meisten ProfessorInnen haben mit heftiger Abwehr reagiert. Apel war ganz anders. Ich erinnere mich noch sehr gut der erregten Debatten über Reform und Revolution und die Gewaltfrage, an der sich die Geister schieden. Apels Position war ungefähr die, daß möglicherweise in Lateinamerika heute eine objektiv und subjektiv revolutionäre Situation eingetreten sei, in der auch er sich überlegen würde, "zur Flinte zu greifen". Aber von einer solchen revolutionären Situation könne in einem immer noch funktionierenden Verfassungsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland nicht die Rede sein. Hier müsse man den Weg eines "radikalen Reformismus" einschlagen und strikt auf Gewalt verzichten. Wir neigten damals natürlich zu radikaleren Positionen, aber nach und nach hat mir Apels Plädoyer für radikalen Reformismus eingeleuchtet, und das ist immer noch meine Linie. Aber damit stehe ich heute weit links vom Mainstream der SPD, die ja das Wort Reform am liebsten aus ihrem politischen Wortschatz streichen möchte und statt dessen auf eine nichtssagende "Modernisierung" und auf "Mitte" setzt und den Neoliberalismus hofiert. Bei Apel habe ich auch das erste Mal etwas von Kommunikation und Sprachphilosophie gehört und gesehen, daß nicht nur Adorno, sondern auch Apel und Habermas zu einer leidenschaftlichen Kritik an Heidegger, Gehlen und den konservativen "Mandarinern" (Fritz Ringer), die damals die deutschen Universitäten beherrschten, imstande waren, und daß diese Kritik weniger von außen kam wie bei Adorno, sondern stärker von innen, den Gegner stark machte und ernst nahm und deshalb wirksamer war. Die Heideggerkritik in Apels Vorlesungen hat mich sehr fasziniert. Ich habe dann sehr bald auch Habermas gelesen und war erstaunt, wie sehr er mit der StudentInnenbewegung in den Zielen und auch in den phantasievollen, gewaltfreien Aktionen und Regelverletzungen übereinstimmte. Das hat mich nachdenklich gestimmt, denn meine Freunde in der StudentInnenbewegung waren, nachdem Habermas dem Frankfurter SDS ("Sozialistischer Deutscher Studentenbund") in einer scharfen Polemik "Scheinrevolution" und pubertäres Verhalten vorgeworfen hatte, sehr feindselig gegen ihn eingestellt und haben ihn als Technokraten und Revisionisten beschimpft. Habermas selbst habe ich aber erst Anfang der 80er Jahre, als ich schon an der Uni beschäftigt war, kennengelernt. Aber im Laufe der Jahre habe ich mich seiner Position durch Lektüre seiner Schriften und aufgrund seiner politischen Interventionen (etwa in der Frage der sog. "Radikalen im öffentlichen Dienst") immer mehr angenähert. Etwa 1970 bin ich von Kiel nach Frankfurt gegangen und habe Soziologie, Erziehungswissenschaft (bei Klaus Mollenhauer) und Philosophie studiert, mein Diplom in den Erziehungswissenschaften gemacht, einige Jahre in der empirischen Sozialforschung als wissenschaftlicher Assistent gearbeitet, beim Frankfurter Soziologen Jürgen Ritsert über Wissenschaftstheorie promoviert, mich dann mit sozialphilosophischen Studien befaßt und in Frankfurt Anfang der 80er Jahre habilitiert, mich eine Reihe von Jahren mit Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren überall in Deutschland, auch eine kurze Zeit in Wien (am Institut für Höhere Studien Mitte der 80er Jahre) einigermaßen gut durchgeschlagen, war zwei Jahre als Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, wo wir viel Geld für Forschung und Konferenzen usw. hatten, und bin seit längerem Professor für Soziologie an der Universität Flensburg.

***Sie arbeiten am Institut für Soziologie in Flensburg. Aus der Homepage dieses Instituts geht hervor, dass es sich um ein Institut mit einem sehr starken politikwissenschaftlichem Schwerpunkt handelt. Könnten Sie bitte Ihre Arbeit am Institut beschreiben und erklären, warum die Kombination zwischen Soziologie und politischer Theorie so wichtig für das Institut ist?***

Das kommt einfach daher, daß ich im Moment noch der einzige Professor an diesem Institut bin und ansonsten nur noch ein Mitarbeiter und ein paar Lehrbeauftragte das Fach vertreten. Flensburg ist erst seit einigen Jahren Universität und noch im Aufbau. Als ich hinkam, gab es kaum mehr als tausend StudentInnen, aber inzwischen sind wir auf dreitausend angewachsen und wachsen weiter so rasch, daß die Regierung mit den nötigen Ausbaumitteln nicht mehr nachkommt. Das ist aber nicht so schlimm wie die völlige Konzeptions- und Ideenlosigkeit der deutschen Hochschulpolitik. Das war bei früheren Hochschulreformen (auch in den 60er Jahren) ganz anders. Die Kultusministerien sind von der neoliberalen Ideologie und der Vorstellung, man müsse Stanford kopieren und könne das ohne Geld machen, fast vollständig kontaminiert.

Aber zurück zu Ihrer Frage. In der Tat ist die Flensburger Soziologie stark politikwissenschaftlich ausgerichtet. Das liegt einmal daran, daß ich mich seit langem auf Fragen der politischen Ideengeschichte, der Demokratietheorie und in den letzten Jahren besonders der Rechts- und Verfassungssoziologie spezialisiert habe, zum andern auch am Umfeld, denn ich arbeite in der letzten Zeit in Flensburg stark mit soziologisch orientierten ÖkonomInnen (Abteilung institutionelle/konstitutionelle politische Ökonomie) zusammen, und wir planen gerade einen Studiengang "public administration", bei dem das Wort "public" in seinem vollen sozialphilosophischen und staatsrechtlichen Sinn verstanden werden soll.

***Sie leiten dieses Semester am Institut für Politikwissenschaft in Wien ein Proseminar zum Thema "Frankfurter Schule und Demokratie" und ein Seminar mit dem Titel "Kritische Theorie, Psychoanalyse und Politik". Welche Inhalte wollen Sie mit diesen beiden Lehrveranstaltungen vermitteln?***

Einmal natürlich Grundkenntnisse. Aber inhaltlich geht es mir immer um die Frage des Aktualitätsgehalts der Kritischen Theorie, der ich mich selbst als Sozialisationschicksal zurechne, deren Grundpositionen ich mir aber auch ganz bewußt zu eigen mache und nach wie vor verteidigen zu können glaube, auch wenn das nicht immer ganz einfach ist. Dazu aber ist es nötig zu zeigen, daß die Kritische Theorie der Gesellschaft, wie Horkheimer und Adorno sie genannt haben, ständig mit dem "Stand der Forschung" und vor allem der immensen Theorieentwicklung in der Soziologie (man denke nur an Luhmann und Bourdieu), aber auch der Philosophie (Derrida, Foucault, Rorty und der Neopragmatismus), der Psychoanalyse und dem Feminismus (deswegen beschäftige ich mich beispielsweise mit Judith Butler und behandle sie auch im Seminar) kommuniziert. Dann möchte ich die demokratie- und rechtstheoretischen Arbeiten der Frankfurter Schule (im weiteren Sinn des Wortes) stärker ins Zentrum des Interesses rücken, also den "Nebenstrom" von Franz Neumann bis Ingeborg Maus. Schließlich muß sich die kritische Intention heute an den harten Fragen der Globalisierung bewähren und auch das Thema der imperialen Hegemonie neu in Angriff nehmen und dabei die ausgetretenen Pfade des Gramscianismus oder gar der abgewirtschafteten, alten Imperialismustheorie verlassen und in Neuland vorstoßen, die Eigenentwicklung des Rechtssystems ernst nehmen, erkennen, daß der Kapitalismus ohne starke, institutionelle "Einbettung" (Polanyi) zur Katastrophe führt, wobei gleichzeitig gilt, daß oft kein Kapitalismus schlimmer ist als der schlimmste Kapitalismus. Die Frage, die mich vor allem interessiert ist: wie kann die Demokratie aus der Defensive, in die sie unter dem Druck der Globalisierung geraten ist, herauskommen und auch global (und erst mal europäisch) wieder zur gestaltenden, offensiven Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts werden?

***Sie haben bereits einen Wochenendblock in Wien abgehalten. Was sind Ihre Eindrücke bezüglich des Instituts, der Studierenden, der Stadt,...***

Wien begeistert mich immer, und die StudentInnen sind zahlreich und bieten genug Widerstand, um etwas zu lernen. Der erste Block jedenfalls hat mir sehr viel gebracht, ich hoffe nur, daß es den StudentInnen (oder doch einigen) ähnlich ergangen ist und die Frustrationsrate nicht zu hoch war.

***Das meines Wissens nach letzte von Ihnen veröffentlichte Buch trägt den Titel "Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft" (2002). Im letzten Teil des Buches beschäftigen Sie sich mit der Rechtsordnung der Europäischen Union. Ich lese aus diesem Text, daß Sie für eine EU-Verfassung plädieren, aber nicht für eine "stille, bürokratische Evolution der europäischen Verfassung" (S.234), sondern für die Einsetzung einer Verfassung durch eine "revolutionäre Situation". Diese "revolutionäre Situation" bedarf aber einer "revolutionären Kraft", die, wenn ich Sie richtig interpretiere, die Aufgabe hat, das Projekt EU-Verfassung den EU-BürgerInnen nahe zu bringen. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang den kürzlich eingesetzten EU-Konvent?***

Der Konvent wirkt wie eine selbstprogrammierte Katastrophe, wie bei den Lemmingen. So geht es nicht. Man kann nicht eine Verfassung einfach von oben, bürokratisch und ohne jede öffentliche Resonanz, fast heimlich verordnen. Mit "Revolution" meine ich – ich habe das ausdrücklich geschrieben – keine Barrikadenkämpfe, aber doch ein Verlangen nach Demokratie und der Lösung gesamteuropäischer Fragen, das von unten kommt, der politischen Klasse nicht in die Tagesordnung paßt und der Führungskaste in Brüssel, Berlin, Paris, Wien usw. die Tour vermässelt, denn die geht heute überall in Richtung Stärkung der Exekutive, Schwächung und Entmachtung der Parlamente und der Volkslegislative. Vielleicht braucht man gar keine neue Verfassung Europas, denn die Verträge sind ja schon eine Verfassung, in der auch das Demokratieprinzip als zentraler Grundsatz der immer engeren Integration nicht nur der Staaten, sondern auch der Völker Europas enthalten ist (auch den Vertragsautoren ist am Ende nichts Neues eingefallen als das, was schon die Ideen der Französischen Revolution von 1789 waren und was in den beteiligten Staatsverfassungen steht). Man muß das nur ernst nehmen, von unten einfordern, juristisch konkretisieren usw., und dann kann man in Gottes Namen eine Verfassung feierlich deklarieren. Aber worauf es ankommt ist, ob nun Vertragsverfassung oder Verfassungsvertrag, die reale Herstellung europäischer Demokratie und – by the way – wäre eine gleichzeitige Stärkung der in den Staaten bestehenden Parlamente auch keine schlechte Sache. Beides hängt m.E. zusammen. Die Demokratie kann sich nur inner- und überstaatlich erneuern, und zwar gleichzeitig und wechselseitig verstärkt.

**Vielen Dank!**

Das Interview wurde von **Monika Mayrhofer** geführt.  
Studentin am ipw



# Conférence Surprise: „GO EAST“

## Hans-Georg Heinrich zum 60. Geburtstag

Ende Jänner fand im Bruno-Kreisky-Forum eine ganztägige Überraschungstagung für Prof. Heinrich statt. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Institut für Politikwissenschaft (Eva Kreisky, Karin Liebhart u. Andreas Pribersky), dem Bruno-Kreisky-Forum für internationalen Dialog, dem österreichischen Ost- u. Südosteuropa Institut und dem Collegium Hungaricum. Das Programm war in vier Blöcke gegliedert, wobei jeder unter einem anderen Schwerpunkt stand und als Podiumsdiskussion gestaltet war.

Von Luise Luksch

### „Vom Imperium zum Kleinstaat und retour?“

Den Anfang machten Heinrich Neisser, Fritz Windhager, Helmut Kramer, Peter Gerlich und Karin Liebhart mit kurzen Vorträgen zur übergeordneten Frage „Vom Imperium zum Kleinstaat und retour?“, moderiert von Herbert Gottweis. Die ReferentInnen behandelten in ihren Vorträgen interessante Fragestellungen und Themenfelder, wie z.B. „Will der Westen den Osten?“, wie kann und soll ein zukünftiger Beitrittsprozeß aussehen, was kann Krisenprävention leisten, und sind Institutionen wie UNO und OSZE in ihrer derzeitigen Struktur eigentlich fähig zu leisten, wofür sie geschaffen wurden? Weiters wurde angerissen, ob Österreich eine Brücke zum Osten sei, wie der mehr oder weniger sukzessive Wandel Österreichs zum „Störfaktor“ für die EU-Osterweiterung zu begreifen wäre, wie sich Österreichs Verhältnis zu „den Nachbarn“ (Stichwort Interessenspolitik versus Identitätspolitik) gestaltet und welche Bilder bzw. Stereotypen, welche Selbstwahrnehmungen transportiert werden (z.B. anhand von Tourismuswerbung). Anschließend gab es Gelegenheit, über diesen ersten Block zu diskutieren.

### „East goes West“

Nach der ersten Kaffeepause ging es mit Sieglinde Rosenberger als Moderatorin sowie Jozsef Bayer, Sándor Kurtán (beide Budapest) und Birgit Sauer als ReferentInnen weiter. Die Themenkreise hierbei waren „Politische Kultur und Systemtransformation“, „Das ungarische Parlament von 1998-2002“ und „Transition to democracy: Eine Geschlechterkritik sozialwissenschaftlicher Transformationstheorien“.

Jozsef Bayer gab ein sehr plastisches (Stimmungs-)Bild von Ungarn in Vorbereitung auf den EU-Beitritt – die formalen Beitrittskriterien seien bereits fast gänzlich umgesetzt, aufgrund der nachhaltig geschichtlich geprägten Tradition allerdings hinke die politische demokratische Transformation noch nach. Nach einem kurzen historischen Abriß („Wie weit beeinflusst die politische Kultur die Systemveränderung?“) arbeitete er weiters die neuen politischen Veränderungen heraus. Bayer sieht momentan eine

Entwicklung hin zu einem Zwei-Parteien-System, befürchtet allerdings eine Hinwendung zum Rechtspopulismus, sollte die EU-Erweiterung weiterhin schleppend vorangehen. Stabilisierende Angaben zum Beitrittszeitpunkt seien daher dringend notwendig.

Sándor Kurtán vollbrachte gekonnt eine Erklärung und Analyse der – für mich persönlich nicht ganz so leicht zu durchschauenden – ungarischen Parlamentswahlen. Er bezeichnete das ungarische Parlament als AkademikerInnenparlament, es sei eine „Gesetzesfabrik“, wiewohl die Qualität der Gesetze zu wünschen übrig lasse. Sitzungen finden nur jede dritte Woche statt, was die Möglichkeiten der Opposition verringert, Fragen stellen zu können, und somit natürlich ihre Position schwächt. Die Rolle des Parlaments innerhalb des politischen Systems bezeichnet Kurtán als „zu Gunsten der Regierung geschwächt“.

Birgit Sauer gelang eine ausgezeichnete Darstellung der derzeit vorherrschenden Verhältnisse in der Transformationsforschung (Malestream vs. Frauenforschung) und eine punktgenaue Offenlegung der Lücken und blinden Flecken in Bezug auf Gesellschaftsanalysen, die immer unvollständig bleiben müssen/werden, da Geschlecht als wichtige Untersuchungskategorie selten hinzugezogen wird. Sie skizzierte die Folgen für Institutionen, Staat und Gesellschaft und gab mögliche Lösungsansätze, z.B. Veränderung des politischen Raums hin zu einer „Neuformatierung des politischen Diskurses“, eine De-, Re- und/oder Neukonstruktion von Privat(heit), Familie, Öffentlichkeit etc., deren Umsetzung bekanntlich schon länger gefordert wird.

### „Culture Matters“

Nach verdienter Mittagspause begann der dritte Block, diesmal mit Regina Köpl als Moderatorin und mit Johann Dvorak, Andreas Pribersky, Eva Kreisky und Silvia Mihalikova (Bratislava) als ReferentInnen. Auch hier ging es wieder um Themenfelder rund um die übergeordnete Klammer „Culture Matters“. So wurde zum Beispiel nach Abgrenzungsprozessen zwischen Westen und Osten gefragt

und über transportierte und tradierte Bilder in Bezug auf „den Osten“ diskutiert. Johann Dvorak gab einen Überblick über die tschechische Moderne und sprach über die Zusammenhänge zwischen Kunst, Politik und Demokratie. Andreas Pribersky hinterfragte u.a. den „Zusammenbruch des Ostens“ (1989) und Begriffe wie Familie, Nation und Tradition. Silvia Mihalikova erzählte von demokratischen Traditionen und von einer „mythischen Form der Nationalstaatlichkeit“ in der politischen Symbolik postkommunistischer Gesellschaft. Eva Kreisky zog einen Bogen „Von der Staatsmafia zum Mafiastaat“ und verglich hierbei Sizilien, Brasilien und Rußland miteinander. Sie zeigte den Zusammenhang von traditionellen Staatselementen und Banditentum auf und legte diesbezüglich Strukturanalogien wie z.B. Armeen, Territorialgebiete, Rituale, Hierarchisierung und Normierung frei.

### **„Entlang der Karawanenstraße: From Near To Far East“**

Petra Purkarthofer leitete den letzten Block des Tages, es sprachen John Bunzl, Sarajuddin Rasuly, Helmut Opletal und Ingrid Schütz-Müller über Israel, Afghanistan, China, Japan und Polynesien.

John Bunzl referierte über die „Schwierigkeit, Israel zu perzipieren“. Israel als Staat liege zwar nicht in Europa sei aber als Produkt der europäischen EinwandererInnen zu sehen. Die Juden in Europa versuchten durch Assimilation und eine liberale Haltung den wechselhaften Verfolgungen zu entgehen. Erst mit der Gründung der zionistischen Bewegung wurde die Idee einer eigenen Heimat als Ziel formuliert und als Möglichkeit der Diaspora zu entgehen, angesehen. Rechte und Linke kritisierten den Zionismus. Für die Nationalsozialisten schien ein eigener Staat zunächst ein Mittel die „Judenfrage“ zu lösen, bis sie eine „radikalere“ Lösung fanden. Die Gründung des Staates Israel 1948 übte eine Art psychische Funktion aus: ein eigener Staat als Ersatz für Jahrtausende Verfolgung und Antisemitismus bis hin zum Holocaust. Die Perzeption Israels änderte sich mit dem Anwachsen des Palästina-Konflikts. Mit zunehmender Gewaltausübung schwindet die Sympathie zu Israel. Für manche scheint sich hier die Möglichkeit zu eröffnen, die israelische Gewaltanwendung mit den Grausamkeiten des Holocausts zu vergleichen.

Sarajuddin Rasuly führte, in Form eines historischen Abrisses, die komplexe und vor allem sehr lange (Konflikt)Geschichte Afghanistans aus, die dieses Land vor allem als Spielball der Großmachtpolitik zeigt. Er betonte, daß es die Aufgabe der Wissenschaft und der PolitologInnen sein werde, eine Neu-Erklärung, ein Neu-Nachdenken des Afghanistan-Problems in Zusammenhang mit der Unterdrückung der Dritten Welt zu finden.

Helmut Opletal beschrieb China vor und nach dem Zerfall der UdSSR, da er im Zerfall eine Zäsur für den Politikwandel sieht. China begriffen sich selbst als im Aufstieg zu einer Weltmacht. Es werden Forderungen nach Rückgabe der von Rußland besetzten Gebiete laut. Opletal

umriß die lange Tradition chinesischen Staatsnationalismus und analysierte die seit 1996 bestehenden Versuche, die Kontrolle über nationalistische Strömungen zu Gunsten der Ökonomie zu halten.

Ingrid Schütz-Müller schließlich referierte über die asymmetrischen Beziehungen Japans zu den pazifischen Inselstaaten und deren Strategien und Möglichkeiten, sich Japans Dominanz zu entziehen. Er veranschaulichte das Problem anhand dreier Themen: der Fischerei, der Entwicklungshilfe und des Handels.

Zum festlichen Ausklang dieser doch sehr langen Tagung gab es anschließend noch Musik von einer Roma-Band und ein Buffet, an dem sich alle Beteiligten noch angeregt miteinander unterhalten haben. An dieser Stelle sei Eva Kreisky noch einmal für ihre Bemühungen gedankt, diese Tagung so angenehm gestaltet zu haben.

**Luise Luksch**

Studentin am ipw u. Redaktionsmitglied

# Studentische Lehrevaluation

Von Sieglinde K. Rosenberger

Im Wintersemester 00/01 hat das Zentrum für Evaluation und Controlling für die HUS-Fakultät eine verpflichtende Lehrevaluation vorgenommen. Tatsächlich wurden beinahe alle Lehrveranstaltungen unserer Studienrichtung evaluiert.

Das Ergebnis in aller Kürze: Wir liegen als Studienrichtung (Gesamtbewertung aller Lehrveranstaltungen) etwa im Mittelfeld! Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir vergleichsweise eine „große“ Studienrichtung mit relativ hohen Studierendenzahlen/Lehrveranstaltung sind. Nicht überraschend ist, dass Lehrveranstaltungen mit vielen Studierenden meist schlechter als Lehrveranstaltungen mit weniger Studierenden beurteilt wurden. Dieser Zusammenhang gilt aber nicht durchgängig. Es wurden auch LV's mit sehr vielen Studierenden sehr gut und andere mit wenigen Studierenden eher als mittelmäßig beurteilt.

Besonders auffallend ist, dass die infrastrukturellen Rahmenbedingungen (Licht, Raumgröße, technische Ausstattung, Lärmbelastung) als äußerst beeinträchtigend eingestuft wurden. Nun hoffen wir, dass mit der Übersiedlung des Instituts ins NIG rasch, also schon ab kommendem Wintersemester, eine Verbesserung der Situation eintritt, die sich auch in der Lehrbeurteilung niederschlägt.

Die Ergebnisse sind den LehrveranstaltungsleiterInnen

übermittelt worden. Der zuständige Studiendekan Prof. Richter hat bzw. wird mit all jenen, die an der Evaluation, aus welchen Gründen auch immer, nicht teilgenommen haben bzw. vergleichsweise ein sehr schlechtes Ergebnis erreicht haben, Kontakt aufnehmen. Die Studienkommission ist vom Studiendekan angehalten, die Evaluationsergebnisse in geeigneter Weise bei den Lehrveranstaltungsplanungen zu berücksichtigen und einen Bericht über die Behandlung vorzulegen.

## Wie geht es weiter?

Auf freiwilliger Basis können LehrveranstaltungsleiterInnen auf der Grundlage der Fragebögen des Zentrums für Evaluation und Controlling weiterhin die Evaluation durchführen lassen (Bitte Fragebögen anfordern: [evaluation@univie.ac.at](mailto:evaluation@univie.ac.at)). So auch im laufenden Semester!

Jedes dritte Semester erfolgt eine für alle verpflichtende Evaluation. Unsere Studienrichtung wird wieder im kommenden Wintersemester 2002/2003 an der Reihe sein. Da es beim ersten Durchgang von verschiedener Seite heftige Kritik am methodischen Instrumentarium gegeben hatte, ist derzeit eine Überarbeitung des Fragebogens im Gange. Bitte diesbezügliche Rückmeldungen ebenfalls unter [evaluation@univie.ac.at](mailto:evaluation@univie.ac.at).

Auch wenn am Fragebogen vielfach Kritik berechtigt ist,

hoffe ich doch, dass die Ergebnisse für die einzelnen LehrveranstaltungsleiterInnen auch ein aufschlussreiches feedback darstellen. Darüber hinaus kann ja jederzeit eine Evaluation, die sich stärker auf qualitative Rückmeldungen stützt, vorgenommen werden.

**Sieglinde Katharina Rosenberger**  
Studienkommissionsvorsitzende  
u. Professorin am ipw

# **ANTWORT auf „Privatisierung und Ausgliederung: ein Schlüssel zum besseren Staat?“**

In der vergangenen Politix-Ausgabe 12/2001 veröffentlichte Philip Marcel Karré einen Beitrag über Privatisierungs- und Ausgliederungstendenzen des Staates. Seine These läuft darauf hinaus, dass Privatisierungen zur Lösung staatlicher Probleme beitragen können, da der Staat dadurch seine Einflussnahme in der Gesellschaft neu definiere. Er spricht sich für Privatisierungen aus, da im Gegensatz dazu die Ausgliederung – verstanden als Leistungserbringungen von hybriden Organisationen, also privaten Verwaltungseinheiten – „für politische Ziele missbraucht werden kann.“ (1). Der Autor wünschte sich eine rege öffentliche Diskussion darüber, auf die ich mit folgendem Beitrag gerne einsteige.

Von Markus Wolschlager

**W**as etwa aus einer privatisierten Bahn wird, kann man in Großbritannien sehen. Dort „passieren“ den privatisierten Eisenbahnen so viele Unfälle wie nie zuvor, weil nicht in Sicherheit und Infrastruktur investiert, sondern an AktionärInnen ausgeschüttet wird (2). Das gleiche Muster konnte man beim Strommarkt in Kalifornien identifizieren, welcher nach der Privatisierung völlig zusammenbrach. Es ließen sich nun eine Unmenge an Beispielen finden, die jeweils die Vorzüge oder Nachteile eines staatlichen bzw. privaten Unternehmens untermauern. Aber worin liegen nun die grundlegenden Strukturen des privaten ökonomischen Bereichs einerseits, des öffentlichen politischen Bereichs andererseits?

## **Die fundamentalen Unterschiede von Privat und Staat ...**

Zunächst lassen sich Unterschiede im Ziel festmachen. Während öffentliches Handeln auf das Gemeinwohl, also auf alle Bevölkerungsgruppen zielt, steht in der Sphäre des Privaten die Gewinnmaximierung im Vordergrund. Der ORF ist nicht dazu da, Gewinne zu machen – RTL schon. Genauso wenig ist die primäre Aufgabe der Post, hohe Renditen zu

erreichen, während ein privater Brief- und Paketzusteller wie UPS sicher nicht das Wohl aller StaatsbürgerInnen an die erste Stelle stellt. Natürlich, auch private Unternehmen müssen sich an den Bedürfnissen orientieren, ansonsten könnten sie am Markt nicht konkurrenzfähig sein. Aber die Priorität ändert sich! Im öffentlich-politischen Bereich sollte der Mensch an erster Stelle stehen, dann erst kommt der Profitgedanke. Im ökonomisch-privaten Bereich kommt zuallererst die Rendite, erst an zweiter Stelle steht der Mensch. Wenn sich eine ländliche Bahnstrecke nicht „rentiert“, stellt sich die Frage der Priorität. Schaut man zuerst auf die Bilanzen oder auf die betroffenen Menschen?

Eine weitere Unterscheidungsmöglichkeit von Privat und Staat ergibt sich hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeit. Im politisch-demokratischen System haben alle (!) Wahlberechtigten (in Österreich etwa 5,9 Mio. BürgerInnen) die Möglichkeit der Partizipation. Die Geschäftsführung eines Privatunternehmens ist an keine demokratischen Wahlergebnisse gebunden. Es macht einen Unterschied, ob 5.000 Unternehmen Entscheidungen treffen oder 5 Mio. Menschen über ihre RepräsentantInnen im Parlament. Hannah Arendt analysierte so: „Macht [Willkür, Anm.

MW] beginnt immer dort, wo Öffentlichkeit aufhört.“ (3).

## **... und die Logik des Neoliberalismus**

Erst die Argumentation des Neoliberalismus in der Tradition Milton Friedmans und Friedrich von Hayeks (4) lässt die eben genannten Unterschiede in einem anderen Licht erscheinen. Neoliberale Ideologie behauptet, dass die völlige Freigabe des Marktes allen Menschen zugute komme. Schon Adam Smith (Vertreter des Liberalismus im 18. Jh.) formulierte diese Utopie mit der berühmten „unsichtbaren Hand“. Warum sollten einige Tausend UnternehmerInnen so gütig sein, dass ihr Handeln der Gesamtbevölkerung im gleichen Maße zugute kommt wie ihnen selbst? Wir sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass jegliche Privatisierung, Ausgliederung, Deregulierung bzw. Entstaatlichung automatisch zu einer Abgabe von Entscheidungsmöglichkeit führt, frei nach dem Motto: „Du gibst mir deine Uhr und ich sag’ dir die Zeit.“ (5)

Das Konzept des Neoliberalismus spürt man international, aber auch in der österreichischen Bundesregierung. Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FPÖ) betont, „die Öffnung der Märkte sei im Sinne

des österreichischen Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich von Hayek sehr ernst zu nehmen, denn sie ist die Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen.“ (6). Ganz anders sehen dies beispielsweise Semperit-MitarbeiterInnen nach der Werksschließung in Traiskirchen im Dezember 2001. In einem Interview meint ein Arbeiter auf die Frage, gegen wen sich seine Wut richte: „Gegen die Gewinn-süchtigen und gegen jene, die dabei zuschauen. ... so wie es aussieht, sind die Konzerne heutzutage schon weit mächtiger als die Politiker.“ (7). Im April 2002 schlägt der Betriebsrat eine zwischenzeitliche Verstaatlichung vor, „um neue Investoren zu finden“. Wenn das ökonomische System versagt, ist also der Staat gerade recht. Die Antwort der Regierung war abzusehen: „Es ist nicht die Aufgabe der Politik, eine betriebswirtschaftliche Entscheidung zu revidieren“, heißt es aus dem Finanzministerium. Im Wirtschaftsministerium meint man nur: „Die Politik hat sich nicht eingemischt und wird das auch nicht tun.“ (8).

### „Politik ist ‚pfui‘?!“

Es ist heutzutage chic, alles zu „entpolitisieren“ – ein grässliches Wort. Der völlige Übergang von der politischen in die private Sphäre führt letztlich zu einem – so Hannah Arendt – in völliger Einsamkeit arbeitenden Wesen, welches kaum noch ein Mensch wäre, sondern ein „Animal laborans“. „Bestimmt man den Menschen als ein Animal laborans, so kann er in der Tat nichts wesentlich anderes sein als ein Tier, bestenfalls die höchste der Tiergattungen, die die Erde bevölkern.“ (9). Aber der Mensch ist von Natur aus politisch, das heißt gesellschaftlich. In Karrés Text tauchen immer wieder politisch negative Formulierungen auf: Es bestehe die Gefahr, dass starke Staaten sich zu sehr in das Leben der StaatsbürgerInnen einmischen; Privatisierung ermögliche

es, den schädigenden politischen Einfluss in der Wirtschaft zu beschränken; Studien würden zeigen, dass Privatwirtschaftsverwaltung für politische Ziele missbraucht (!) werden könne usw. Es ist ja das immergleiche Muster: zuerst die Politik schlecht machen („ineffizient, bürokratisch, behäbig, unnützlich“), um dann als glorreiche Lösung die heile Welt der privaten Sphäre anzubieten. Doch es wäre sinnvoller, sich den Problemen zu stellen und diese auch gemeinsam zu lösen. Dies ist in einer neoliberalen, politikverdrossenen Gesellschaft, wo Politik nur mehr als „mühsam“ angesehen wird, leider nicht leicht umzusetzen. Wiederum ein Semperit-Mitarbeiter meint da nur: „Was brauch’ma a Regierung, wenn’s uns eh verkaufen und allein lassen?“ Stattdessen werden zu Recht oder auch zu Unrecht überhöhte Gagen im ORF kritisiert (10) und sodann eine Privatisierung gefordert, oder aber es wird auf die demographischen Entwicklungen und den daraus resultierenden Konflikten im Pensionsbereich aufmerksam gemacht. Eine Privatisierung von Pensionsversicherungssystemen bedeutet in diesem Fall, „den Kopf in den Sand stecken“ und darauf zu hoffen, dass fünf Versicherungskonzerne bessere Konzepte anbieten als der Staat, also wir alle. (Abgesehen davon liegt der Verwaltungsaufwand bei privaten Pensionsversicherungen über denen von staatlichen.)

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass für wichtige gesamtgesellschaftliche Bereiche das staatliche Modell dem privaten Modell vorzuziehen ist, wenn gleich dies nicht zum anderen Extrem führen soll, wonach es keine privaten Unternehmen mehr geben darf. Es geht nur um für die gesamte Bevölkerung essenzielle Bereiche, die allerdings deutlich umfangreicher sein müssen, als nur die Minimalversion des Staates mit Polizei, Militär und Justiz. Um die von Karré zur Diskussion gestellte

Frage (ob Privatisierung/Ausgliederung ein Schlüssel zum besseren Staat wäre) mit einem Zitat von Jürgen Habermas auf den Punkt zu bringen: „Nur die Macht [Politik, Anm. MW] lässt sich demokratisieren, nicht das Geld.“ (11).

**Markus Wolschlager**  
Student am ipw

#### Fußnoten:

- (1) Karré, Philip Marcel: Privatisierung und Ausgliederung: der Schlüssel zum besseren Staat? In: Politix 12/2001, S. 38-39.
- (2) Vgl. Felber, Christian: Lieber mehr Staat als privat. In: Der Standard vom 10. April 2002, S. 31.
- (3) Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München (2000/1951), S. 840.
- (4) Politisch wurde der Neoliberalismus zu Beginn vor allem von Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA in den 80er Jahren umgesetzt.
- (5) Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M. (1982), S. 721.
- (6) Zit. nach: Krawagna-Pfeifer, Katharina: EU prüft Airlines-Garantien. In: Der Standard vom 16. März 2002, S. 23.
- (7) Zit. in: Neue Kronen Zeitung vom 17. Dezember 2001, S. 18-19.
- (8) Vgl. „Verkauft und allein gelassen“. In: Der Standard vom 10. April 2002, S. 17.
- (9) Arendt, Hannah: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München (2001/1958), S. 33, S. 102, S. 34.
- (10) Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass wir die Kritik bei „überhöhten Gagen“ immer nur im öffentlichen Bereich vornehmen. Hier haben wir ja auch die demokratisch legitimierte Artikulationsmöglichkeit. Die Millionengagen eines Konzernchefs werden so gut wie nie debattiert, obwohl wir ihn durch den Kauf der Produkte ebenso „finanzieren“ wie den ORF durch Rundfunkgebühren. Der Unterschied liegt schlicht darin, dass uns im privaten Bereich jegliche Möglichkeit der ernsthaften Kritik und Mitentscheidungskompetenz genommen wird. Eine fehlende Partizipationsmöglichkeit zeigt sich auch darin, dass in den quasi-öffentlichen Einkaufszentren Demonstrationsverbot herrscht (vgl. Klein, Naomi: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. München (2000), S. 193).
- (11) Habermas, Jürgen zit. nach Reese-Schäfer, Walter: Jürgen Habermas. Frankfurt/M. (2001), S. 127.

# DER KONVENT

## und das Europäische Interesse

Von Wolfgang Braumandl

Die EU muss im Konvent primär die „politische Gemeinschaft“ in den Vordergrund stellen, und die demokratische Legitimation und Transparenz erhöhen. Die bislang neoliberale Ausrichtung der EU hat die EuropäerInnen irritiert und sie vom eigentlichen Integrationsgedanken entfernt. Zu oft wurde in der Vergangenheit bei europäischen Integrationsprojekten (z. B. Binnenmarkt, Marktliberalisierung etc.) eine neoliberale Wirtschaftsauffassung verfolgt. Die Folgen sind höhere Steuerleistungen und eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten für die EU-BürgerInnen. Noch tolerieren die Menschen diese Entwicklung. Ich glaube jedoch nicht, dass die Fortsetzung der jetzigen EU-Politik die innere Integrationsdynamik erhalten kann. Spätestens nach der Aufnahme der neuen BeitrittskandidatInnen wird wohl vielen kritischen BeobachterInnen klar werden, dass die Vielzahl „nationaler Interessen“ und vorhandenen zwischenstaatlichen Irritationen eine Erosion der Integration hervorrufen kann.

### Verlust der Integrationsdynamik?

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die innere Glaubwürdigkeit der EU verloren gehen. Der Verlust der inneren Glaubwürdigkeit bedeutet den Verlust der Integrationsdynamik. Diese These wird dann Realität, wenn der Konvent ohne progressive Ideen und Konzeptformulierung in seine Schlussphase tritt. Daher ist es für die Zukunft Europas von immanenter Wichtigkeit, dass sich die beteiligten politischen AkteurInnen über ihre weitreichenden sozialpolitischen Verantwortlichkeiten bewusst sind. Neoliberale Gedanken und Konzepte darf der EU-Konvent

als Rezept nicht annehmen, weil neoliberale Gültigkeiten keine menschlichen Integrationsfunktionen generieren. Menschliche Integrationsfunktionen sind immer im Politischen zu suchen, und daher ist das Politische der Union zu manifestieren. Manifestation in Form einer europäischen Erkenntnis, dass die demokratischen, rechtsstaatlichen und republikanischen Prinzipien auch – und vor allem für die EU zu gelten haben. Insbesondere das empfundene Demokratiedefizit muss in den kommenden Jahren unbedingt überwunden werden.

### Vom Selbstzweck der Politik

Damit Europa auch weiterhin vom Integrationsgedanken und den gemeinsamen Werten getragen wird, muss der EU-Konvent das Prinzip des Europäischen Interesses hervorheben und im Enddokument als zentrales Politikprinzip festschreiben. Dabei muss das Prinzip des Europäischen Interesses die wahrnehmbare Prämisse der Objektivität reflektieren. Nur so kann der EU-Bürger/die EU-Bürgerin von den „höheren Werten“ eines geeinten Europa überzeugt werden. Die praktische Anwendung des Prinzips des Europäischen Interesses benötigt in erster Linie eine demokratiepolitische Legitimationsstütze. In einer zweiten praxisorientierten Handlungslinie hat das Europäische Interesse auf einer wissenschaftlichen Gesellschaft aufzubauen. Nur so können Europäische Interessen transnationale Anerkennung finden. Was die EU auf alle Fälle zu vermeiden hat, ist die in Österreich vorherrschende blau-schwarze Tendenz vom „Selbstzweck der Politik“, als konkrete Ausformung entdemokratisierter Entscheidungen. Diese Tendenzen lässt sich graduell auch auf die derzeitige EU-Politik übertragen.

### Der Verfassungsvertrag

Der „Verfassungsvertrag“ des Konvents muss in der Lage sein, die Integrationsdynamik nach einer Erweiterung der Union zu bewahren, was meines Erachtens über praktische Handlungsprämissen möglich ist:

- ) Aufgabe der Kultur nationalstaatlicher Interessensverfolgung in außen- und sicherheitspolitischen Politikfeldern gegenüber Drittstaaten;
- ) Herausbildung einer Kultur der Europäischen Interessen;
- ) Festlegung des Europäischen Interesses als außen- und sicherheitspolitisches Entscheidungsprinzip;
- ) Ausgangsbasis für das Europäische Interesse muss eine wissenschaftliche Gemeinschaft sein.

Für die Zukunft der EU sind neben neuen Ansätzen der Integration bestehende Institutionen zu reformieren, im Sinne einer größeren basisdemokratischen Legitimation (Stärkung des EU-Parlaments), um einer erweiterten Union von 27 Mitgliedern einen unverkennbaren demokratischen Charakterzug zu geben.

**Wolfgang Braumandl**  
Doktorand des ipw

# W O H I N U N D Z U R Ü C K

Die österreichische Philosophin, Historikerin und Literaturwissenschaftlerin Ursula Kubes-Hofmann hat mit dieser Sammlung von Texten, die weitgehend ihrer journalistischen Tätigkeit entstammen und die Dekade von 1991 bis 2001 umfassen, ein Werk vorgelegt, das ich als demokratie-politisches Erfahrungsbuch bezeichnen möchte. "Ich halte das für die einzige Möglichkeit im Augenblick zu reagieren. Verzweiflung, Ohnmacht, Wut und Verlassenheit über sich herfallen zu lassen und dann von diesen Überfällen Bericht zu geben. Und das ist es was Ursula Kubes-Hofmann in ihren Texten macht. In aller intellektueller Schärfe und wissenschaftlich begründeter Analyse ist dann auch diese Empfindlichkeit der Autorin eingelassen. Es sind Vergewisserungstexte, die über diese unbestechliche Empfindlichkeit zu entschlüsseln sind." (S. 10) schreibt Marlene Streeruwitz in ihrer Einführung. Diese Sensibilität gepaart mit der Standfestigkeit von Ursula Kubes-Hofmann den "Überfällen" zu trotzen, bilden meiner Ansicht nach die Basis für diesen Erfahrungsschatz der, in Kombination mit umfassendem Wissen, dieses Buch ausmacht.

## Politic Encouragement

Diese Texte spenden "Trost" (Streeruwitz, S 10) wo die Kenntnis um historische und politische Kontexte tief im Inneren verborgene Schmerzen verständlich und damit vermittelbar macht. Leiden, die durch alltägliche Kriege unterschiedlichster Art - auch verinnerlichte (1) - reproduziert werden und für deren Ausdruck uns der Zorn, als genuine Reaktion auf körperlichen und seelischen Schmerz, vielleicht verlassen hat. Zorn aber, wird er verdrängt oder verleugnet, verwandelt sich in Angst und Hass. Diese müssen keine Kausalität zum Schmerz besitzen und stehen der Freiheit entgegen. "Der "Haß der Unterdrückten", so Arendt, sei politisch belanglos da die Gründung der Freiheit ganz außerhalb seiner Reichweite liege. Ich stimme hier mit Arendt überein. Zorn, nicht Haß kann jedoch manchmal auch das Bewußtsein erhellen, nicht nur vernebeln. Für die Vernebelung spricht hierzulande allerdings das ausgesprochen haßerfüllte Feindbilddenken und seine lange Tradition." (S 103) Wird die Ursache des Schmerzes wiedergefunden und dieser darf sich - auch öffentlich - ausdrücken, lösen sich Angst und Hass, als verkrüppelte Erinnerungen daran, auf. Auf diesem Weg vermögen Ursula Kubes-Hofmann's Texte Hilfestellung zu leisten.

Tröstlich wirkt auch das Verfolgen der Kontinuität des Widerstandes gegen eine Politik "... in der politisch, ökonomisch und sozial Handelnde wie Schlafwandler/innen durch die vergangenen und gegenwärtigen Verbrechen wider Menschen- und Frauenrechte taumeln und außer sich selbst nichts bemerken" (S 105), den diese politischen und gesellschaftlichen Analysen widerspiegeln. Kommentare die Wege weisen, Mut machen und Kraft geben politisch verantwortungsbewusst zu agieren, die zu demokratischem Denken und Handeln weltweit, zu gelebtem Pazifismus ermuntern, der ihnen immanent ist.

## "Close Reading" (2) - Politik und Historie erfahren

Ursula Kubes-Hofmann hat ihr Buch in politische Kommentare und kritische Essays geteilt. Innerhalb dieser Abschnitte erfolgte eine nochmalige Gliederung. So finden sich politische Kommentare zu "Kriegsschauplätzen" und zu "Politik mit Frauen". Bereits bei dieser Einteilung erfährt der/die Leser/in das erste Aha-Erlebnis. Unter dem Terminus des "Kriegsschauplatzes" sind nicht nur Analysen zu jenen völkerrechtlich definierten Kriegen der 90er, wie dem Golfkrieg und den Verbrechen in Ex-Jugoslawien versammelt, hier wird u.a. ebenso folgendem Zusammenhang nachgegangen:

"Die Grunderfahrung menschlichen Zusammenseins, die in totalitärer Herrschaft politisch realisiert wird, ist die Erfahrung der Verlassenheit.(1996) Was hat das mit einem neuerlich von der österreichischen Bundesregierung geschürten "Belastungspaket", mit der Wahl des dritten Nationalratspräsidenten und mit den verzweifelt Versuchen von ein paar Einzelkämpfer/innen, Protestmärsche und Widerstandsaktionen zu organisieren zu tun?" (S 46). Übertrieben, österreichische Innenpolitik als "Kriegsschauplatz" zu betiteln? Oder eine Vorwegnahme jener Bedingungen, die gegenwärtig ein Volksbegehren "Sozialstaat Österreich" dringend notwendig machen, um alles zu tun, denselben zu retten, bevor auch dessen letzte Reste entsorgt werden? Im Sinne von Entrechtung der hier lebenden Frauen und Männer zugunsten einer Leistungsgesellschaft der Wellness-people ist eine dergestaltete Politik durchaus als kriegerisch zu bezeichnen. Wobei Frauen bekannterweise von sozialen Kürzungen immer massiver betroffen waren und sind. Ursula Kubes-Hofmann's Betrachtungen gehen in

# Ursula Kubes-Hofmans politische Kommentare und kritische Essays

Von Eva Agyemang-Kainrath

diese Richtung und sie warnt davor, dass die "allerorten auszumachende Rechtentwicklung ... sich als Reflex sogenannter "Modernisierungsverlierer/innen"" darstellt. "Die Angst Opfer zu werden, zu den Verlierern zu gehören, ist heute sehr groß ... Gerade das Nichtwissen um die Folgen dieser Angst macht die Wiederholbarkeit von systematischer Menschenvernichtung mit etwas anderen Mitteln heute immer wahrscheinlicher. Wird man in 50 Jahren wieder einmal nicht gewußt haben, was heute täglich vor unseren Augen geschieht? Am deutlichsten zeigt sich das bei rassistischen und physischen Übergriffen im Alltag, in der täglichen Behandlung der Schwächsten unserer Gesellschaft. Aber auch im öffentlichen Umgang mit der veröffentlichten Kritik an diesen gesellschaftlichen Zuständen, die permanent ihre Opfer produzieren müssen, um politisch aufrechterhaltbar zu sein." (S 87) Darum halte ich es für eine Chance, sich ehrlich und tiefgreifend mit den Aussagen dieser Texte zu konfrontieren.

Zentral ist, wie die Autorin über Jahre hinweg, sei es in einer Stellungnahme zum Briefbombenterror (1995), zum Frauenvolksbegehren (1996), zu einem "...Symposium zu "Geschlechterdemokratie und Gewalt..."(1992) oder zu innenpolitischen Ereignissen, wie der Debatte um soziale "Treffsicherheiten" (2000), oder der "Wende"-Regierungsbildung (2000) nachweist, wie Demokratieversäumnisse oder -rückschritte auf eine Politik zurückzuführen sind, die auf Ein- und Ausschlussdenken beruht. So zeichnet die seit dem 18. Jahrhundert bestehende bürgerliche Sexualmoral wesentlich für das Ent- und Bestehen des Nationalismus verantwortlich. Ein Nationalismus, der heute "in Mitteleuropa (im) Gewand des Wohlstandschauvinismus" (S 145) erscheint und ebenso von kapitalistischem Leistungsstreben geprägt ist, wie zur Zeit des Nationalsozialismus, auf dessen Wirtschaftsstrukturen er aufgebaut ist. (vgl. S 102) Diese Ideologie mit ihren todbringenden Mentalitäten, wie sie Antisemitismus, Xenophobie, Frauenfeindlichkeit, Militarismus und Zwangsheterosexualität darstellen, brachte bereits die großen Kriege und Diktaturen des 20. Jahrhunderts hervor. Mentalitäten welche in allen heutigen gesellschaftlichen Bereichen wirken.

Die langjährig aktive Feministin beschreibt, wie Frauenrechte, oft unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung, dem patriarchalen Herrschaftssystem, auch mit dem Einverständnis oder der tätigen Mithilfe der Frauen selbst, einverleibt wurden und werden. Ihre kritische Betrachtung der Anfänge der neuen Frauenbewegung, in der Gewalt-, Macht- und Herrschaftskritik, und nicht die Gleichstellung innerhalb bestehender Strukturen, eine zentrale Rolle spielten, und was daraus geworden ist, lässt auch Feminismus-

Skeptiker/innen nachvollziehen, dass radikale feministische Positionen immer im Sinne einer offenen, demokratischen Gesellschaft unabhängig von Geschlecht, Rasse, Ethnie, sexueller Orientierung und Kaufkraft zu verstehen waren und sind. "Feminismus ist heute wie damals dort kämpferisch, wo er nicht vor der Freiheit endet und das Verhältnis zu/r Anderen eine entscheidende Rolle spielt. Weltweit." (S 106)

In ihrem "Beitrag zur Notwendigkeit eines neuen Demokratie- und Politikverständnisses. (1996)" (S 212), fordert die Autorin eine "... Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft ..." (S 214), die ein "... Solidarprinzip mit den in jeder Hinsicht Ausgegrenzten ... Sowohl menschenrechtlich als auch ökonomisch" (S 220) voraussetzt. Das impliziert die eigene Identität, deren Definition hinterfragt gehört, in Kontext zu den Erfahrungen aller Ausgegrenzten zu setzen und daraus als Konsequenz die persönliche Verantwortung zu übernehmen, was den Traum vom Glück durch Macht und Herrschaft nachhaltig ad absurdum führt. Das "Wir" als Formel des Nationalismus und Fundamentalismus, das der Lüge bedarf, wäre dadurch als Konstrukt und Phantasma zu entlarven und der Weg aus der "Verlassenheit" dieses "Wir" geschaffen. Entwicklung, die niemals innerhalb eines geschlossenen Systems existiert, wird durch die Kommunikation mit dem "Außen", dem "Fremden" ermöglicht.

Ursula Kubes-Hofmann beschließt ihr Buch mit Huldigungen an Felicia Langer, Hannah Arendt und Gerda Lerner, die sie unter "Erfahrung und kritisches Engagement" zusammenfasst. Als ebensolche sind auch ihre Kommentare und Essays zu verstehen, die, und das erhöht den Spaß des Erfahrens beim Lesen, sich durch pointierte, mitunter satirische Formulierungen auszeichnen.

**Eva Agyemang-Kainrath**  
Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

## Fußnoten:

- (1) Passend zum Schwerpunkt der aktuellen Politix-Ausgabe, findet sich ein Artikel von Ursula Kubes-Hofmann zur Auswirkung der "Internalisierung" auf Macht- und Unterwerfungsszenarien zwischen Politiker/inne/n und Wähler/inne/n unter Berücksichtigung der Psychoanalyse in: [sic!] Forum für feministische GangArten, Heft 40 / März 2002.  
(2) "Close Reading" bezeichnet "die Interpretationstechnik ... des genauen Hinsehens beim Lesen" (S 172f)

Ursula Kubes-Hofmann: WOHIN UND ZURÜCK Politische Kommentare und kritische Essays, Dokumentationen Band 23, Milena Verlag, Wien 2001, 261 S, 18,90 € □



# Eine Rundfahrt durch *DIE INSZENIERTE REALITÄT*

Von Michael K. Schulze

Dieses Buch ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Rundfahrt durch die mediale Aufregung des Jahres 2000/2001, die vordergründig keine (welt)politische Implikationen hat/hatte. In Form von 14 Beiträgen widmen sich 18 Autorinnen aus verschiedenen Blickwinkel diesem aus Deutschland importierten Phänomen, das „natürlich“ einige österreichische Spezifika aufweist. So darf sich der ORF rühmen als erster öffentlich-rechtlicher Sender „Reality-TV“ eingeführt zu haben und dabei glaubhaft zu vermitteln, seinen gesetzlich vorgeschriebenen Bildungsauftrag zu erfüllen. Zumindest zweifelt keiner der Autorinnen an dem erfolgreichen pädagogischen Effekt von Taxi Orange (TXO) – nach den Maßstäben der Leitung des ORF. Und das ist auch zuallererst das Angenehme dieses Buches, dass es nicht in das bekannte kulturpessimistische Lamento verfällt, sondern TXO als Teil unserer Realität an- und ernstnimmt. Dies geschieht aus verschiedenen kritischen Distanzen heraus. Der Facettenreichtum des Ereignisses bedarf – so das anvisierte Ziel der Herausgeberin Eva Flicker - ganz einfach der Vielfalt der (wissenschaftlichen) Disziplinen und so sind in dem Sammelband Juristinnen, Pädagoginnen, Philosophinnen, Politologinnen, Psychologinnen, Soziologinnen, Sportwissenschaftlerinnen, etc. vertreten, die für mich größtenteils neue Einsichten vermitteln. Und das gelingt auch, obwohl ich auf Grund eines Auslandsjahres nur die Vorankündigung der ersten Staffel wahrgenommen habe. So wird die Konstruktion an Hand des Auswahlverfahrens, der Spielregel und des Zusammenschnittes (= Zensur) der „Kutscherhof“ - Redaktion (1) an mehreren Stellen minutiös nachgezeichnet und in den Kontext unserer „Marke: Ich“ - Gesellschaft gerückt. Die dabei offen zu Tage tretenden Marketingtechniken sind nicht neu, aber ungebrochen erschreckend in ihrer instrumentellen Einfachheit, ihrem Erfolg und der Fähigkeit, sich zu verschleiern. Dann sind da die Überraschungen, so zum Beispiel der Beitrag der Juristin Elisabeth Holzleithner, die mit sorgfältiger Akribie plausibel nachweist, dass das Sendeformat alleine noch nicht die Menschenwürde unterminiert – eine Analyse, die sich wohlthuend vom tagespublizistischen Diskurs abhebt und die KulturpessimistInnen mit ausgewogenen Argumenten in die Schranken verweist. Aber auch der Beitrag zum “Doing and Undoing Gender“ von der Soziologin Flicker lässt leichte - für mich überraschende - Tendenzen der Veränderungen im Geschlechterverhältnis erkennen. Wobei die Autorin auf die für die Sendung notwendigen sozialen Kompetenzen der KandidatInnen verweist

(S. 102) und etliche Beispiele aufzählt, die ganz im Gegenteil eine konservierende Fortschreibung des Verhältnisses nachweisen. Abschließend sei noch auf die Thesen von den Gruppendynamikerinnen Heintel und Krainer verwiesen, die am stärksten die Realität von TXO in Zweifel ziehen, da die Spielregeln nicht unserem sozialisierten Verständnis entsprechen.

So kursorisch, gerafft und unvollständig, wie die vorliegende Rezension, bleibt auch das Buch an manchen Stellen. Der offensichtliche Zeitdruck zur Abgabe und die Vielfalt der Autorinnenschaft lassen oft die erwünschte Tiefe (= zeitliche Distanz?) vermissen. Auch ist die mehr als zu begrüßende Interdisziplinarität, manchmal ein Handicap, da oft die einzige Verbindung der Texte TXO ist, nicht aber ein gemeinsamer Kriterienkatalog, der aus verschiedenen Blickwinkel angewendet wird. So ist das Buch als gelungener Kompromiss zu bezeichnen, der viele Wege andeutet und erst sichtbar macht, mit einer Fülle von Literaturangaben und ergänzenden Fakten rund um das Sendeformat. Und auch wenn das Sendeformat schon längst wieder verschwunden ist - und durch die „wirkliche Realität“ (11.09.2001) - ersetzt worden ist, werden uns etliche andiskutierte Phänomene noch lange Zeit beschäftigen.

**Michael Karsten Schulze**

Student am ipw und Redaktionsmitglied

Fußnote:

(1) So nannte sich die Wohnstätte der KandidatInnen.

Flicker, Eva (Hg.in): Wissenschaft fährt Taxi Orange: Befunde zur österreichischen Reality-TV-Show., Wien, Promedia, 2001;

Leserinbrief zu Politix 12/2001:

## Grenzenlos objektorientiert: "Virtual Valery" in der EU von Doris Alhutter

**G**ewaltpornographie im Politix? Diesen inhaltlich äußerst informativen und gut geschriebenen Beitrag zu "Menschenwürde und Pornographie im Internet" mit der Abbildung einer virtuellen Prostituierten zu "garnieren", widerspricht der Intention des Artikels. Hier wird der "feministische Zugang zu Problemen der Computerethik" eingefordert und gleichzeitig mit der Darstellung des "so soll es nicht sein"-Zustandes eben dieser reproduziert. In einer sexualisierten und sexistischen Welt, wie jener, in der wir leben, kann ich mir nicht vorstellen, dass es eine/n Leser/in gibt, die/der aufgrund der Beschreibung von "Virtual Valery" eben diese nicht ohnedies sofort plastisch vor dem imaginären Auge hat. Auch die Vorstellung des Bildschirm-Ambientes der angebotenen Orgasmusförderer mittels "toy box" ist geübten Computer-Nutzer/innen, die wir alle sind, zuzutrauen. Eine zusätzliche Abbildung erübrigt sich also. Die Ernsthaftigkeit dieses wichtigen Artikels und die darin erhobene Forderung wird durch diese Illustration in Frage gestellt und last, but not least werde ich als Leserin dadurch belästigt. "Menschenwürde für Frauen?" – Ja, und zwar konsequent.

Eva Agyemang-Kainrath  
Studentin am ipw und Redaktionsmitglied

### 19. Internationale Sommerakademie - Friedenszentrum Burg Schlaining

THEMA: EUROPA MACHT FRIEDEN. DIE ROLLE ÖSTERREICHS  
TERMIN: 7 – 13. JULI 2002

Die heurige Sommerakademie beschäftigt sich in Vorträgen, Workshops und Diskussionen mit neuen geopolitischen Konfliktformationen, Bedrohungen für Europa nach dem 11. September, der Frage der atomaren Abrüstung, dem Europa der BürgerInnen, der „anderen Globalisierung“, Cyberwar, Konfliktbearbeitung im Nahen Osten, Verantwortung der Weltreligionen für Frieden und soziale Gerechtigkeit und der Sicherheitspolitik der EU.

Die ReferentInnen kommen aus unterschiedlichen Zugängen der deutschsprachigen Friedensforschung, Politikwissenschaft und aus der friedenspolitischen Praxis.

Teilnahmekosten für Studierende: 20 Euro für die ganze Woche

Kostenlose Nächtigungsmöglichkeiten für StudentInnen auf Anfrage

**Kontakt:** Friedenszentrum Schlaining, Außenstelle Wien, Thomas Roithner,

Rennweg 16, 1030 Wien, Tel. 01 – 79 69 959, e-mail: [aspr.vie@aspr.ac.at](mailto:aspr.vie@aspr.ac.at),

Programm: <http://www.aspr.ac.at/asprvie/sak2002.htm>

#### **BÜCHERTIPPS:**

Michael **WALZER**:

Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit

26.276

Michael **WALZER**:

Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert

26.284

Anne **Mc CLINTOCK**:

Imperial Leather. Race, Gender And Sexuality In The Colonial Contest

25.087

Matthias **KETTNER**:

Angewandte Ethik als Politikum

26.298

Bassam **TIBI**:

Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft

26.272

Hauke **BRUNKHORST**:

Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft

26.303

Judith **BUTLER**:

Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung

26.304

Alex **DEMIROVIC**:

Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie

26.302

**ÖSFK** (Hrsg.):

Nach der Jahrtausendwende. Friedensbericht 2001

26.109

**ÖSFK** (Hrsg.):

Europas Beitrag zum Frieden. Vom militärischen zum zivilen Krisenmanagement

26.111

Ingeborg **MAUS**:

Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung der Theorie Carl Schmitts

26.300

Silvia **STOLLER**/Elisabeth **NEMETH**/Gerhard **UNTERTHURNER**:

Philosophie in Aktion. Demokratie-Rassismus-Österreich

26.297 **Die angegebenen Zahlen sind die Entlehnnummern**

**Betreuung: Bauböck**

**Valentin**, Ositha Dolasilla  
Thema: Vom Schaden und Nutzen der Korruption für die Demokratie.  
Dargestellt am Beispiel Italien  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Betreuung: Bunzl**

**Hazim**, Jean  
Thema: Der Nahostkonflikt-. Politische Begründung Inoel`s für die Inovation des Libanons im Jahr 1982  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Buttinger**, Gloria  
Thema: Israels Wechsel zur Politik der “direct absorption” und dessen Auswirkungen auf die Einwanderer aus der früheren Sowjetunion  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Strohmaier**, Barbara  
Thema: Identitäten in der Türkei  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Eleftheriadis**, Emmanour- Nicolas  
Thema: Die Außenpolitik Griechenlands am Beispiel des Nahost - Konflikts  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Maier**, Heidrun  
Thema: Wasser als zukünftiger Aspekt des Völkerrechts am Beispiel des Jordans Wassers  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Keider**, Johanna  
Thema: Antisemitismus im Kontext der Herausbildung nationaler Identitäten - Ein Vergleich der Nachkriegssituation zwischen Österreich und der BRD  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Betreuung: Dietrich**

**Hüttner**, Claudia  
Thema: Weibliche Schönheitsideale und gesellschaftlicher Wandel im Senegal  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Del Castillo**, Claudia  
Thema: El discurso sobre el proceso de democratiozacion en mexico  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Kogler**, Robert  
Thema: Neue Grundlagen politischer Weltordnung. Friedenstheoretische Implikationen von und alternativen zur Nation.  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Pospisil**, Jan  
Thema: Der Iran im Weltsystem - Das geopolitische Potenzial einer Regionalmacht  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Altmann**, Elisabeth  
Thema: Österreichs öffentliche Katastrophenhilfe im Ausland  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Tschirnich**, Barbara  
Thema: “Capocity builing” und die Rolle der Nichtregierungsorganisationen  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Etzersdorfer**

**Sarreschtehdari**, David  
Thema: Die Genese der iranischen Revolution und die Rolle Ayatollah Chomeinis  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Meingast**, Wilhelm  
Thema: Defizite in Konfliktsituationen  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Gärtner**

**Schönbauer**, Norbert  
Thema: ASEAN - Die künftige EU Südasiens? Eine integrationstheoretische Analyse  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Kresser**, Carmen  
Thema: Erklärungsversuche der EU: Institutionalismus, Neorealismus, Pluralistische Sicherheitsgemeinschaft  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Bukovec**, Nicholas  
Thema: Politisches , Ziviles und Militärisches Krisenmanagement der

OSZE und der Partnerschaft für den Frieden im Vergleich

Teilgebiet: Internationale Politik  
**Nalbant**, Zuhal

Thema: Die Türkei als Schnittstelle zwischen drei konfliktreichen Großregionen.

Teilgebiet: Internationale Politik

**Docsek**, Christine

Thema: Das Konzept umfassende Sicherheiten und der österr. Landesverteidigungsplan. Eine Diskrepanz zw. Anspruch und Wirklichkeit

Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Gerlich**

**Wran**, Stephan

Thema: Die Haltung von zehn ausgewählten Staaten zum Thema EU-Osterweiterung im Vergleich

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Yahsi**, Emel

Thema: Public-Health. Ansätze der Politikwissenschaft

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Schätz**, Barbara

Thema: Ungarn im Wartezimmer der Europäischen Union

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Kroiher**, Erik

Thema: Die Nationswerdung der slawischen Muslime auf dem Gebiet des ehem. Jugoslawien

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Renner**, Karin Elisabeth

Thema: Hans Kelsen: Der Philanthrop

Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Neuberger**, Eric

Thema: Die Deregulierung des Personenluftverkehrs in den USA im Vergleich zur Liberalisierung in der EG/EU

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Mörth**, Bernhard

Thema: Familienpolitik in Österreich

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Figl**, Markus Franz

Thema: Österr. Und europäische Umweltpolitik an Hand des

Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Pircher**, Barbara

Thema: Von den Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität. Mit einer Gegenüberstellung von Schweden und Italien

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Possnigg**, Artur

Thema: Franz Olah - der erste moderne Machtpolitiker Österreichs

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Hafner**, Patrick

Thema: New Public Management in Südtirol?

Teilgebiet: Internationale Politik

**Herzberger**, Bernhard

Thema: Das Bürgermeisteramt im Wandel der Zeit - Am Beispiel der NÖ Landeshauptstadt St. Pölten

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Löffler**, Doris

Thema: Arbeit neu organisieren. Asugewählte Arbeits- und Tätigkeitsmodelle mit Schwerpunkt jenseits der Lohnarbeit im

Blickpunkt einer politikwissenschaftlich-feministischen Analyse

Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Stepanek**, Karin

Thema: Psychische Folgen des Nationalsozialismus am Beispielen ehemaliger KZ-Häftlinge

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Betreuung: Gottweis**

**Karre**, Philip

Thema: Privatisation, Contracting out and Autonomisation of public sectors tasks in Austria an the Netherlands

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Stribl**, Oliver

Thema: Cyberdemokratie. Die Auswirkungen der Informations. und Kommunikationstechnologie Internet auf die allgemeine Infrastruktur der Demokratie

Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Adams, Samuel**

Thema: A Culture Theory of Evangelical Political Participation in the United States. From the Colonial Era to the present.  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Betreuung: Heinrich:**

**Ekici, Hakan**

Thema: Zypernkonflikt und Lösungsansätze der türkischen Seite.  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Höll**

**Riedl, Brigitte**

Thema: Die Rolle der Weltbank in den palästinensischen Gebieten  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Hajrullahu, Arben**

Thema: KOSOVA, Vergangenheit und Zukunft  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Horak**

**Aumüller, Sascha**

Thema: Fremde im Staat. Ein Vergleich der Ausgrenzung von Arbeitslosen & Immigration  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Betreuung: Klose**

**Falkner, Lydia**

Thema: Schluß mit dem Ladenschluß? Die Regelung der Öffnungszeiten als gesellschaftspolitische Herausforderung  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Betreuung: Kramer**

**Knipel, Bernhard**

Thema: New Yorks zero tolerance - Politik  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Huber, Peter**

Thema: Die US-Amerikanischen Geheimdienste nach Ende des kalten Krieges  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Rothdeutsch, Manfred**

Thema: Ausbildung von Lehrern für Technische Schulen in Burkina Faso.  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Betreuung: Kreisky**

**Kraler, Albert**

Thema: Integration & Ausschluß. Ethnizität, Staatsbildungsprozesse und Stratifikation  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Atac, Ilker**

Thema: Politischer Islam in der Türkei: Eine Analyse der Hegemoniebildung  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Böhmdorfer, Ulrike**

Thema: Gewalt gegen Frauen in der Familie - Zur Bedenkzeit struktureller Machtverhältnisse  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Rumschöttel, Friederike**

Thema: Erotik und Macht. Ein Versuch über Max Weber und Franz Kafka  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Gruber, Alexander**

Thema: Wider Geld und Geist - Zur Funktion des Antisemitismus im Konstitutionsprozeß des bürgerlichen Subjekts  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Dorau, Brigitte**

Thema: Partizipation von Frauen in Russland. Machtpositionen für Nachsovjetsche Frauen?  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Öztürk, Derya**

Thema: Die Frau und der Islam in der Gesellschaft  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**König, Thomas Josef**

Thema: Wissenschaftliche Transformation durch erzwungene Emigration.  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Pfeifer, Judith**

Thema: Vergleich der grünen Parteien in Italien und Österreich  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Doucette, Erika**

Thema: Kulturarbeit von Migrantinnen in Österreich  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Markl, Florian**

Thema: Kritische Theorie und Antisemitismus. Vergegenwärtigung und Fortführung der Kritik des modernen Antisemitismus  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Bibars, Armin**

Thema: Die "Islamische Bewußtwerdung" als gesellschaftlich-politische Bewegung und ihr methodisches Problem der Implementierung  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Appel, Margit**

Thema: Geteilte Arbeits - Geteilte Macht  
Vom Beharrungsvermögen, Geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung unter Marktwirtschaftlichen Bedingungen  
Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte

**Betreuung: Manoschek**

**Mostbauer, Rainer**

Thema: Die politische Kultur in Österreich und die Kontroverse über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944"

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Geldmacher, Thomas**

Thema: Die Beteiligung österr. Schutzpolizisten in der Judenvernichtung in den galizischen Städten Drokobycz und Boryslaw  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Betreuung: Müller**

**Stefou, Peter**

Thema: Das Verhältnis von Partei u. Parlamentsfraktion bei den Grünen  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Betreuung: Neisser**

**Maboodie, Hassanloee**

Thema: Die Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Verwaltung im politischen System Türkei  
Teilgebiet: Vergleichende Politik

**Langthaler, Ute**

Thema: Die strategischen Ziele des Weißbuches für Erneuerbare Energieträger und deren Energieumweltpolitik. Bedeutung für eine europäische polnisch-ökonomische Energieumweltpolitik.  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Stueckler, Angelika**

Thema: Struktur und Machtstellung der Parlamentarischen Klubs im Österreichischen Nationalrat  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Bosek, Maria**

Thema: Die Existenzsicherung der österreichischen Bauern nach der Agenda 2000  
Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Betreuung: Puntischer-Riekmann**

**Eipeldauer, Michael**

Thema: Korporatismus in Österreich - Der Wandel von Interessen und policy durch den EU-Beitritt - am Beispiel der österr. Landwirtschaftskammern

Teilgebiet: Österreichisches politisches System

**Weiss, Teresa**

Thema: Alltag raus. Österreich rein. Selbstdarstellung und Imagepflege am Beispiel der österr. Auslandskulturpolitik  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Mader, Manfred**

Thema: Analyse der Entstehung und Entwicklung der UVP-Gesetzgebung  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Voithofer, Simon**

Thema: Die Frage der Steuerharmonisierung in der EU aus politikwissenschaftlicher Sicht  
Teilgebiet: Internationale Politik

**Hybasek, Sabine**

Thema: Gesundheitspolitik im europ. Integrationsprozeß unter Berücks. Der Auswirkungen auf das Gesundheitssystem und die gesundheitspolitischen Akteure in Österr.  
Teilgebiet: Internationale Politik

|   |                                 |  |
|---|---------------------------------|--|
| <b>Schallert, Daniela</b><br>Thema: Die Geschlechterbilder der österr. Familienpolitik anhand des Familienvolksbegehrens 99<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System  | <b>Betreuung: Rosenberger</b>   | Teilgebiet: Internationale Politik   |
| <b>Klocker, Miriam</b><br>Thema: Soziales Ehrenamt - Die Instrumentalisierung weiblicher Arbeitskraft durch konservative Politik in Österreich, mit dem Beispiel Vorarlberg<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System    |                                 | <b>Untermoser, Horst Christian</b><br>Thema: Nationalismus im Bereich der EU-Osterweiterung<br>Teilgebiet: Internationale Politik  |
| <b>Böck, Gerda</b><br>Thema: Politische Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit in Finnland<br>Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte   |                                 | <b>Mayerhofer, Edeltraut</b><br>Thema: Informationspolitik und Kommunikationspolitik der Europäischen Kommission<br>Teilgebiet: Internationale Politik   |
| <b>Steinmayer, Bernhard</b><br>Thema: Verschwörungstheorien<br>Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte  |                                 | <b>Kastner, Katharina</b><br>Thema: Möglichkeiten und Grenzen des Minderheitenschutz in Europa unter besonderer Berücksichtigung des sprachlichen Aspekts<br>Teilgebiet: Vergleichende Politik |
| <b>Pezzei, Brigitte</b><br>Thema: Die Arbeit der NGOs in Bezug auf die Schubhaftbedingungen für AsylbewerberInnen am Beispiel der Asylkoordination Österreichs und der Caritas<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System |                                 | <b>Betreuung: Stimmer</b>  |
| <b>Tehovnik, Aleksandra</b><br>Thema: Die EU-Integration der Republik Slowenien unter besonderer Berücksichtigung der Immobilienfrage<br>Teilgebiet: Vergleichende Politik  |                                 | <b>Zeitlinger, Manuela</b><br>Thema: Peru - Polit. Legitimation<br>Teilgebiet: Vergleichende Politik   |
| <b>Brezna, Christa</b><br>Thema: Die Karrieren politischer SekretärInnen der Legislaturperiode 1990 - 94<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System   |                                 | <b>Betreuung: Tálos</b>  |
| <b>Ramerstorfer, Franz</b><br>Thema: Pornographie als Dekonstruktion bürgerlicher Geschlechterrollen<br>Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte   | <b>Betreuung: Sauer</b>         | <b>Furtner, Sylvia</b><br>Thema: Flexible Arbeitszeitgestaltung. Ein Vergleich zwischen Österreich und Deutschland.<br>Teilgebiet: Vergleichende Politik                                       |
| <b>Baierl, Sandra</b><br>Thema: Möglichkeiten und Probleme einer Autonomieregelung für das KOSOVO<br>Teilgebiet: Internationale Politik   | <b>Betreuung: Schneider</b>     | <b>Wiedek, Isabell Margit</b><br>Thema: Hochschulpolitik als Karrieresprungbrett?<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System   |
| <b>Benyes, Sandra Margit</b><br>Thema: UNDCP - Das Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen  | <b>Betreuung: Schütz-Müller</b> | <b>Rümmle, Günter</b><br>Thema: Politik und Internet.<br>Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte   |
|   |                                 | <b>Salzer, Petra</b><br>Thema: Auschwitz - Die Maschinerie der Vernichtung<br>Teilgebiet: Österreichisches politisches System  |
|   |                                 | <b>Schönbaumsfeld, Amelie</b><br>Thema: Europäische Sicherheitsmodelle in Theorie und Praxis: Von Kant bis zur OSZE<br>Teilgebiet: Internationale Politik                                      |
|   |                                 | <b>Wagner, Leopold</b><br>Thema: Die (Selbst)Verwaltung der österreichischen Sozialversicherung<br>Teilgebiet: Theorie und Ideengeschichte   |

## **LIEBE STUDIARENDE,**

nun ist es so weit, der langjährigen Forderung des Institutes nach einer einheitlichen und verbesserten Raumlösung wird endlich entsprochen:

Das Institut für Politikwissenschaft wird in den nächsten Wochen an einem Ort zusammengeführt:

**Neues Institutsgebäude, 2. Stock**  
**1010 Wien, Universitätsstraße 7**

Überdies wird unsere Institutsbibliothek in die neue

**Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft**  
**1090 Wien, Rooseveltplatz 2**

eingegliedert.

Aus technisch-organisatorischen Gründen muß freilich die Übersiedelung noch während des laufenden Sommersemesters erfolgen. Dies wird leider teilweise auch zu Behinderungen insbesondere im Sekretariats- und Bibliotheksbetrieb führen. Wir bemühen uns aber, diese Störungen möglichst kurz zu halten. Wir bitten Sie aber zu bedenken, daß wir einige Tage benötigen, um jeweils ein- bzw. auszupacken. Außerdem müssen Telefon- und EDV-Leitungen umgestellt werden. In dieser Zeit können wir daher nicht den normalen Betrieb einhalten.

Zu Ihrer Orientierung unser Übersiedelungsplan:

Währingerstraße 28, 2. Stock bereits übersiedelt!

Währingerstraße 28., 1. Stock (Sekretariat), 27. bis 31. Mai 2002. Das Sekretariat wird ab 6. Juni wieder geöffnet sein.

Währingerstraße 17 (Kreisky, Rosenberger, Sekretariat), 17. Juni 2002. Das Sekretariat ist daher ab 13. Juni 2002 geschlossen. Ab 24. Juni 2002 gelten wieder die normalen Öffnungszeiten.

Währingerstraße 17 (Kramer, Sauer, Köpl, Purkarthofer, KOZ), 4. Juli 2002

Die Bibliothek ist ab 24. Juni 2002 geschlossen. Ab 1. Juli 2002 sollte dann die neue Bibliothek im vollem Umfang benutzbar sein. Bitte beachten Sie aber die verkürzten Öffnungszeiten während der vorlesungsfreien Zeit.

<http://ub.univie.ac.at/aussen/soziologie.html>

Alle Telefonnummern bleiben unverändert.

Die Lehrveranstaltungen finden unverändert bis Ende des Semesters noch in den Räumen Währingerstraße 28 und Währingerstraße 17 statt.

Im Sinne der in Hinkunft wesentlich verbesserten Arbeits- und Lehrbedingungen ersuchen wir Sie um Kooperation und Verständnis für eventuell auftretende Schwierigkeiten.

Univ.Prof. Dr. Eva Kreisky  
Institutsvorstand